

Auswirkungen demographischer Entwicklungen auf Sicherheitsfragen: Vorträge aus dem gleichnamigen Workshop vom 19./20. November 2007 im Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

Naderi, Robert (Ed.)

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerk / collection

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Naderi, R. (Hrsg.). (2009). *Auswirkungen demographischer Entwicklungen auf Sicherheitsfragen: Vorträge aus dem gleichnamigen Workshop vom 19./20. November 2007 im Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung* (Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, 128). Wiesbaden: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BIB). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-330830>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Robert Naderi (Hrsg.)

Auswirkungen demographischer Entwicklungen auf Sicherheitsfragen

**Vorträge aus dem gleichnamigen Workshop
vom 19./20. November 2007 im
Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung**

2009
Heft 128

ISSN
0178-918X

BiB

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung
65180 Wiesbaden

Anschrift der Autoren:

Robert Naderi
Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung
D-65180 Wiesbaden
E-Mail: robert.naderi@destatis.de
<http://www.bib-demographie.de>

Wolfgang Kahl
Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention
Graurheindorfer Straße 198
D-53117 Bonn
<http://www.kriminalpraevention.de>

Gerhard Spiess
Dipl. Soziologe, Kriminologe
Universität Konstanz
FB Rechtswissenschaft
D-78457 Konstanz
E-Mail: gerhard.spiess@uni-konstanz.de
<http://www.uni-konstanz.de>

Roland Kaestner
Windfeld 51
D-22559 Hamburg
E-Mail: ka4824-366@online.de

Prof. em. Dr. Josef Schmid
vormaliger Lehrstuhl für Bevölkerungswissenschaft
an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg
Hornthalstr. 2
D-96047 Bamberg
<http://www.prof-josef-schmid.de>

Inhaltsverzeichnis

<i>Robert Naderi</i> Einleitung	5
<i>Wolfgang Kahl</i> Demografischer Wandel im Kontext sozioökonomischer Prozesse und sozialräumlicher Entwicklungen: Mögliche Auswirkungen auf Phänomene der Gewaltkriminalität und Folgerungen für die Prävention	11
<i>Gerhard Spiess</i> Demografischer Wandel und altersspezifische Kriminalität. Projektion der Entwicklung bis 2050	35
<i>Roland Kaestner</i> Demographischer Wandel – Konsequenzen und Chancen für äußere Sicherheit und Verteidigung	57
<i>Josef Schmid</i> Weltbevölkerung, Entwicklungsdifferenz und der außereuropäische Extremismus	73

Robert Naderi

Einleitung

Der demographische Wandel und seine Konsequenzen sind ohne Zweifel Querschnittsthemen. Daher lohnt es, sich stets Gedanken auch über Themenfelder zu machen, die auf den ersten Blick nicht unmittelbar damit in Verbindung stehen. Ein solches Themenfeld ist die Frage nach den Auswirkungen auf Sicherheitsfragen, also auf Kriminalität und weltweite Konflikte, was allgemein unter den Begriffen innerer und äußerer Sicherheit subsumiert wird. Dabei ist gerade bei diesem Thema eine bevölkerungswissenschaftliche Analyse von besonderer Bedeutung für die Beratung politischer Entscheidungsträger, welche darauf angewiesen sind, wissensbasierte und zukunftsorientierte strategische Entscheidungen zu treffen. Im Dezember 2006 hat *Rudolf Adam*, zu diesem Zeitpunkt Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, in einem Beitrag in der Zeitschrift *Internationale Politik* Folgendes geschrieben: „Wer in die Zukunft schauen will, ist gut beraten, mit Bevölkerungsentwicklung zu beginnen. Denn demographische Prognosen gehören zu den wenigen relativ gut gesicherten Annahmen. Und wer strategisch denkt, muss versuchen, sich rechtzeitig auf absehbare Entwicklungen einzustellen – vor allem auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik.“ (*Adam* 2006: 24)

Allerdings ist der bevölkerungswissenschaftliche Blickwinkel keinesfalls jener, welcher alleine die Entstehung von Konflikten und Kriminalität verständlich machen oder erklären kann. Unter Umständen und je nach Fragestellung ist er nicht einmal ein zentraler Aspekt. Garantiert ist es aber eine Perspektive, die keinesfalls außer Acht gelassen werden darf. Letztlich liefert die Demographie Informationen unter anderem über das Bevölkerungswachstum, künftige Altersstrukturen und Wanderungsbewegungen. Dabei sind diese demographischen Parameter in Zusammenhang mit weiteren Faktoren von Bedeutung. Die Beiträge dieses Bandes und Studien anderer Autoren zeigen dies. Es ist naheliegend, dass beispielsweise eine wachsende Bevölkerung in Ländern mit hohen Fertilitätsziffern, wie man sie in Afrika und Zentralasien finden kann, vor allem dann zu einer Sicherheitsfrage wird, wenn Ressourcenknappheit, erhebliche soziale Ungleichheit oder (beziehungsweise und) politische Probleme zusammentreffen. Ein gutes Beispiel ist der Begriff des „youth bulge“, welcher das demographische Phänomen beschreibt, dass der Anteil junger Menschen unter 24 den deutlich größten Teil in der Bevölkerung ausmacht (*Fuller* 2003: 6). Gesellschaften mit einer entsprechenden Alterstruktur haben empirisch ein signifikant erhöhtes Risiko unter innerstaatlichen bewaffneten Konflikten, Terrorismus und Aufständen zu leiden, wenn gleichzeitig ungünstig soziale Bedingungen wie Arbeitslosigkeit bestehen (*Urdal* 2006: 623). Als Beispiele werden einige Länder des mittleren Ostens genannt (vergleiche *Nichiporuk* 2001: 7). Als Maß werden die tatsächlichen Konflikte in diesen Ländern herangezogen. Aber auch hier ist die Altersstruktur nur eine Variable unter einigen weiteren. Zur Erklärung von Gewalt in solchen Ländern spielen politische und entwicklungsbezogene Gründe die größere Rolle (vergleiche *Urdal* 2006: 623).

Ein weiterer demographisch zentraler Punkt sind die Wanderungsbewegungen. Diese können in verschiedener Weise mit Sicherheitsfragen zusammenhängen. Zum einen führen zum Beispiel Kriege und staatliche Repression zur Flucht der zivilen Bevölkerung. Aber auch Probleme wie Hunger und sonstiger Ressourcenmangel – mitverursacht durch das starke Bevölkerungswachstum – bringen Menschen dazu ihre Heimat verlassen zu müssen. Auf der anderen Seite führt Immigration unter Umständen zu sicherheitsrelevanten Problemen in den Zielländern, beispielsweise durch mangelnde Integration, Segregation und ethnische Spannungen zwischen Einheimischen und Zugewanderten. Zudem ist die Entstehung und Verbreitung von Fremdenfeindlichkeit von Relevanz für die innere Sicherheit, so: wenn Ausländer Opfer von Diskriminierungen oder gar Gewalt aufgrund ihrer ethnischen Herkunft werden. Neben diesen Folgen gibt es weitere Formen der Migration, die an sich schon einen sicherheitsrelevanten

Tatbestand darstellen. Als Beispiel für die international agierende organisierte Kriminalität sind der Menschenhandel oder Schlepper zu nennen.

Auch wenn weltweite Sicherheitsfragen heute aufgrund der Informationstechniken und internationalen Vernetzungen auch die innere Sicherheit in Deutschland berühren und damit eine strikte Abgrenzung zur äußeren Sicherheit eingeschränkt ist (vergleiche *Grünheid* 2008: 55), bestehen vergleichbare, aber auch spezifische Betrachtungsweisen, wenn man die Kriminalitätsentwicklung im Zusammenhang mit der Demographie untersucht. Die Ausgangsfrage ist die gleiche: welchen Einfluss hat die demographische Entwicklung auf die Sicherheit, hier also die Kriminalität in Deutschland? Gegenstand kann dabei vor allem die Entwicklung bestimmter Bevölkerungsgruppen sein, die unter bestimmten Bedingungen höhere Risiken aufweisen delinquent zu werden. Das klassische Beispiel sind junge Männer oder – häufig diskutiert – Personen mit Migrationshintergrund, die aufgrund von Desintegration und sozialstruktureller Benachteiligungen ebenfalls ein höheres Risiko aufweisen, in kriminelle Karrieren abzurutschen. Über die Kriminologie hinaus ist es jedoch bekannt, dass solche vereinfachten Schlussfolgerungen nicht zulässig sind und somit eine Bevölkerungsvorausberechnung in Bezug auf die Vorhersage von Delinquenz eingeschränkt sein müsste. Letztlich sind auch hier, ähnlich wie beim oben genannten „youth bulge“ weitere Faktoren ins Kalkül zu ziehen, weil bekanntlich nicht das Alter oder der Migrationshintergrund an sich zu abweichendem Verhalten führen, sondern nur in Verbindung mit spezifischen Auslösern, Rahmenbedingungen, mangelhafter Sozialisation, mangelnder sozialer Kontrolle und vielem mehr. Es geht beim Thema Demographie und Sicherheit aber schließlich nicht darum, individuelle Kriminalität zu verstehen oder gar zu erklären. Diese lässt sich nur im jeweiligen Einzelfall unter Einbeziehung sämtlicher sozialer Bezüge beurteilen und erforschen. Insbesondere bei Jungtätern müsste unter anderem die Frage geklärt werden, ob die kriminelle Handlung eine untypische „Episode“ im Leben des Täters ist oder ein für den Täter typisches „(...) Symptom eines bereits verfestigten auffälligen Lebensstils“ darstellt (*Bock* 2000: 373). Ähnlich kann dies bei der scheinbar höheren Kriminalitätsbelastung von Ausländern gesehen werden. Neben dem Gesagten kommen hier bekanntlich weitere Faktoren hinzu, die dazu führen, dass die registrierte Kriminalität bei dieser Bevölkerungsgruppe höher ausfällt. Neben den Verstößen gegen das Aufenthalts- und Asylrecht ist festzuhalten, dass Ausländer häufiger unter sozialen Bedingungen leben, die auch bei Deutschen häufiger zu Straftaten (vergleiche *Grünheid* 2008: 59), das heißt hier spielen die sozioökonomische Situation, das Milieu und die Gelegenheitsstrukturen eine Rolle. Des Weiteren zeigt sich, sowohl bei Jugendlichen, als auch bei Ausländern unabhängig ihrer ethnischen Herkunft, ein höheres Anzeigeverhalten seitens der Bevölkerung. Daher geht es bei der Betrachtung von Demographie und Kriminalität selbstverständlich nicht um individuelle Prognosen, sondern um die Phänomenologie der Bevölkerungsstruktur, also um die Makroebene. Aber auch hierbei ist eine monokausale Herangehensweise nicht hilfreich. Es gilt die Frage zu überprüfen, welchen Effekt bestimmte Bevölkerungsaspekte haben und wie sich die Wechselwirkungen mit sozialstrukturellen beziehungsweise sozioökonomischen Variablen darstellen. Die Messung des Gewichtes der Alterstruktur bei der Entwicklung von Aussagen zur Vorhersage von Kriminalitätsaufkommen bedarf folglich der Berücksichtigung intervenierender Variablen, um zu ermitteln, inwieweit diese als konstant angenommen werden können (vergleiche *Weitemeier et al.*: 8).

Der Blick auf die Makroebene bei der Untersuchung des Zusammenhangs von Demographie und Kriminalität ist in mehrfacher Hinsicht für Forschung, Politik und Praxis von Bedeutung. Allein der Hinweis auf den schon lange nicht mehr abstreitbaren demographischen Wandel, die Bevölkerungsschrumpfung, vor allem die Bevölkerungsalterung, hat Problembewusstsein geschaffen und damit auch wissenschaftliche Fragestellungen hervorgebracht, zum Beispiel: Ist durch den starken Rückgang des Anteils junger Menschen im Alter bis 25 Jahre in unserer Gesellschaft bis 2030 und vor allem bis 2050 auch gleichzeitig ein Rückgang der Kriminalität

zu erwarten? Sinkt die Kriminalität generell bei der Verkleinerung der Bevölkerung insgesamt? Dass diese Fragen nicht einfach zu beantworten sind, liegt auf der Hand und zeigt sich durch die hier vorliegenden Beiträge. Gegenbeispiele gibt es bereits in der Gegenwart, denn ausgerechnet Regionen, die besonders durch Bevölkerungsschrumpfung und Alterung auffallen, sind auch auffällig in der polizeilichen Kriminalstatistik. Hier liegt wiederum eine Interdependenz zwischen ökonomischer Situation, Bevölkerungsentwicklung und Kriminalität zugrunde, denn diese Regionen weisen hohe Arbeitslosenzahlen, niedrige Standortqualität und aus beiden folgend hohe Abwanderung von gut qualifizierten Menschen auf (*Grünheid* 2008: 79). Man erkennt unweigerlich den Teufelskreis für solche Regionen. Für polizeiliche Überlegungen und für die Kriminalprävention können solche Erkenntnisse von immenser Bedeutung sein, weil hierauf mit gesicherten Annahmen kurz- bis langfristige Strategien entwickelt werden können. Die Berücksichtigung der Veränderungen in der Alterstruktur kann somit eine wesentliche Vorhersagevariable sein, weil sie mit relativ sicheren Annahmen verknüpft sind.

Der hier vorliegende Band ist eine Sammlung der schriftlichen Fassungen von vier Vorträgen, welche im Rahmen eines Workshops „Auswirkungen demographischer Entwicklungen auf Sicherheitsfragen“ gehalten wurden. Die Beiträge spiegeln daher auch die Meinungen des jeweiligen Autors wider. Diese Tagung fand im November 2007 in Wiesbaden statt und wurde vom BiB organisiert. Im Mittelpunkt des Workshops stand die Frage, ob es einen Zusammenhang zwischen demographischen Entwicklungen und Sicherheitsthemen gibt und wenn ja, wie dieser Zusammenhang aussieht. Welche Rolle spielt die Demographie bei weltweiten Konflikten und für Kriminalität? Wie hoch ist die Bedeutung der Bevölkerungsentwicklung für die Sicherheit einzuschätzen im Vergleich zu anderen Einflussfaktoren?

Wolfgang Kahl stellt in seinem Beitrag die Möglichkeiten und Grenzen der „Zukunftsforschung“ zur Ableitung von Aussagen für die zukünftige Entwicklung von Gewaltkriminalität und die daraus resultierenden Handlungsempfehlungen dar. Aufgrund der Komplexität des sozialen Phänomens des demographischen Wandels sei eine endgültige Identifizierung von Handlungserfordernissen und darauf aufbauenden politischen Empfehlungen nur eingeschränkt möglich. Kahl plädiert für eine intensivere Forschung über die Frage, welche Deliktfelder von welchen soziodemographischen Parametern sinnvoll bestimmt und erklärt werden können. Dabei spricht er sich für eine stärkere Vernetzung verschiedener Politikfelder und auf regionaler Ebene aus. Konkret soll das Problem der wachsenden Zahl Älterer und gegebenenfalls pflegebedürftiger Menschen beobachtet werden und inwieweit eine mögliche Gefährdung durch gewalttätige Handlungen von betreuenden Personen bestehen könnte. Regional sollte das Augenmerk auf wachsende Risiken der Gewalt in schrumpfenden Regionen Deutschlands gerichtet werden.

Bei dem zweiten Beitrag handelt es sich um eine empirische Arbeit zur erwartbaren Entwicklung und Struktur altersspezifischer registrierter Kriminalität unter Rückgriff auf Bevölkerungsvorausberechnungen der Statistischen Ämter. Der Autor *Gerhard Spiess* betont, dass das Ziel seines Beitrages nicht eine Prognose sei, sondern die Identifizierung von Kriminalitätsentwicklungen, die durch die angenommenen demographischen Entwicklungen erklärbar sind. Es lassen sich Ableitungen über die künftige altersspezifische Kriminalität in seinem Beitrag finden: ganz allgemein werden die Veränderungen in der Alterstruktur bis 2030 einen Effekt haben und später stärker die Bevölkerungsschrumpfung. Ein Indikator hierfür sei, dass der Anteil der Tatverdächtigen 18- bis 25-Jährigen im Jahr 1993 in etwa so groß war, wie der von Tatverdächtigen über 40 Jahren. Bis zum Jahr 2030 könne der Anteil der über 40-jährigen Tatverdächtigen das Doppelte des Anteils der jungen (18 bis 25 Jahre) ausmachen. Mit dem demographischen Wandel könne somit ein Rückgang von jugendtypischen Delikten (häufig Bagatelldelikte) möglich sein, wobei der demographische Effekt insgesamt begrenzt ist. *Spiess* betont, dass ein Rückgang von Delinquenz vor allem durch günstige bildungs- und sozialpolitische Rahmenbedingungen erreicht werden könne. Limitiert werden die Befunde dadurch,

dass sich eine solche Analyse nur auf das Hellfeld bezieht – die häufig aus dem Nahraum hervorgehenden Delikte bleiben außerhalb registrierbarer Kriminalität, also im Dunkelfeld.

Der Beitrag von *Roland Kaestner* beschäftigt sich mit weltweiten Bevölkerungsentwicklungen und deren Auswirkungen auf die deutsche Sicherheitspolitik sowie mit Implikationen bezüglich der künftigen Entwicklung der deutschen Streitkräfte. Bevölkerungsentwicklungen in bestimmten Regionen, das heißt in Ländern mit steigenden Bevölkerungszahlen, hohen Geburtenziffern und jüngeren Altersstrukturen, wie im nahen und mittleren Osten oder Nordafrika führen in Wechselwirkung mit ökonomischen, sozialen und politischen Problemen zur anhaltenden Migration aus diesen Ländern. Bei negativen sozioökonomischen Rahmenbedingungen in den Zielländern könne dies zu Konflikten führen. In Europa selbst können die Bevölkerungsschrumpfung und Alterung der Gesellschaft zu spezifischen sicherheitsbezogenen Problemen führen: bei steigender Staatsverschuldung könne der Verteidigungsetat gekürzt werden und die staatlichen Sicherheitskräfte könnten künftig mit einem Mangel an gut qualifizierten Personen konfrontiert sein. Hierzu schlägt *Kaestner* vor, die Sicherheitskräfte dahingehend zu entwickeln, dass sie ein Augenmerk auf die Integration von Zuwanderern in die Organisationen richten und eine Erhöhung der Altersgrenzen des Sicherheitspersonals überdenken. Aufgrund sich ändernder Formen weltweiter Konflikte könne zudem vermutet werden, dass weniger die Quantität der Streitkräfte im Vordergrund steht als spezifische Fähigkeiten und Spezialisierungen.

Auch der letzte Beitrag beschäftigt sich mit der weltweiten Bevölkerungsentwicklung und ihren Implikationen für die Sicherheit. Hierbei wird allerdings ein stärkerer Fokus auf kulturelle Unterschiede gelegt, die nach den Ausführungen von *Josef Schmid* von Bedeutung für Sicherheitsfragen seien. In seinem Essay konstatiert er den Wandel der bipolaren Welt des Kalten Krieges zu einer multipolaren Welt zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Die Gefährdung der weltweiten Sicherheit gehe dabei vom Zusammenspiel von Entwicklungsdifferenzen und partikularen, regionalen, ethnisch-kulturellen Interessen einher. *Schmid* betont, dass eine Ursachenforschung von Weltkonflikten die Bevölkerungsentwicklungen einbeziehen müsse. Das Wohlstandsgefälle und die Auswirkungen der Globalisierung können, zusammen mit starkem Bevölkerungswachstum, die Entwicklung von Extremismus begünstigen, welche nicht nur die betroffenen Regionen beeinträchtigt, sondern auch die Zielländer von Wanderungen aus diesen Ländern. Eine wichtige Frage bleibt dabei, ob sich die demographischen Unterschiede von entwickelten, in der Regel alternden und zum Teil schrumpfenden und weniger entwickelten, in der Regel jungen und wachsenden Gesellschaften in Zukunft ausgleichen werden oder ob sich Entwicklungsdifferenzen insoweit verringern werden, dass die aus ihnen hervorgehenden Gefährdungen zurückgehen.

Die Beiträge dieses Bandes belegen die Bedeutung des Forschungsgegenstands vor allem auch für weitere wissenschaftliche Arbeit sowie die Entwicklung politikrelevanter Implikationen. Sie liefern Diskussionsgrundlagen, zeigen aber auch Grenzen der Annahme des Zusammenhangs auf und stellen die Sichtweisen der jeweiligen Autoren mit ihren spezifischen Fragestellungen dar. Mit der Veröffentlichung dieses Bandes geht die Hoffnung einher, diese Punkte mit in dem Bereich Demographie und Sicherheit beschäftigten Wissenschaftlern und Experten aus der Praxis zu diskutieren und weiterzuentwickeln. Die Untersuchung des Zusammenhangs von Demographie und Sicherheit ist ein wichtiger Gegenstand für die Bevölkerungswissenschaft, insbesondere für ihre Vernetzung mit anderen Disziplinen wie der Kriminologie.

Literatur

Adam, Rudolf, 2006: Demographie und Sicherheit. Wie beeinflussen demographische Veränderungen die sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen im Zeitalter der Globalisierung? In: Internationale Politik, Dezember 2006: 24-32

-
- Bock, Michael*, 2000: Kriminologie. Für Studium und Praxis. Verlag Vahlen: München
- Fuller, Graham*, 2003: The youth factor: the new demographics of the Middle East and the implications for U.S. policy.
<http://www.brookings.edu/fp/projects/islam/fuller2003.pdf> (Juni 2009)
- Grünheid, Evelyn*, 2008: Die Auswirkungen demographischer Entwicklungen auf die innere Sicherheit in Deutschland. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 33, 1: 55-88
- Nichiporuk, Brian*, 2001: A Framework for Examining the Relationship Between Demographic Factors and Security Issues. In: Demography and Security. Proceedings of a Workshop. RAND: 6-8
- Urdal, Henrik*, 2006: A Clash of Generations? Youth Bulges and Political Violence. In: International Studies Quarterly 50: 607-629
- Weitemeier, Ingmar; Bornewasser, Manfred; Dinkel, Reiner*, 2008: Einleitung in die Problemlage. In: *Bornewasser, Manfred; Weitemeier, Ingmar; Dinkel, Reiner* (Hrsg.): Demografie und Kriminalität. Eine Prognose zur Kriminalitätsentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern. Verlag für Polizeiwissenschaft: Frankfurt am Main: 1-12

Wolfgang Kahl

Demografischer Wandel im Kontext sozioökonomischer Prozesse und sozialräumlicher Entwicklungen: Mögliche Auswirkungen auf Phänomene der Gewaltkriminalität und Folgerungen für die Prävention

1 Fragestellung und Zielsetzung

Demografie und ihre Entwicklung werden in der Bundesrepublik Deutschland derzeit unter unterschiedlichsten Aspekten thematisiert. So etwa im Hinblick auf den Arbeitsmarkt und beschäftigungspolitische Fragen, die sozialen Sicherungssysteme – hier vor allem gesundheits- und rentenpolitische Facetten – sowie die familienpolitischen Konsequenzen, eher selten indessen unter einem sicherheitspolitischen Fokus und eventueller Auswirkungen auf die Kriminalitätsentwicklung sowie nicht zuletzt die Kriminalprävention.

Vorhersehbare sicherheitspolitisch relevante Auswirkungen komplexer sozioökonomischer Prozesse, sozialräumlicher Entwicklungen und erheblicher demografischer Veränderungen auf die Kriminalitätslage sollten nicht erst im Stadium der „Konkretisierungsphase“ aufgegriffen, sondern bereits jetzt beschrieben werden, um rechtzeitig ursachenorientiert und im Wortsinne präventiv, nämlich zuvor kommend, politisch handeln zu können.

Folgend werden zunächst Möglichkeiten und Grenzen der Zukunftsforschung aufgezeigt, um dann auf der Grundlage aktueller Trendanalysen (ausgewählte) erkennbare Risiken der Gewaltkriminalität und entsprechende Handlungserfordernisse abzuleiten. Am Schluss stehen Handlungsmöglichkeiten, deren Umsetzung den gesellschaftspolitischen Akteuren empfohlen wird.

Die Darstellung knüpft an einen im Jahr 2006 im Rahmen einer Projektinitiative der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK) erarbeiteten Problemaufriss an und leistet einen Beitrag zur aktuell auf gesellschaftlicher, politischer und auch wissenschaftlicher Ebene geführten „Zukunftsdebatte“, die als öffentlicher Diskurs die vielfältigen Erfordernisse heute notwendiger Weichenstellungen für die Zukunft der Gesellschaft bewusst machen soll. Bundespräsident Horst Köhler beteiligt sich an dieser Debatte mit dem von ihm zusammen mit der Bertelsmann Stiftung initiierten „Forum Demographischer Wandel.“

2 Anmerkungen zu Möglichkeiten und Grenzen der Zukunftsforschung

Für zukunftsorientierte (wissenschaftliche) Fragestellungen sind Begrenzungen des methodischen Vorgehens gegeben, die – im Gegensatz dazu – die Vergangenheits- und Gegenwartsforschung nicht betreffen. Aussagen über zukünftige gesellschaftliche Entwicklungen können – zum Teil erhebliche – Unsicherheitsgrade nicht überwinden und deshalb auch nicht außer Acht lassen. Der demografische Wandel lässt sich zwar aufgrund der Stetigkeit wesentlicher Parameter (Geburtenrate, Lebenserwartung) unter bestimmten Annahmen und in bestimmten Bandbreiten nachvollziehbar fortschreiben. Schwieriger wird es jedoch, im Hinblick auf Bereiche des ökonomischen und gesellschaftlichen Wandels sowie ihrer globalen Einflüsse Voraussagen zu treffen, um so schwieriger, wenn diese zueinander wie auch zum demografischen Wandel in komplexen Wechselbeziehungen stehen, die zudem nicht immer offenkundig sind oder gar quantifizierbar wären. Noch komplexer wäre die Analyse der Frage, wie sich strukturelle Entwicklungen auf die zukünftigen Lebenswelten der Menschen auswirken. Die damit verbundenen Einstellungen und Gefühle der Menschen sind schwer vorstell- und vorhersehbar, wenngleich zum Beispiel eine Einschätzung dazu bedeutsam wäre, inwieweit als für die Gesellschaft riskant

eingeschätzte strukturelle Entwicklungen tatsächlich die individuelle Motivation zum Beispiel für gewalttätiges Verhalten bewirken würde.

In der Zukunftsforschung hat sich für Prognosemodelle vor allem vor dem Hintergrund der „Unsicherheitsproblematik“ die Szenariomethode durchgesetzt, die im Grundsatz verschiedene Entwicklungsmöglichkeiten zum Beispiel gesellschaftlicher Verhältnisse aufzeigt, die sich aus der Kombination unterschiedlicher Annahmen über die zukünftige Entwicklung zu den (meist von Experten) als relevant erachteten Einflussfaktoren ergeben. Die Annahmen basieren auf dem Erfahrungswissen (der Experten) zum Zeitpunkt der Prognoseerstellung und können mit Wahrscheinlichkeitsaussagen versehen werden. Mit Hilfe der Szenarien lassen sich dann Risiken und Chancen beschreiben, aus denen wiederum jeweilige Handlungserfordernisse abgeleitet werden können. Der Komplexitätsgrad steigt mit der Anzahl und der Kombinationsdichte der zugrunde gelegten Einflussfaktoren. Szenarien sind insoweit begründete Zukunftsmodelle, die unter Umständen auch sehr unterschiedlich ausfallen können und deshalb geeignet sind, die Extrempunkte erwartbarer Ergebnisse auszuloten. Sie erheben gerade nicht den Anspruch, lediglich eine wahrscheinliche Zukunft vorauszusagen und sind gegenüber als Prophetien bezeichneten Vorausverkündungen göttlicher Eingebung und menschlicher Erleuchtung rational begründet. Was am Ende herauskommen kann, hängt von dem am Anfang stehenden Blick und den vorne eingegebenen Prämissen ab. Langfristige Vorhersagen sprechen notwendiger Weise andere Dimensionen an als kurzfristige Einschätzungen etwa zur Eintrittswahrscheinlichkeit eines bestimmten Ereignisses.

Einfache Projektionen hingegen sind Fortschreibungen bereits festgestellter Entwicklungen unter Annahme spezifischer Gesetzmäßigkeiten. Sie sind dann für die Zukunftsbeschreibung geeignet, wenn von einer Kontinuität der Entwicklung begründet ausgegangen werden kann oder die Folgen bereits vergangener Entwicklungen sich mit einem Zeitverzug in der Zukunft (sichtbar) auswirken (wie zum Beispiel der Geburtenrückgang in der Vergangenheit die Altersstruktur der Bevölkerung erst in größeren Zeitabständen spürbar verändert).

Genannte Verfahren unterscheiden sich von generalisierenden Theorien zu den großen Zusammenhängen weltgeschichtlicher Entwicklungen, die kenntnisreich und schlüssig etwa den „Untergang des Abendlandes“ (*Spengler* 1917) vorhersagen oder den Übergang in eine bessere zum Beispiel „klassenlose“ Gesellschaft (*Marx/Engels* 1848) versprechen. Diese Interpretationen der Zeitläufte zeigen das vielfältige, komplexe Ineinandergreifen von ökonomischen, kulturellen und soziologischen Parametern und den Einfluss internationaler Entwicklungen auf innergesellschaftliche Prozesse, allerdings im Rahmen umstrittener Gesetzmäßigkeiten.

Aktuelle Zukunftsbeschreibungen dieser Kategorie (*Roß* 2008; *Attali* 2008; *Courbage/Todd* 2008), die sich unter anderem mit den Thesen von *Francis Fukuyama* vom „Ende der Geschichte“ (1992) und *Samuel Huntington* zum „Kampf der Kulturen / Zivilisationen“ (1996) auseinandersetzen, beschreiben unterschiedliche Zukunftsvarianten zwischen den Polen eines Niedergangs westlicher Welt dominanz und einem langfristigen Erfolg demokratischer Ideen.

Der Blick in die Zukunft ist weiterhin vom jeweiligen Zeitgeist geprägt – gemeint ist ein über einen gewissen Zeitraum vorherrschendes Klima, das mehr oder weniger optimistisch beziehungsweise pessimistisch Zukunftsaussichten zum Ausdruck bringt und somit auch den öffentlichen beziehungsweise politischen Diskurs bestimmt. Der Wandel des Zeitgeistes ist sowohl durch langfristige Trends (vergleiche etwa Umwelt-/Klimadebatten) als auch durch spektakuläre Einzelereignisse (zum Beispiel Ölkrise 1974, Tschernobyl 1986, 11. September 2001) beeinflusst.

Wie auch immer: Planerische Entscheidungen von Menschen sind von Erwartungen über zukünftige Entwicklungen mitbestimmt. Politische, unternehmerische wie private Entscheidungsträger orientieren sich in unterschiedlichem Ausmaß systematisch, langfristig vorausschauend an einer Folgenabschätzung ihres Handelns beziehungsweise Nichthandelns in einem Kontext vielfach nicht selbst beeinflussbarer Prozesse.

Ein Ergebnis dieser Überlegungen zu Möglichkeiten und Grenzen der Zukunftsforschung ist, dass es kaum möglich ist, brauchbare Zukunftsbilder über längere Frist zu skizzieren. Dennoch werden für die heutige Entscheidungsfindung Einschätzungen zur Zukunft benötigt, die möglichst rational entwickelt werden sollten.

Das aufgezeigte methodische Dilemma wird in der weiteren Darstellung noch deutlicher und findet entsprechende Berücksichtigung.

3 Ein Panorama des demografischen Wandels in Deutschland

Umfang, Altersaufbau und ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung verändern sich nach den Verwerfungen des Zweiten Weltkrieges im europäischen Raum wieder kontinuierlich und nur über längere Zeiträume betrachtet merklich („Trägheit des Prozesses“). Wichtige Komponenten der Betrachtung einer aggregierten Bevölkerungsentwicklung sind Geburtenhäufigkeit, durchschnittliche Lebenserwartung und Außenwanderungssaldo.

Das Statistische Bundesamt in Wiesbaden gibt mit der mittlerweile 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung einen Ausblick bis zum Jahr 2050 (*Statistisches Bundesamt* 2006). Heute festgestellte demografische Entwicklungen werden unter festgelegten Annahmen fortgeschrieben, haben allerdings mit zunehmendem Abstand zum Basiszeitpunkt (hier 31.12.2005) nur Modellcharakter. Die Berechnung geht von einer Geburtenhäufigkeit auf niedrigem Niveau (drei Annahmen: 1,2 oder 1,4 oder 1,6 Kinder pro Frau), einer zunehmenden Lebenserwartung (zwei Annahmen des Anstiegs) und einem jährlichen Wanderungsüberschuss ausländischer Personen (zwei Annahmen 100.000 oder 200.000 im Hinblick auf die Höhe der Außenwanderungsgewinne) aus. Zwölf unterschiedliche Varianten ergeben sich, von denen zwei „mittlere Varianten“ für die Ergebnisdarstellung herangezogen werden.

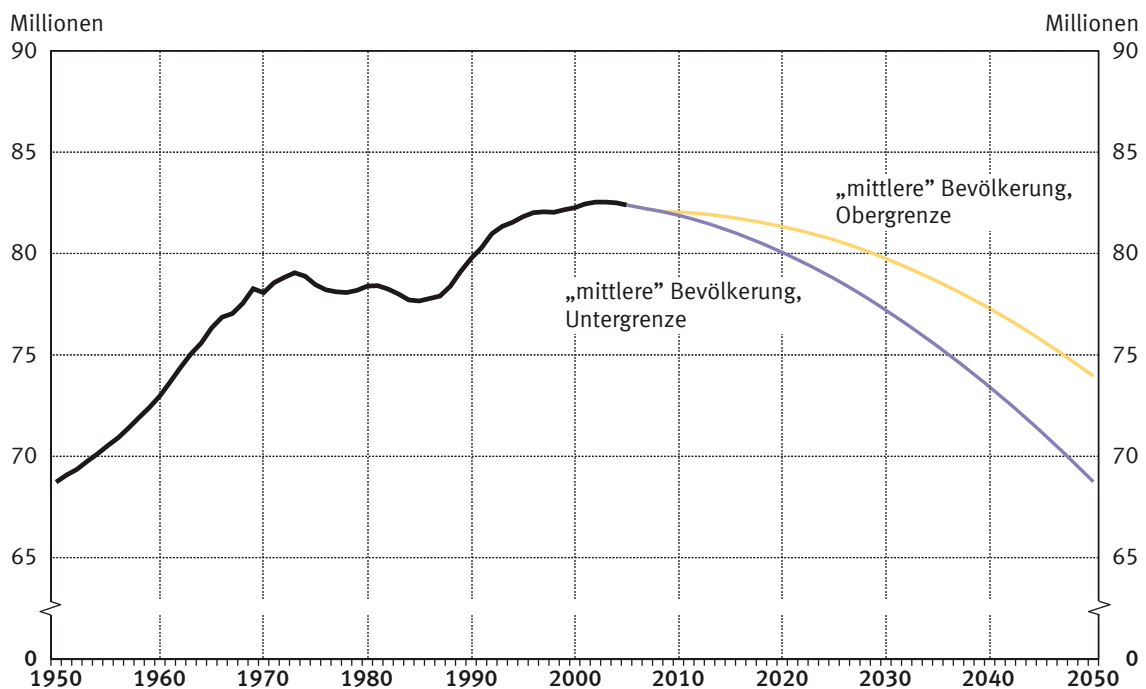
Abbildung 1: Annahmen der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung

Variante	Annahmen zu:		
	Geburtenhäufigkeit (Kinder je Frau)	Lebenserwartung bei Geburt in 2050	Wanderungs- saldo (Personen/Jahr)
„Mittlere“ Bevölkerung, Untergrenze	annähernd konstant bei 1,4	Basisannahme: Anstieg bei Jungen um 7,6 und bei Mädchen um 6,5 Jahre	100 000
„Mittlere“ Bevölkerung, Obergrenze			200 000
„Relativ junge“ Bevölkerung	leicht steigend auf 1,6	Basisannahme	200 000
„Relativ alte“ Bevölkerung	leicht fallend auf 1,2	Hoher Anstieg: bei Jungen um 9,5 und bei Mädchen um 8,3 Jahre	100 000

Einzelne Befunde sind:

- Die niedrige Geburtenhäufigkeit führt dazu, dass die Anzahl der potenziellen Mütter immer kleiner wird und damit die Zahl der geborenen Kinder rapide abnehmen wird.
- Das Hineinwachsen der geburtenstarken Jahrgänge – bei steigender Lebenserwartung – in hohe Altersgruppen führt in den kommenden fünfzig Jahren zu einer Zunahme der jährlichen Sterbefälle.
- Da die Zahl der Gestorbenen die Zahl der Geborenen künftig immer mehr übersteigt, wird die Bevölkerungszahl trotz Zuwanderung schrumpfen. Je nach Variante der Vorausberechnung wird die Bevölkerungszahl zum Jahr 2050 in Deutschland zwischen 69 und 74 Millionen betragen. Ende 2005 lebten in Deutschland 82,4 Millionen Menschen.

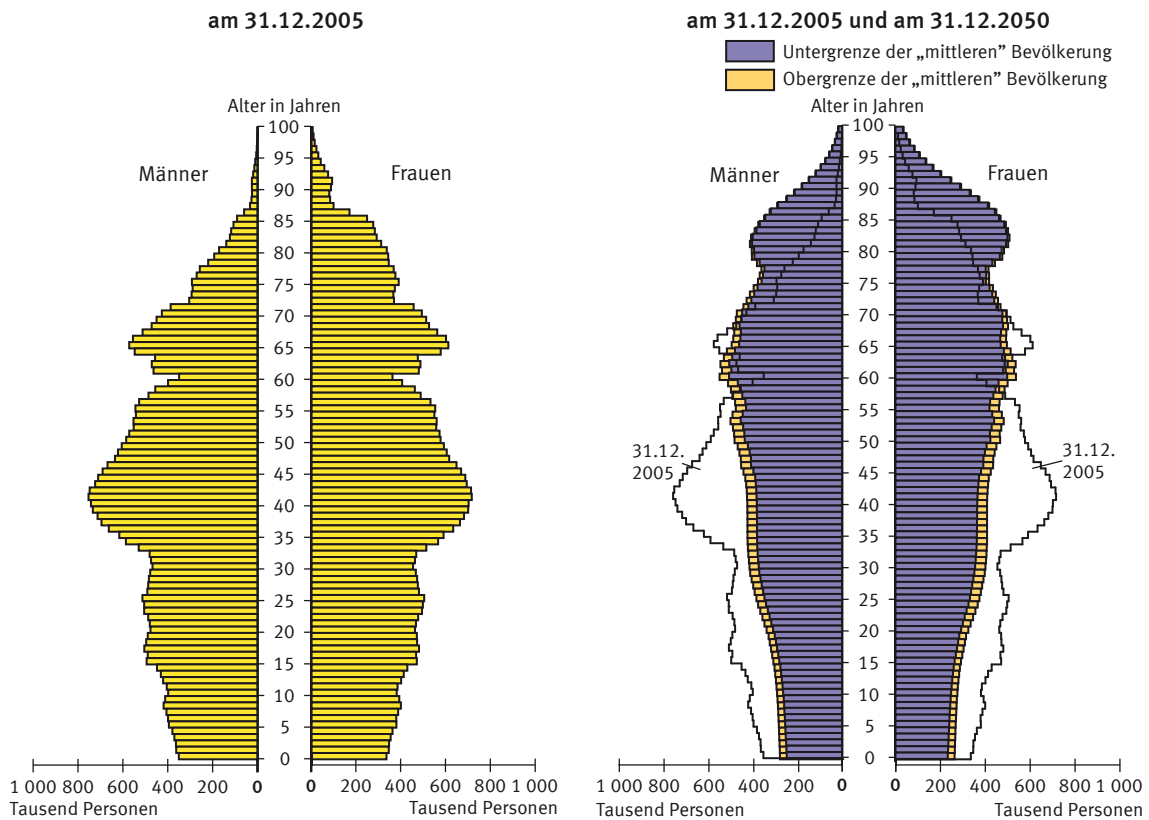
Abbildung 2: Entwicklung der Bevölkerungszahl bis 2050



Quelle: Statistisches Bundesamt 2006: 15

- Die Relationen zwischen den Altersgruppen werden sich künftig stark verändern.
- Der Gesamtzahl der jungen Menschen unter 20 Jahren wird bis zum Jahr 2050 um mehr als 30% auf etwa 11 Millionen abnehmen.
- Der Anteil der über 80-Jährigen könnte sich (auf etwa 10 Millionen) verdreifachen.
- Der Anteil der mittleren Altersgruppe wird deutlich abnehmen.
- Das Verhältnis zwischen der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (20-65 Jahre) und den Senioren, der so genannte Altenquotient, wird sich entsprechend deutlich (von 30 auf 60) verändern. Auch der Anteil der Älteren innerhalb der Gruppe der Personen im Erwerbsalter wird erheblich zunehmen. Die Gesellschaft wird älter werden.
- Der Jugendquotient (unter 20-Jährige im Verhältnis zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter) wird in etwa stabil bleiben.
- Der Gesamtquotient steigt von etwa 65 auf 90, das heißt auf 100 Erwerbspersonen kommen im Jahr 2050 etwa 90 Menschen im Ausbildungs- oder Rentenalter.

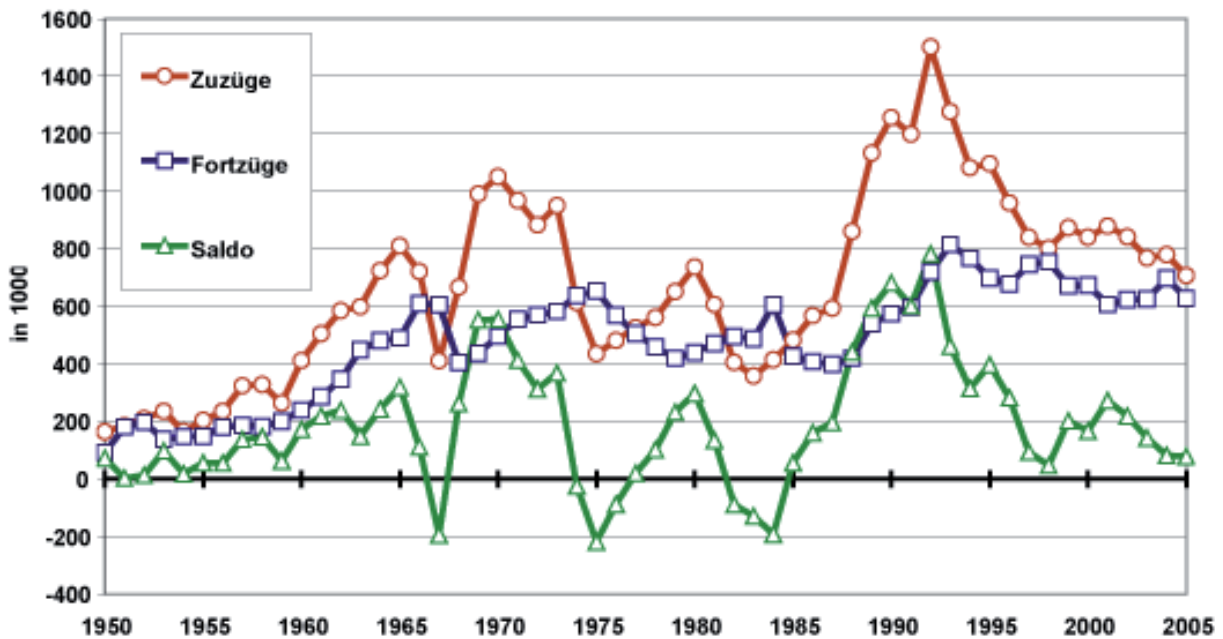
Abbildung 3: Altersaufbau der Bevölkerung 2005 und 2050



Quelle: Statistisches Bundesamt 2006: 16

Zu den Aspekten der Wanderungsbewegungen aus und nach Deutschland sowie innerhalb Deutschlands geben Erkenntnisse des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR) Auskunft (www.bbr.bund.de).

Abbildung 4: Die internationalen Wanderungsbeziehungen Deutschlands zwischen 1950 und 2005



Quelle: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung 2006

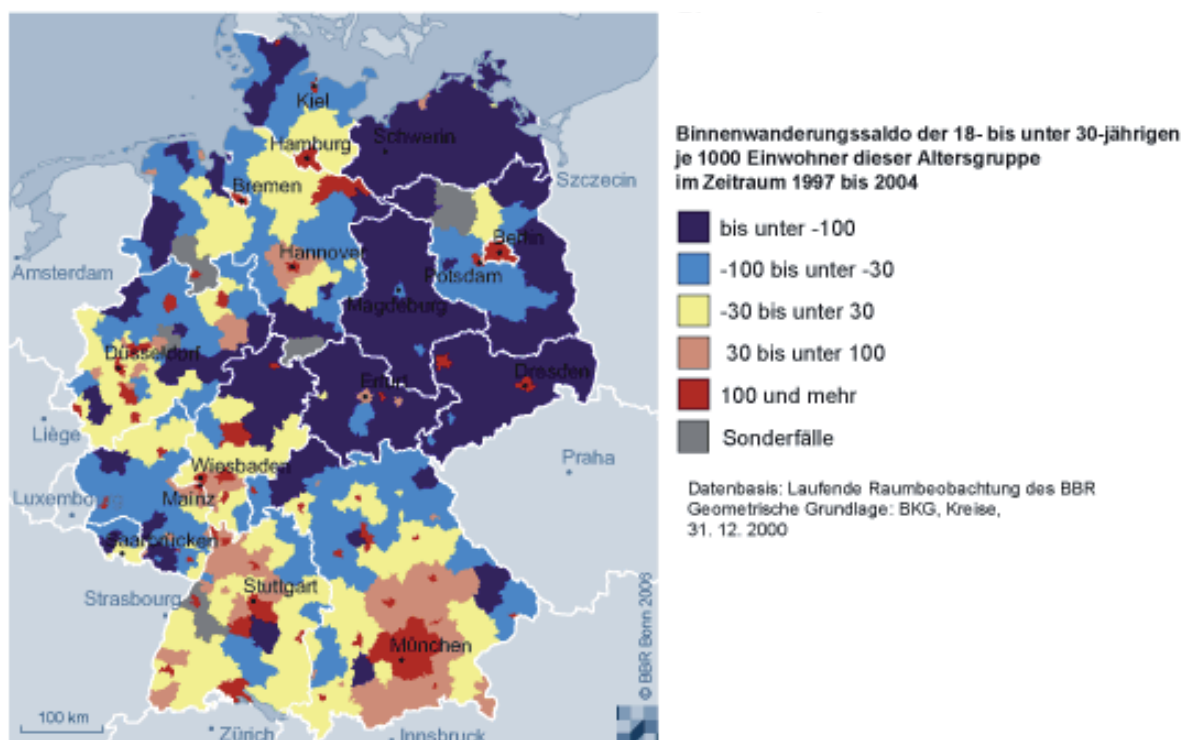
- Dass es auch zukünftig große Schwankungen im Außenwanderungssaldo geben wird, kann aufgrund des vergangenen Verlaufs (typische Eigenschaft) vermutet werden.

Mit zunehmender räumlicher Differenzierung steigt in der Regel die Bedeutung von Wanderungen gegenüber den natürlichen Bewegungen (Geburten, Sterbefälle) für die Bevölkerungsentwicklung. Darüber hinaus sind Wanderungen, insbesondere Binnenwanderungen, auch ein aussagekräftiger Indikator für regionale Disparitäten in den Bereichen Wohnungsmarkt, Arbeitsmarkt oder generell für Unterschiede in der Attraktivität von Regionen.

Binnenwanderungen werden sinnvoller Weise nach Altersgruppen unterschieden. Die Wanderungen können dadurch näherungsweise mit den unterschiedlichen Motiven verbunden werden, die in bestimmten Lebensphasen dominieren. Auch hinter einem ausgeglichenen altersübergreifenden Wanderungssaldo verbergen sich häufig gegenläufige Bewegungen der einzelnen Altersgruppen.

Von besonderer Bedeutung für die Bewertung der „Zukunftsfähigkeit“ einer Region ist die Betrachtung der Wanderungsbewegungen der 18- bis 30-Jährigen.

Abbildung 5: Kleinräumige Wirkungen der Bildungs- und Berufswanderungen 1997 bis 2004



Quelle: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung 2006

- Bildungs- und Arbeitsmarktwanderung: In der Altersgruppe der 18- bis unter 30-Jährigen sind die Bildung und die Erzielung von Erwerbseinkommen die zentralen Motive für Wanderungsentscheidungen. Für diese Gruppen sind die Städte mit ihren Hochschulstandorten und ihrem Arbeitsplatzangebot das bevorzugte Wanderungsziel. Der abgebildete Trend der Entleerung von Gebieten (siehe oben) wird sich fortsetzen.

4 Ein Blick in zukünftige Lebenswelten

Für einen Blick in zukünftige Lebenswelten sind die Voraussagen zur Bevölkerungsentwicklung bedeutsame, aber keineswegs hinreichende Informationen. Das *Deutsche Institut für Altersvorsorge (DIA)* in Köln hatte deshalb 36 Zukunftsforscher gefragt, was sie für das Jahr 2020 prognostizieren und projizieren (vergleiche *DIA* 2003). Aus den Aussagen der Experten wird deutlich, wie umfassend sich die Lebenswelten der Menschen verändern können und werden. Einige Aspekte werden hier stichwortartig wiedergegeben:

- **Gesellschaft** – Veränderte Lebensstile in den sozialen Gruppen aber auch in Altersgruppen; das Klischee der „Vergreisung“ der älteren Menschen wird sich wandeln;
- **Individuum** – Immer mehr Möglichkeiten: Abnahme traditioneller Bindungen und Organisationsformen, Zunahme der „Optionen“ bei der Gestaltung von Lebenswegen machen die Gesellschaft als Ganzes widersprüchlicher (Mosaikgesellschaft) und generieren Verlierer und Aussteiger, die neue Formen der Gemeinschaftsbildung suchen;
- **Technik** – in permanenter Innovation: insbesondere auf Anwendungsgebiete, die im unmittelbaren menschlichen Umfeld liegen (zum Beispiel Ernährung, Medizin, Umwelt, Verkehr, Wohnen/Bauen, Sicherheit);
- **Wirtschaft** – Wissen dominiert: Der erfolgreiche Umgang mit Informationen und das Management von Informationsflüssen zwischen Menschen wird zur Schlüsselqualifikation.
- **Arbeitswelt** –
 1. Die Arbeit der Zukunft findet in Netzwerken statt, in einer auf Kurzfristigkeit und Elastizität ausgerichteten Ökonomie; Prinzip der lebendigen Selbstorganisation: Lebenserfolg im ganzheitlichen Sinne, verstanden als die harmonische Verbindung von Beruf, Familie, privaten Interessen und Alltag wird zum Ziel der neuen Lebensunternehmer (bei zunehmender Instabilität von Arbeitsverhältnissen);
 2. Wissen ist die ultimative Ressource: Menschen mit geringen intellektuellen Fähigkeiten und materiellen Möglichkeiten werden zunehmend ausgeschlossen;
 3. keine Karrierebarrieren für Frauen;
 4. Manager als integrierende Generalisten;
 5. der globale/grenzenlose Unternehmenstyp begründet eine weltweit einheitliche Firmenkultur; Mittelstand verliert an Bedeutung; Marktnischen werden von neuen Kleinstunternehmen genutzt;
 6. Internet schafft völlig neue Beziehungen zwischen Unternehmen und Verbrauchern (Vernetzung, Beschleunigung, Transparenz) und führt zur Reorganisation traditioneller Wertschöpfungsketten; maßgeschneiderte Massenfertigung wird ermöglicht;
 7. Weiter von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft: Auch Dienstleistungen können noch erfunden werden.
- **Lebensweise** –
 1. Zeit zu haben wird immer wichtiger und schwieriger, Zeitsouveränität wird ein Wohlstandsparameter;
 2. Alltag total digital: Informations- und Kommunikationstechniken werden immer mehr zu einer Verlängerung und Erweiterung der Fähigkeiten des Menschen beitragen und durchdringen alle Lebensbereiche. Die Abhängigkeit steigt. Entsteht ein Leben im „computerisierten Kokon“?
 3. Abnahme des gesellschaftlichen Einflusses der traditionellen christlichen Religionen und Kirchen, allerdings steigende religiöse, therapeutische, soziale, spirituelle und moralische Bedürfnisse und Zulauf zu „maßgeschneiderten“ Angeboten;

4. Konsum: Die Verbrauchergruppen driften auseinander, Wohlstand-Paradox: Im gleichen Maße, wie sich Armut und Arbeitslosigkeit ausbreiten, entstehen neue Konsumwelten und Erlebnisindustrien, Erosionserscheinungen in der Mittelschicht führen zu Veränderungen im Sparverhalten;
5. Staat und Bürger: Die „Ökonomisierung des öffentlichen (und des privaten) Lebens“ führt zu einer Versachlichung / Ernüchterung im politischen Denken, Grundsatz der Subsidiarität, Issue Politics, Bürgergesellschaft fordert vor allem von der Wirtschaft mehr Einsatz für das Gemeinwesen;
6. Körper und Seele: Aktive Gesundheitspflege/-vorsorge, Prinzip der Selbstheilung, Körperkult, Selbstmarketing, Echtzeit-Stress, Info-Overload, Internet-Sucht / Persönlichkeitsspaltungen; ihre Arbeit und gleichzeitig das eigene Leben sinnvoll und selbstverantwortlich zu gestalten, überfordert viele Menschen, Zunahme von physischen und seelischen Erschöpfungen und Erkrankungen, Therapeuten-Boom;
7. Wohnen: Kleinräumige und nachbarschaftliche Lebensgemeinschaften sind die Antwort auf den städtebaulichen Gigantismus in den „Mega-Cities“, weltweit persönliche Netzwerke („Beziehungstourismus“), Telearbeit daheim, Wiederentdeckung des ländlichen Raumes.

Diese Stichworte geben einen Eindruck vom bevorstehenden gesellschaftlichen Wandel. In welcher Geschwindigkeit und mit welchen vielfältigen Wechselwirkungen er sich vollzieht, kann man nur mutmaßen. Völlig offen bleibt, wie die Menschen den Wandel und seine Auswirkungen auf die konkreten Lebensschicksale tatsächlich empfinden werden, wie sie denken und fühlen werden. Zu diesen Aspekten hatte die Universität Potsdam im März 2007 eine interdisziplinär besetzte Tagung „Soziodemografischer Wandel – Soziale und kulturelle Konsequenzen für Jugendliche“ veranstaltet.

5 Erkenntnisse und Überlegungen zum Zusammenhang von demografischem Wandel und Kriminalitätsentwicklung

Kriminalität ist als gesellschaftliches Phänomen und Problem eine abstrakte Dimension, die sich in – als strafbar normierten – Verhaltensweisen einzelner Menschen, in einzelnen und qualitativ sehr unterschiedlichen Delikten in der Lebenswelt konkretisiert und sich im Zeitlauf auch verändert, ein sehr vielfältiges Explanadum also, mit unterschiedlichen Differenzierungs- und Kategorisierungsmöglichkeiten. Die Auswirkungen des demografischen Wandels müssten demzufolge im Hinblick auf die Entwicklung einzelner Deliktsbereiche / Delikte, auf die Deliktsstruktur, auf die Veränderung von Tatgelegenheiten, Tätermotivationen und Viktimisierungsrisiken sowie auf die Herausbildung Devianz fördernder Faktoren eingeschätzt werden, zum Beispiel im Hinblick auf Gewaltphänomene.

Einen ersten Ansatz haben etwa *Wolfgang Heinz* und *Gerhard Spiess* in ihrer Projektion „*Demographischer Wandel und Kriminalität junger Menschen bis zum Jahre 2050*“ (vergleiche *Heinz/Spiess* 2005) gewählt. Unter der Annahme konstanter Belastungsniveaus der Altersgruppen werden langfristige Trends unter besonderer Berücksichtigung der zuletzt beobachteten Trends fortgeschrieben. Damit zeigt die Modellrechnung, wie auf der Basis der derzeit beobachteten altersgruppenspezifischen Tatverdächtigenbelastung und der derzeit plausibel anzunehmenden demografischen Veränderungen – bei sonst unveränderten Bedingungen – die Entwicklung der Tatverdächtigenzahlen und der Deliktsstruktur erwartbar ist. Diese Vorgehensweise wird von den Wissenschaftlern jedoch selbst für problematisch gehalten, weil zahlreiche weitere Faktoren der Kriminalitätsentwicklung nicht oder nur statisch einbezogen werden. Das Ergebnis ist eher unspektakulär: „Insgesamt ist mittelfristig eine stärkere Abnahme bei den typischerweise von jungen Menschen begangenen leichteren Delikten und ein Zunahme bei schwereren, erwachsenentypischen Delikten zu erwarten. Die absehbaren Verschiebungen sind aber insgesamt sehr gering.“ (ebenda: 12)

Zur „*Phänomenologie der Alterskriminalität*“ stellt *Klaus Laubenthal* (vergleiche *Laubenthal* 2005: 5) fest: Die relative Belastung der alten Menschen läge heute deutlich unter ihrem Bevölkerungsanteil (Unterbelastung). Es ließen sich keine altersspezifischen Delikte feststellen, das heißt Delikte, die in der Mehrzahl von alten Menschen begangen werden. Eine Besonderheit läge eher in einem begrenzten Deliktsspektrum. Eigentums- und Verkehrsdelikte nähmen den ganz überwiegenden Anteil der Alterskriminalität ein. Weiterhin gäbe es strafbares Verhalten älterer Menschen, dessen Ätiologie und Begehungsweise als alterstypisch zu bezeichnen ist (zum Beispiel bei verbaler Beleidigung, einfacher Diebstahl, Betrug, Sachbeschädigung). Alterskriminalität wäre ganz überwiegend sogenannte Spätkriminalität, das heißt etwa drei Viertel der Altersdelinquenten gerieten erstmals ins Hellfeld und würden wegen einer Straftat sanktioniert. Alterskriminalität gründete nicht selten auf dem physischen, psychischen und sozialen Alterungsprozess, was zu unterscheiden wäre von einer „späten“ Aufdeckung einer lebenslangen kriminellen Karriere. Auch könnten sich früher entstandene und manifestierte Dispositionen erst im Alter in kriminellem Verhalten auswirken.

Der steigende Anteil alter Menschen an der deutschen Bevölkerung bleibt nicht ganz ohne Auswirkungen auf deren Kriminalitätsbelastung, die entsprechend der Vorgehensweise von *Heinz/Spiess* quantifiziert werden könnte. Dennoch sind dramatische Verschiebungen hin zu statistisch signifikanter Alterskriminalität dabei nicht zu erwarten.

Aus der Opferperspektive betrachtet steigen die Herausforderungen bei der Eindämmung von Gewalt gegenüber alten pflegebedürftigen Menschen sowohl im familiären Umfeld als auch in stationären Pflegeeinrichtungen. Verlässliche Daten zur aktuellen Lage liegen nicht vor und fraglich ist, ob sie jemals ermittelt werden können. Wenn die Zahl der pflegebedürftigen Menschen aus demografischen Gründen steigen wird, dann ist auch mit einer Zunahme der Gewaltphänomene in diesem Zusammenhang zu rechnen.

Ohne nun die Quantität der Entwicklung von Gewalt gegen Pflegebedürftige genau voraussagen zu können, scheint es aber geboten, die bereits vorhandene Sensibilisierung bei den relevanten Präventionsakteuren aufzugreifen und die bisherigen Präventionsansätze und -konzepte weiterzuentwickeln und ihre Umsetzung auf allen Ebenen deutlich stärker zu fördern (vergleiche *Deutsches Forum für Kriminalprävention / Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes* 2006). Entscheidend wird für diese Bemühungen eine umfassende Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine menschenwürdige Pflege sein.

Die bisher beschriebenen Ansätze der „Kriminalprognose“ berücksichtigen kaum den Kontext der dynamischen ökonomischen und gesellschaftlichen Veränderungsprozesse im 21. Jahrhundert. Die Fragen nach den Risiken und deren sicherheitspolitisch bedeutsamen Auswirkungen in einer „Welt/Gesellschaft im Umbruch“ bleiben dort ausgeklammert und damit auch unbeantwortet.

Vor dem Hintergrund, dass der demografische Wandel insbesondere in Kombination und Wechselwirkung mit weiteren ökonomischen und gesellschaftlichen Prozessen tiefgreifende Veränderungen erwarten lässt, erhielte eine Betrachtung der Auswirkungen dieses Wandels erst dann eine (politische) Aussagekraft, wenn die Auswirkungen auf die Entstehungsbedingungen von Kriminalität und damit auf die Veränderung von Risikopotentialen / denkbaren Risiken untersucht werden.

Der von der Kriminalistisch-Kriminologischen Forschungsstelle des Landeskriminalamtes Nordrhein-Westfalen vorgelegte Bericht „Trends der Kriminalität in NRW – Eine Zeitreihenanalyse unter Berücksichtigung demographischer und ökonomischer Entwicklungen“ (*Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen* 2006) beschreibt die Schwierigkeiten, für Zukunftsaussagen relevante ökonomische und gesellschaftliche Dimensionen festzulegen. Er benennt dennoch einzelne

Indikatoren (Anteil der männlichen 14- bis 24-jährigen Personen an der Bevölkerung, Arbeitslosenquote und private Konsumausgaben) und kommt mit Hilfe einer Zeitreihenanalyse zu dem Ergebnis gegenläufiger Trends: „Dem Zuwachs der Häufigkeitszahlen bei Körperverletzung, Raub und Betrugsdelikten stehen Rückgänge bei schweren Diebstahlsdelikten, Mord und Totschlag gegenüber.“ Die Entwicklung der Gesamtkriminalität in den letzten dreißig Jahren korreliert jeweils positiv mit den Indikatoren: „Je höher der Anteil der jungen Männer an der Bevölkerung, die die höchste Tatverdächtigenbelastung in der Bevölkerung aufweisen, desto mehr Straftaten werden registriert. Bei steigender Arbeitslosenquote und auch bei steigenden Konsumausgaben steigt die Gesamtkriminalität.“ Es wird die Frage aufgeworfen, welche gesellschaftlichen Dimensionen mit der Entwicklung von Kriminalität überhaupt und in welchem Umfang in Beziehung stehen. Je nach Deliktsform scheinen unterschiedliche Variablen von Bedeutung, die – abgesehen von der Demografie – nur sehr unsicher beziehungsweise ungenau vorhersehbar sind. Im Fazit wird erklärt, dass auf der Basis von Zeitreihenanalysen wie auch auf der Basis anderer methodischer Verfahren Entwicklungen der Kriminalität kaum verlässlich prognostiziert werden können: „Die Gründe dafür ergeben sich daraus, dass auf die Kriminalitätsentwicklung sehr viele verschiedene gesellschaftliche Kräfte einwirken und sich auch diese Kräfte verändern.“ Nicht ein einzelner Faktor ist das Explanans, sondern die Verkettung unterschiedlicher Parameter (ebenda: 35).

Wesentliche Parameter, die für die Fortentwicklung einer intakten und für alle lebenswerten Gesellschaft als bedeutsam erkannt sind und in die Betrachtungen einbezogen sein müssten, werden vielfach für folgende Bereiche beschrieben: ökonomische Innovationskraft, Wachstum der Volkswirtschaft, technischer Fortschritt, Beschäftigungsniveau, Arbeitslosigkeit, Funktionsfähigkeit der staatlichen Daseinsvorsorge/Sozialversicherungssysteme, Zusammenhalt/Solidarität der wesentlichen gesellschaftlichen Gruppen/Milieus und der Generationen, kulturelle Vielfalt und Toleranz, Stabilität der demokratischen Institutionen und Prozesse, Möglichkeiten des sozialen Aufstiegs, Zuwanderung und Integration, Aufrechterhaltung wichtiger Infrastrukturen, gleichwertige Lebensverhältnisse, Unterstützung von Kommunen/Regionen mit besonderem Entwicklungsbedarf und gegebenenfalls weitere.

Bei vertiefender Befassung müsste demnach erst der Frage nachgegangen werden, ob und inwieweit es zielführend ist, über die vorliegenden Bemühungen hinaus weitere Anstrengungen zu unternehmen, multikausal begründete aussagekräftige Zukunftsszenarien zur Kriminalität und ihren Deliktsbereichen zu entwickeln. Eine eher skeptische Einschätzung wurde in den methodischen Ausführungen bereits gegeben.

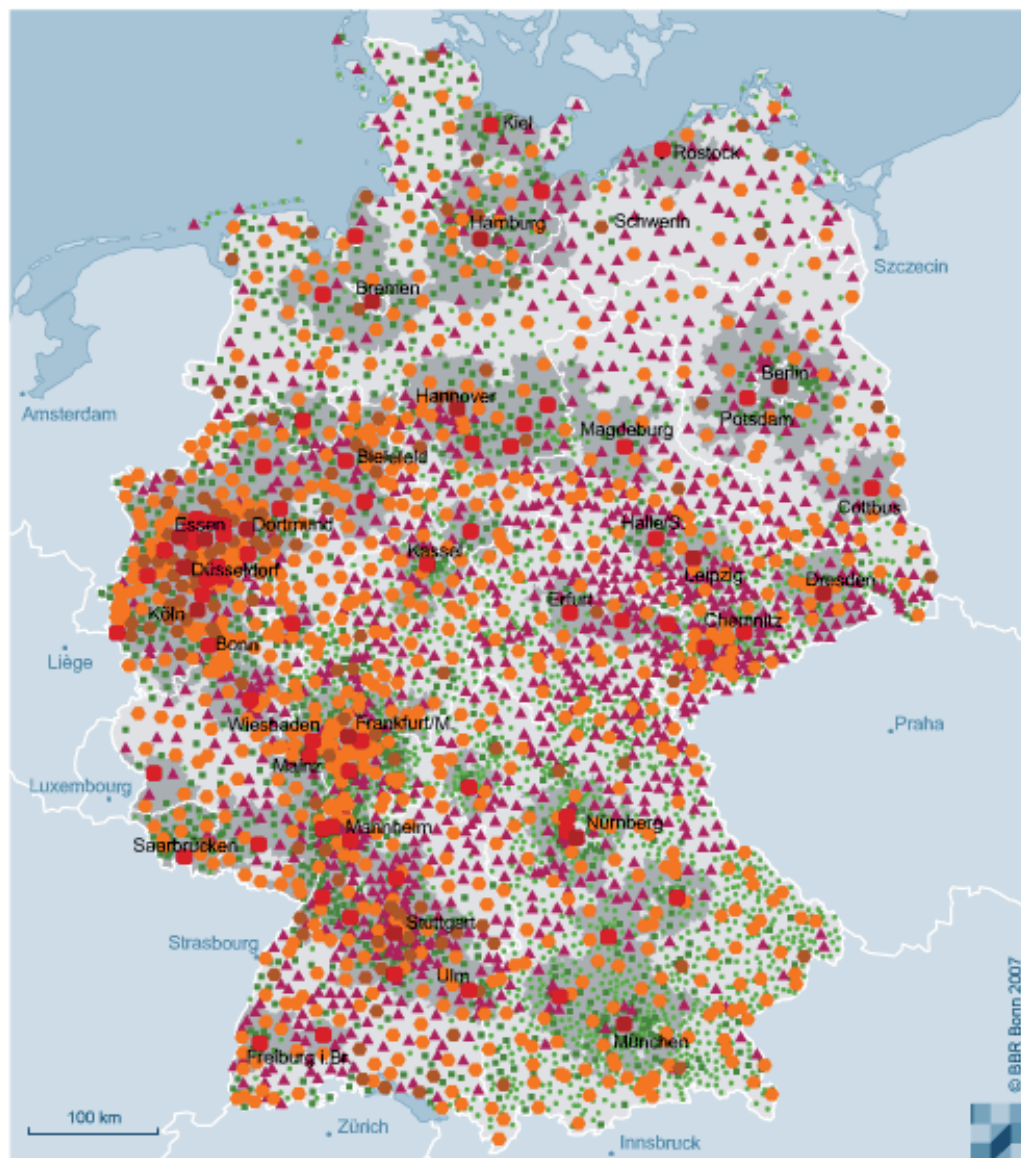
6 Zum Phänomen der Gleichzeitigkeit einer extremen Vielfalt regionaler und kommunaler Bevölkerungsentwicklung

Um den komplexen Wandel zu analysieren, ist eine Betrachtung der Bevölkerungsentwicklung im Durchschnitt aller Kommunen nicht ausreichend.

Infolge der Binnenwanderung (im Wettbewerb zwischen den Regionen) werden beispielsweise in den nächsten Jahrzehnten die Einwohnerzahlen der Metropolregionen weiter steigen, während strukturschwache Kommunen dramatisch schrumpfen. Darüber hinaus sind auch Veränderungen innerhalb der Bevölkerungsstruktur der einzelnen Kommunen zu erwarten und zu betrachten.

Regionale Unterschiede lassen sich bereits hinsichtlich der Geburtenhäufigkeit feststellen. Fertilitätsunterschiede können als Reaktion auf voneinander abweichende Rahmenbedingungen für die Familiengründung sowie durch kulturelle, konfessionelle und lebensstilspezifische Besonderheiten interpretiert werden. Eine große Rolle spielt dabei auch die Wohnortwahl von Frauen in verschiedenen Phasen des Lebenszyklus.

Abbildung 6: Stadt- und Gemeindetypen in Deutschland, 2004

**Stadt- und Gemeindetyp**

Großstädte
Kernstädte (kreisfreie Städte über 100.000 Einwohner) und kreisangehörige Oberzentren mit 100.000 Einwohnern und mehr

- um 500.000 Einwohner und mehr
- unter 500.000 Einwohner

Mittelstädte
Ober- und Mittelzentren mit 20.000 Einwohnern und mehr

- 50.000 Einwohner und mehr
- unter 50.000 Einwohner

Kleinstädte

- ▲ Meist Zentren unterer Stufe, Stadtrecht, meist unter 20.000 Einwohner

Landgemeinden

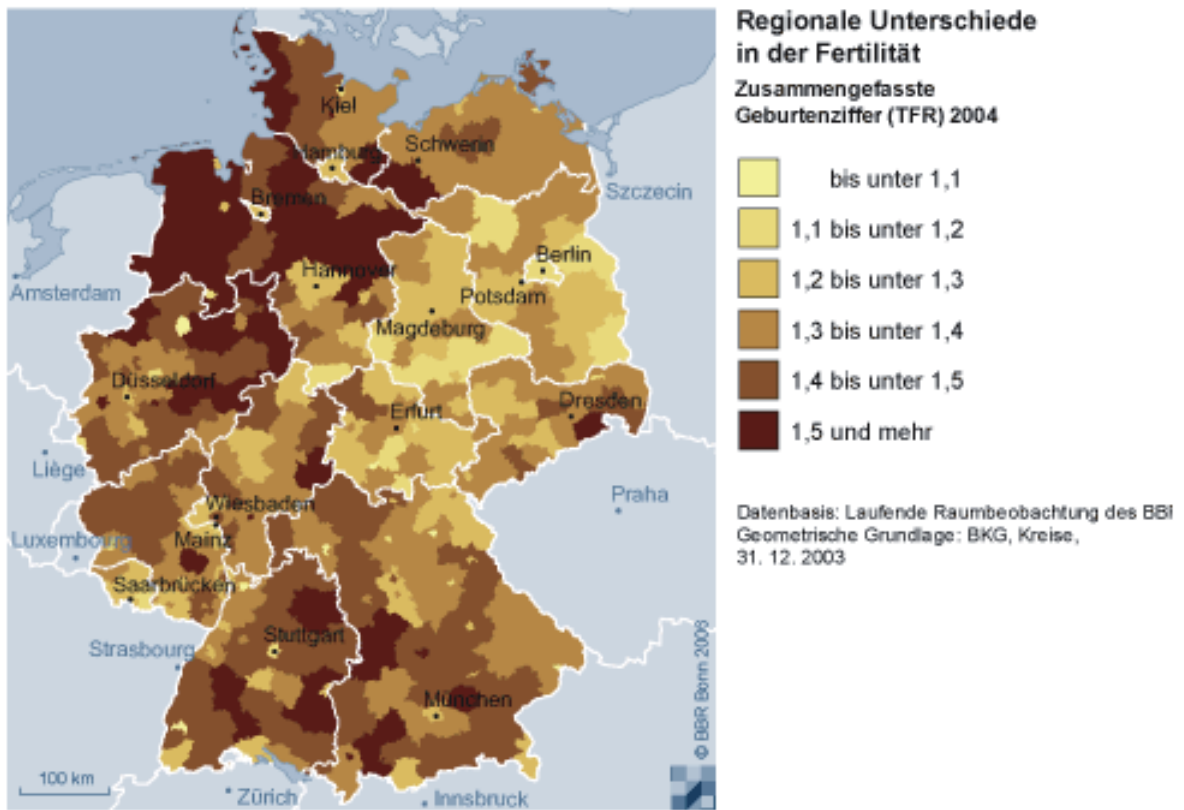
- 7.500 Einwohner und mehr
- unter 7.500 Einwohner

Datenbasis: Laufende Raumbewertung des BBR,
Geometrische Grundlage: BKG, Gemeindeverbände,
31. 12. 2004

Quelle: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung 2006

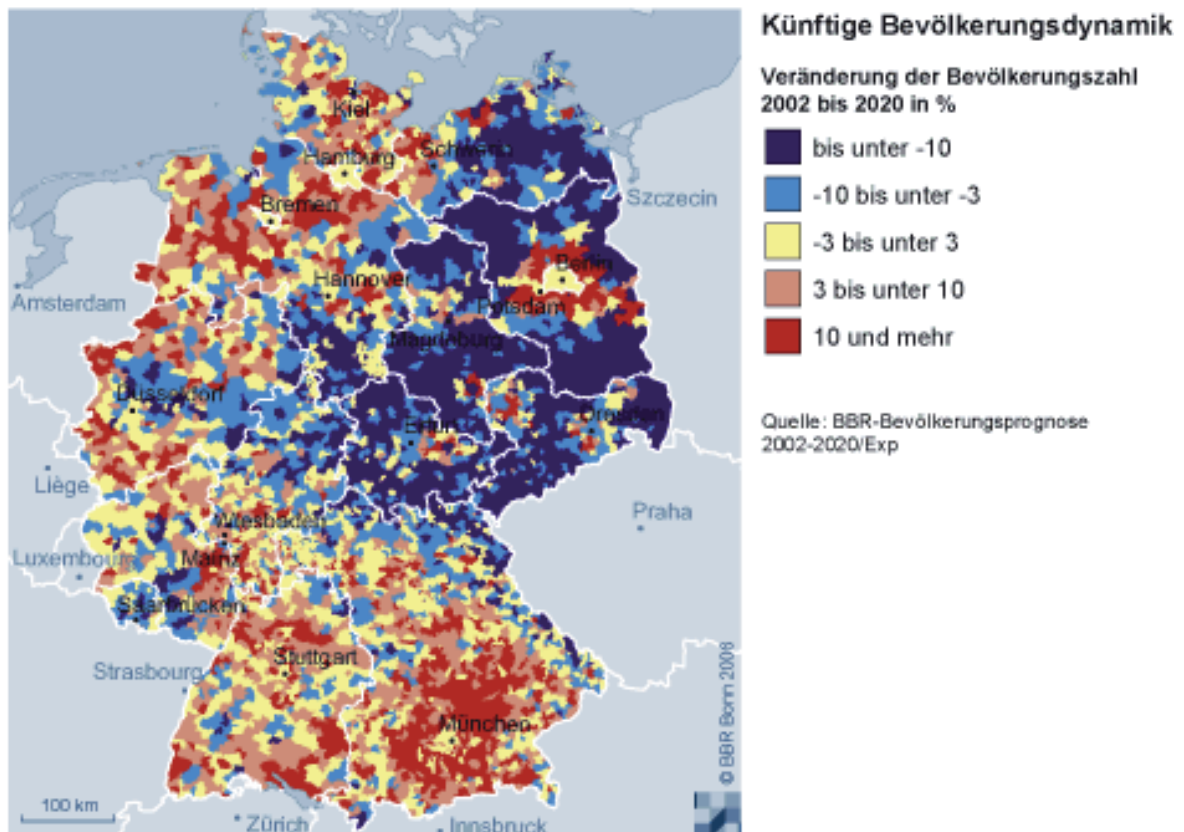
Zentrales Ergebnis der Raumordnungsprognose des Bundesamtes für Raumordnung und Bauwesen mit Blick zum Jahr 2020 ist die räumliche Spaltung der Bevölkerungsentwicklung. Es wird noch über Jahrzehnte hinweg das Nebeneinander von wachsenden und schrumpfenden Bevölkerungen geben. Die erwartete Dynamik der Gemeinden bis 2020 zeigt ein nur leicht verändertes Muster gegenüber der Vergangenheit. Die frühere innerdeutsche Grenze bildet sich in der Bevölkerungsentwicklung kaum noch ab, wiewohl tendenziell ein Ost-West-Gefälle weiterhin feststellbar ist:

Abbildung 7: Regionale Unterschiede in der Fertilität in Deutschland, 2004



Quelle: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung 2006

Abbildung 8: Künftige Bevölkerungsdynamik in Deutschland bis 2020



Quelle: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung 2006, Bevölkerungsprognose 2002-2020

„Vom Ruhrgebiet in Richtung Osten erstreckt sich ein breiter keilförmiger Korridor, in dem vermehrt und zusammenhängend Gemeinden mit abnehmender Bevölkerung liegen. Nordhessen, das südöstliche Niedersachsen und Teile Frankens bilden diesen Keil. In den neuen Ländern dürfen allenfalls suburbane Räume größerer Städte wie Berlin, Leipzig, Dresden, Halle oder Rostock mit Bevölkerungszunahme rechnen. Die bisher ausgedehnten Wachstumsregionen des Westens ziehen sich zurück auf ihre Kerne und ‚verinseln‘ immer mehr. Als größere zusammenhängende Gebiete verbleiben im Süden der Raum um München und im Nordwesten das Gebiet um die beiden Hansestädte. Auch die Rheinschiene von Düsseldorf bis in die Oberrheinische Tiefebene und zum Mittleren Neckar, der südliche Schwarzwald und das Bodenseegebiet erwarten noch ein gewisses Wachstum. Die gespaltene Dynamik führt zu einer großräumigen Bevölkerungsumverteilung, die im Osten anders aussieht als im Westen“ (vergleiche Raumbesichtigung des *Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung*, www.bbr.bund.de).

Die Bertelsmann Stiftung hat im Rahmen eines interdisziplinär angelegten Projekts zur demografischen Entwicklung (bis zum Jahr 2020) kleinräumige Vorausberechnungen der Bevölkerungsentwicklung für alle Kommunen mit mehr als 5000 Einwohnern vorgenommen. Anschließend wurden diese knapp 3000 Städte und Gemeinden (in denen circa 85% der Bevölkerung Deutschlands leben) auf der Basis von acht Indikatoren (Prognose der Bevölkerungsentwicklung 2003 bis 2020, Medianalter 2020, Arbeitsplatzzentralität 2003, Arbeitsplatzentwicklung 1998 bis 2003, Arbeitslosenquote 2003, Kommunale Steuereinnahmen pro Einwohner 2000 bis 2003, Qualifikationsniveau der Einwohner, Anteil der Mehrpersonenhaushalte mit Kindern) im Rahmen einer Clusteranalyse typisiert. 2959 Kommunen wurden in 15 möglichst homogene Cluster zusammengefasst, die zueinander möglichst große Unterschiede aufweisen:

- Stabile Großstädte mit geringem Familienanteil
- Schrumpfende Großstädte im postindustriellen Strukturwandel
- Schrumpfende und alternde ostdeutsche Großstädte
- Prosperierende Wirtschaftszentren
- Stabile Großstädte mit hohem Familienanteil
- Aufstrebende ostdeutsche Großstädte mit Wachstumspotentialen
- Stabile Mittelstädte und regionale Zentren mit geringem Familienanteil
- Suburbane Wohnorte mit hohen Wachstumserwartungen
- Suburbane Wohnorte mit rückläufigen Wachstumserwartungen
- Schrumpfende und alternde ostdeutsche Städte und Gemeinden mit hoher Abwanderung
- Stabile Städte und Gemeinden im ländlichen Raum mit hohem Familienanteil
- Städte und Gemeinden im ländlichen Raum mit geringer Dynamik
- Prosperierende Städte und Gemeinden im ländlichen Raum
- Wirtschaftlich starke Städte und Gemeinden mit hoher Arbeitsplatzzentralität
- Exklusive Standorte

Gleichwohl ist innerhalb der Cluster eine teils erhebliche Varianz der Variablen festzustellen. In jeder Gruppe dominieren zwar bestimmte demografische Trends. Eindeutige Profile, die für alle Clusterkommunen gleichermaßen gelten, gibt es allerdings nicht. Zumeist waren die Indikatoren Arbeitsplatzzentralität, Steuerkraft und Arbeitsplatzentwicklung für die Typisierung wirksamer als die Parameter Bevölkerungsentwicklung und Medianalter. Damit wird auch die Hypothese bestätigt, dass eine isolierte Betrachtung der Demografie kaum hinreichende Anhaltspunkte für eine Interpretation gesellschaftlicher Zukunftsmodelle bietet. In weiteren Schritten wurden die wesentlichen Herausforderungen für die jeweiligen kommunalen (Demografie-)Typen erarbeitet und erste Handlungsansätze aufgezeigt. Experten aus Wissenschaft und Praxis haben dann für elf zentrale Handlungsfelder (Infrastruktur, Finanzen, Stadtgestaltung/Urbanität, soziale Segre-

gation, Wohnungsmarkt, Integration, Kinder- und Familienfreundlichkeit, Seniorenpolitik, Bildung, Bürgerengagement, Arbeitsmarkt) Empfehlungen erarbeitet. Die Empfehlungen bewegen sich im Spannungsfeld einerseits unerwünschten Entwicklungen gegenzusteuern und sich andererseits auf nicht mehr beeinflussbare Veränderungen rechtzeitig einzustellen. Die Ergebnisse sind im „Wegweiser Demographischer Wandel 2020 – Analyse und Handlungskonzepte für Städte und Gemeinden“ (Gütersloh, 2006) veröffentlicht. Weiterhin wird im Rahmen der „Aktion Demografischer Wandel“ (www.aktion2050.de) durch Kooperationen und Stiftungsprojekte ein längerfristiges Netzwerk gebildet. Schwerpunkt ist die Beratung kommunaler, regionaler und landespolitischer Entscheidungsträger.

Auch die Studie des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung „*Die Demografische Lage der Nation*“ (Berlin, 2006) bündelt verschiedene demografische, ökonomische und soziale Indikatoren und gibt einen Überblick über die Zukunftsfähigkeit der deutschen Städte und Landkreise. Eine Ist-Analyse der Indikatoren wird um demografische und ökonomische Trendbewertungen ergänzt. Es ergeben sich skalierte Notenwerte für die einzelnen kreisfreien Städte und Landkreise und jeweils zusammengefasst für die Bundesländer. Rangfolgen (positive und negative Trends) und Cluster (hohe, mittlere und niedrige Werte) lassen sich entsprechend bilden. Es werden die zwölf wichtigsten Ergebnisse dargestellt und dann die Bundesländer in ihren Besonderheiten betrachtet.

In den Darlegungen wird deutlich, dass sich Schrumpfungsprozesse regional konzentrieren, dass sich in den schrumpfenden Regionen die gesellschaftlichen Verteilungskonflikte und sozialen Ungleichheiten verschärfen und verfestigen werden. Weniger werden unmittelbare Generationenkonflikte eine Rolle spielen als vielmehr regionale und soziale Gegensätze und Konflikte. Der Fortgang des Trends einer demografischen Ausdünnung insbesondere ostdeutscher Kommunen aber auch ländlicher und städtischer Gebiete Westdeutschlands kann dramatische Folgen annehmen.

7 Zu den Risiken der Gewalt- und Vorurteils kriminalität in „schrumpfenden und alternden Gebieten mit hoher Abwanderung“

Aus den Erkenntnissen des Raumordnungsberichts des *Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung* 2005 und auch von den Ergebnissen der Studien „Die demografische Lage der Nation“ (2006) und „Not am Mann“ (2007) vom *Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung* kann unter anderem abgeleitet werden, dass besondere Risiken im Hinblick auf eine Entstehung subkultureller Milieus potentieller (vorurteilsbereiter) Gewalttäter räumlich betrachtet dort zu erwarten (und zum Teil auch schon sichtbar) sind, wo ökonomische(r) und demografische(r) Stagnation beziehungsweise Rückgang die Herausbildung einer zurückbleibenden, perspektivlosen, sozial unterprivilegierten und vor allem männerlastigen Unterschicht indiziert: In ohnehin dünn besiedelten, peripheren Gebieten wird sich kaum noch eine angemessene öffentliche Infrastruktur aufrechterhalten lassen, was wiederum zu weiterem Bevölkerungsschwund führen wird. Frauen wandern überproportional häufig ab, weil sie im Durchschnitt bessere Schul- und Ausbildungsergebnisse aufweisen, was es ihnen leichter macht, andernorts auf Job- und Studienplatzsuche zu gehen. Die höchsten Frauendefizite haben deshalb Regionen, in denen der Arbeitsmarkt für qualifizierte junge Frauen besonders wenig zu bieten hat. Diese Trends betreffen die ostdeutschen Bundesländer (vor allem ländliche Gebiete / Kleinstädte) aber auch Teile des (städtischen) Ruhrgebiets, wo ergänzend Herausforderungen bei der Integration von zugewanderten Mitbürgern zu bewältigen sind.

Aus vielen unqualifizierten und deshalb in ihren Regionen zurückbleibenden jungen Männern entstehen neue gewalttätige Milieus. Die Ergebnisse des Projekts „*Hasskriminalität – Vorurteilskriminalität: Primäre Prävention von Gewalt gegen Gruppenangehörige – insbesondere*

junge Menschen“ (BMJ/DFK Berlin 2006) ergänzen zur Phänomenologie solcher Gewaltmilieus, die häufig von Rechtsextremisten instrumentalisiert werden:

- Viele dieser Gewalttäter weisen zunächst ein hohes Gewaltpotenzial auf, das vermutlich in der familiären Sozialisation erworben wurde, und lernen erst später die Rechtfertigungen – den „ideologischen Überbau“ – für ihre aggressiven Interaktionen in Cliquesozialisationen.
- Sehr hoch ist der Anteil der Gewalttäter, die ein (sehr) niedriges Bildungsniveau haben. Das niedrige Bildungsniveau basiert auf einem Konglomerat von Faktoren wie etwa zerstörte familiäre Verhältnisse mit ihren zirkulären Prozessen und Traumatisierungen („broken home“), problematische damit korrespondierende soziale Umgebung (Milieu, Nachbarschaft, Clique, und so weiter), Störungen des Sozialverhaltens, Persönlichkeitsdefizite sowie vor allem mangelnde Lebensperspektive. Die Störung des Sozialverhaltens erreicht bei sehr vielen eine pathologische Dimension, Gewalt ist ein zentraler Bestandteil.
- Gewalttäter bedienen sich leerer Floskeln und Platituden als inhaltsloses Alibi für gemeinsame Gewalttätigkeit ohne die ideologischen Hintergründe zu kennen und verstanden zu haben. Attraktiv sind die Gewalt rechtfertigenden und fördernden Inhalte des Rechtsextremismus (wie rassistische Selbstübersteigerungen, Daseinskampf, „Recht des Stärkeren“, Hierarchie, Härte und Männlichkeit).
- Vorurteilsbedingte Gewalt kann durch Gruppenprozesse (häufig auch in Verbindung mit Alkohol) erheblich forciert werden, da die tausalösenden Reize gegenseitig verstärkt werden, Gewalt anerkannt wird und zu Prestige bei den anderen führen kann. Das Gruppengefühl der Stärke, der erlebte Gruppendruck und die Verantwortungsdiffusion können die Täter weiter enthemmen. Hinzu kommt immer ein konkreter Anlass / die unmittelbare Situation des Handelns (Aktualgenese).
- Übermäßigem und unkontrolliertem Konsum von massenmedialen Angeboten und auch Computerspielen kommt anerkanntermaßen große Bedeutung zu bei der Erzeugung von Vorurteilen und Feindbildern ebenso wie bei der Erhöhung der Gewaltbereitschaft durch die Darbietung gewaltsamer Modelle der Konfliktaustragung.
- Weiteres Kennzeichen sind Empathiedefizite: In den Augen der jungen Täter ist kein Mitleid, kein Bedauern zu erkennen.

Es ist zu befürchten, dass bei Menschen, die in solchen Gewaltmilieus leben, der perspektivlose „Verliererstatus“ nicht nur das individuelle Bewusstsein bestimmt, sondern sich die daraus resultierende destruktive Energie auch zunehmend kollektiv potenziert entlädt.

Es gilt zu verhindern, dass Menschen zu Abfall werden, weil sie niemand mehr braucht und ihr Leben nutzlos erscheint. Es geht um ihre Menschenwürde und dann vor allem um die Menschenwürde ihrer potentiellen Opfer. Bereits jetzt steht die Gerichtsbarkeit in den betroffenen Regionen mit den Folgen von Fehlentwicklungen da, bei denen Prävention versäumt wurde (vergleiche etwa *Gaschke* 2005 oder *Veiel* 2007).

Kontinuierlich werden diese Entwicklungen auch in den jährlich erscheinenden Folgen der „Deutschen Zustände“, die Zwischenergebnisse aus dem Jahr 2002 des unter Federführung von *Wilhelm Heitmeyer* begonnenen auf zehn Jahre angelegten Projekts „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ berichten, analysiert und Handlungsbedarfe und Lösungsansätze formuliert. Daran gilt es ernsthaft anzuknüpfen.

Vergleichbare Gefahren bestehen bei sich abschottenden Migranten, insbesondere in schrumpfenden Industriestandorten Westdeutschlands. Jungen und junge Männer mit geringen Bildungs- und Arbeitsmöglichkeiten, mit einem kulturell geprägten Männlichkeitsbild und -status bleiben ohne Anschluss und gesellschaftliche Integration und fallen durch hohe Gewaltbereitschaft und -tätigkeit auf. Welche Auswirkungen möglich sind, haben die Unruhen in Frankreich Ende des Jahres 2005 gezeigt.

8 Zu den politischen Handlungserfordernissen bei der Gestaltung des Wandels

Die genannten und auch weitere Studien weisen darauf hin, dass jetzt in den verschiedenen Politikfeldern reagiert werden muss. Es bedarf einer Strategie, an der alle relevanten Akteure/ Ressorts, über kurzfristige Wahlperioden hinaus, mitarbeiten, eine Strategie die eine klare Priorisierung und zeitliche Sequenzierung von präzise definierten Maßnahmen umfasst.

Bundestag, Bundesregierung und andere politische Akteure haben (zumeist unter Beteiligung von Experten) entsprechende Problemanalysen und strategische Politikansätze entwickeln lassen, die über die aktuelle Tagespolitik hinausgehen.

Bereits 1992 hatte der 12. Deutsche Bundestag das Erfordernis gesehen, eine Kommission mit dem Thema „Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik“ zu beauftragen. Die *Enquete-Kommission* unter Leitung von MdB *Walter Link (CDU/CSU)* hat 1994 und 1998 jeweils einen Zwischenbericht und 2002 einen Abschlussbericht vorgelegt. Die Herausforderungen des demografischen Wandels werden analysiert und bewertet. Im Ergebnis werden politische Handlungsempfehlungen (für die Bereiche 1. Generationenverhältnis und Familie, 2. Arbeit und Wirtschaft, 3. Migration und Integration, 4. Alterssicherung, 5. Gesundheit, Pflege und soziale Dienste) formuliert, „die zu einem veränderten positiven Denken im Sinne der Chancen des demographischen Wandels beitragen sollen.“

Auch daran anknüpfend sind im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD für die Bundesebene zukunftsgerichtete Politikansätze in den unterschiedlichen Handlungsfeldern vereinbart, etwa

- Stadtentwicklung als Zukunftsaufgabe (Weiterentwicklung des Programms soziale Stadt durch Bündelung mit Fördermöglichkeiten anderer Ressorts): „Zur Bewältigung des demografischen Wandels und der Migration wollen wir mit Modellvorhaben Städte dabei unterstützen, Wohnquartiere kinder- und familienfreundlich zu gestalten und die Infrastruktur barrierefrei und altengerecht umzubauen.“ (Zeilen 2557-2560)
- Förderung sozialer Standortfaktoren, um junge Menschen in den Regionen zu halten: „Ein Schwerpunkt wird die Förderung der Bildung sein (Zeile 3886) ... Die Bundesregierung wird begonnene Initiativen für Toleranz und Zivilcourage fortführen und weiterentwickeln.“ (Zeilen 3891f.)
- Stärkung einer familienfreundlichen Gesellschaft: „Ziel ist eine ganzheitliche Politik für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ... Unsere Familienpolitik geht davon aus, dass Eltern in ihrer primären Erziehungsverantwortung und -fähigkeit gestärkt werden müssen. Das bedeutet, dass insbesondere für Familien mit sozialen Risiken Angebote entwickelt werden, die den Kindern bessere Bildungschancen und Müttern und Vätern grundlegende Kompetenzen vermitteln. Wir wollen dafür sorgen, dass kein Kind verlorengelassen ... Junge Menschen haben ein Recht auf Bildung, auf ein gesundes Aufwachsen, auf gesellschaftliche Beteiligung und vor allem darauf, dass sie vor physischer und psychischer Gewalt geschützt werden.“ (Zeilen 4636ff.) Im Einzelnen:
 - Frühe Förderung, die die Erziehung der Eltern ergänzt und Bildungsangebote über das Elternhaus hinaus eröffnet (Zeilen 4704ff.)
 - Bildung sozialraumbezogener Kristallisationspunkte, die fördernde Angebote für Familien und Generationen unter einem Dach und aus einer Hand ermöglichen (Projekt Mehrgenerationenhäuser) (Zeilen 4730ff.)
 - Projekt „Frühe Förderung für gefährdete Kinder – Prävention durch Frühförderung“: „Jugendhilfe und gesundheitliche Vorsorge sowie zivilgesellschaftliches Engagement sollen zu einer neuen Qualität der Frühförderung in Familien verzahnt werden. Gerade für die

sozial benachteiligte Familien müssen die klassischen ‚Komm-Strukturen‘ vieler Angebote zielgruppenbezogen verbessert und neue ‚Geh-Strukturen‘ entwickelt werden.“ (Zeilen 4785ff.)

- In den „lokalen Bündnissen für Familie“ arbeiten Kommunen, Kammern, Verbände, Wirtschaft und soziale Organisationen erfolgreich zusammen, um attraktive Lebensbedingungen für Familien zu schaffen. (Zeilen 4860ff.)
 - Neben Familie, Schule und Kindertageseinrichtungen sind auch die Angebote der Jugendarbeit, der kulturellen Jugendbildung, informelle Bildungsprozesse in der Gleichaltrigen-Gruppe sowie im Umgang mit den Medien von Relevanz. (Zeilen 5107ff.)
 - Evaluierung des Konstrukts „Regulierte Selbstkontrolle“ im Bereich der neuen Medien, Prüfung eines Verbots von „Killerspielen“. (Zeilen 5138ff.)
 - Fortführung und dauerhafte Verstetigung der Förderung von Demokratie und Toleranz: „Ziel ist es, den Handlungsrahmen von Aktionsprogrammen umfassender auszulegen. Damit können wir einen wesentlichen Beitrag leisten, einer zunehmenden Gewaltbereitschaft junger Menschen entgegenzuwirken ... Wir wollen, dass Jugendliche vor Ort motiviert werden und in ihrem Engagement verlässlich unterstützt werden.“ (Zeilen 5196ff.)
 - „Die individuellen und sozialen Kompetenzen junger Menschen wollen wir im Rahmen der Präventionsarbeit im Sinne einer „Peer-Group-Beratung“ verstärkt nutzbar machen, zum Beispiel durch Tutoren- und Mentorenmodelle in Kooperation von Jugendverbänden und Schulen.“ (Zeilen 5248ff.)
- Nutzung der Potentiale des Alters: „Der demografische Wandel erfordert einen Paradigmenwechsel in der Rolle der älteren Menschen ... Die aktive Teilhabe älterer Menschen in Wirtschaft und Gesellschaft sowie ihr ehrenamtliches Engagement müssen gefördert werden ...“ (Zeilen 5280ff.)
 - Stärkung der Bürgergesellschaft: „Ohne ein starkes ehrenamtliches Engagement ... für unser Zusammenleben kann unsere Gesellschaft nicht existieren ... Die zivilgesellschaftlichen Initiativen zur Konfliktprävention, zur Integration von Migranten und zur Prävention und Bekämpfung von Extremismus werden wir unterstützen.“ (Zeilen 5356ff.)
 - Förderung der Integration: „Eine gelungene Integration der Menschen, die auf Dauer zu uns kommen, ist von grundlegender Bedeutung für die innere Verfassung unserer Gesellschaft ... Die damit verbundenen Aufgaben lassen sich nur durch eine ressort-übergreifende Zusammenarbeit im Rahmen einer Gesamtkonzeption bewältigen ... Insbesondere die enge Einbeziehung der Eltern durch schulische und außerschulische Bildungs- und Betreuungseinrichtungen ist für Migrantenkinder wesentlich.“ (Zeilen 5723ff.)

Weitere auf die Gestaltung der Herausforderungen der Zukunft gerichtete Politikkonzepte sind etwa im Nationalen Strategiebericht Alterssicherung, im Nationalen Aktionsplan für Deutschland zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung, in den Förderungen der Stadtentwicklung des Bundes und der Länder, in der Nationalen Strategie für ein kindgerechtes Deutschland und im Nationalen Integrationsplan enthalten.

Die genannten konzeptionellen Ansätze der Zukunftsgestaltung betreffen einen dynamischen gesellschaftlichen Transformationsprozess und sind dem Ziel einer stabilen und für alle Bürger lebenswerten Gesellschaft verpflichtet. Sie sollen sozioökonomischen Fehlentwicklungen zuvorkommen und damit auch Innere Sicherheit in Deutschland mitgestalten. Es gilt den sozialen/gesellschaftlichen Zusammenhalt zwischen den Individuen, Gruppen und Generationen – als strukturellen Schutz vor auch gewaltsamer Devianz – zu stabilisieren. Der Sicherheitsaspekt steht zumeist nicht im Vordergrund, ist aber jeweils zumindest mittelbar betroffen. Insoweit entfalten Strategien und Konzepte der Zukunftssicherung bedeutsame kriminalpräventive Effekte. Derjenigen Kriminalität, die gerade aus übermäßigen gesellschaftlichen Verwerfungen, Kon-

flikten und Werteverlusten entsteht, würde damit im zuvorkommenden Sinne, ursachenorientiert, begegnet werden. Andernfalls drohen gesellschaftliche Konflikte den sozialen Frieden, die öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie letztlich die politische Stabilität der Demokratie zu gefährden.

9 Handlungsfelder zur Prävention von Gewalt- und Vorurteils kriminalität in „schrumpfenden und alternden“ Gebieten mit hoher Abwanderung

Lösungen für Gewaltprobleme erwachsen nicht erst aus gezielten Maßnahmen, sondern beginnen bereits bei der Art und Weise, wie Gewalt thematisiert und gedanklich behandelt wird: Gewalt als individuelle Handlung oder Gewalt, die aus den Verhältnissen, die unter anderem durch Macht, Ungleichheit und Zwang geprägt sind, erwächst. Handlungs- und Strukturebene bieten keinen alternativen Zugang zum Verständnis von Gewalt, sondern müssen gleichzeitig betrachtet werden: „So greift die Annahme, Gewalt in unserer Gesellschaft sei ein Problem individueller Fehlentwicklungen, die aus sozialisatorischen Defiziten, gestörter Persönlichkeitsbildung, moralischer Verwahrlosung und so weiter resultiert, ebenso zu kurz wie die Vorstellung, Gewalt sei allein Resultat bedrückender Lebensbedingungen oder gesellschaftlich angelegter Ungleichheit. Gewalt ist nicht allein ein Problem individueller Abweichung und nicht nur Folge und Ausdruck bestimmter Strukturen – sie ist stets beides. Eine Kontrolle individueller Gewalt folgt aus der >Domestizierung< des Menschen im Rahmen seiner komplexer werdenden >gesellschaftlichen Organisierung< und einer immer enger greifenden Sozialisierung. Die Fähigkeit zur Affektkontrolle, die Beherrschung aggressiver Impulse ist zu einem Element allgemeiner Handlungskompetenz, Selbstzwang zur Voraussetzung gesellschaftlicher Partizipation geworden. Diese kulturelle Sicherung des sozialen Zusammenlebens hat allerdings Schwachstellen“ (*Unabhängige Kommission zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt in Berlin* 1995: 21). Nicht alle sind in gleicher Weise durch das Gewalttabu geschützt. Gewalt gegen Frauen, alte und pflegebedürftige Menschen, Behinderte, Angehörige von Minderheiten und Randgruppen hat auch strukturelle Gründe und hebt sich insofern von anderen Übertretungen des Gewaltverbots ab. „Zum anderen übertreten insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene wie auch Angehörige von Gruppen mit geringen politischen und ökonomischen Zugangs- und Teilnahmekancen dieses gesellschaftliche Gewaltverbot mit großer Regelmäßigkeit“ (ebenda). Gewaltverzicht ist deshalb vor allem an gesellschaftliche Integration gebunden und muss für jede Generation und in jeder individuellen Sozialisation erkämpft und aufs Neue gestaltet werden.

Bei Handlungserfordernissen, die die Strukturebene betreffen, sollten insbesondere Gebiete „mit besonderem Gestaltungsbedarf“ in den Blick genommen werden. Gemeint sind jene bereits erwähnten Räume, die durch Abwanderung, (Über)Alterung, Arbeitslosigkeit, Abbau von Infrastruktur, bauliche Altlasten, zum Teil Migrationsbelastungen, Entmischung/Segregation, Wohnungs- und Gebäudeleerstand, Kriminalitätsbelastung unter anderem in eine Abwärts spirale geraten sind oder vorhersehbar geraten könnten. Es sind urbane Quartiere in (ehemaligen) Industriestandorten in Ost- und Westdeutschland betroffen, die den bisherigen Strukturwandel unter sich verschärfenden Problemlagen fortsetzen müssen, aber auch ländliche und kleinstädtisch geprägte „Schwundräume“ vor allem in Ostdeutschland.

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) und Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) haben 2007 vorhandene „Strategien der Landes- und Regionalplanung zur Bewältigung des demografischen Wandels“ synoptisch nach Bundesländern gegliedert aufbereitet. Am Ende werden Forschungsbedarfe insbesondere zur Realität der Umsetzung und zum Erfolg der Maßnahmen (Evaluation) formuliert.

In einem Gutachten hat das *Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung* im Auftrag des Landtags eine Problemanalyse zum demografischen Wandel im Land Brandenburg einschließlich einer Bewertung der bisherigen Regierungsaktivitäten erarbeitet und anschließend Lösungsvorschläge für eine „Zukunftswende“ formuliert. Als eine wesentliche Grundlage gilt die Erhöhung und Stärkung der Handlungsautonomie von Akteuren im Sinne einer Abkehr von strikter öffentlicher Durchführungsplanung: „Ein Gemeinwesen wird sich darum von selbst – wie von >unsichtbarer Hand< gesteuert, auf die Erfordernisse einer Entwicklung einstellen, wenn entsprechende Handlungen Vorteile bringen und diese auf unbürokratische Weise ausgestaltet werden können“ (*Berlin-Institut* 2007). Handlungsempfehlungen zur Verbesserung von Anreizstrukturen, Akteurskooperation und Ressourcenbündelung werden im Abschlussbericht des Projekts „Chancen des demographischen Wandels für die Wohnungs- und Städtepolitik“ (*Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e.V.* 2008) gegeben.

Die wünschenswerte Stärkung der Bürgergesellschaft darf allerdings nicht mit einer Flucht des Staates aus seiner sozialen Verantwortung einhergehen, denn nur der Sozialstaat kann soziale Gegensätze sowie Konflikte strukturell entschärfen und gilt damit als Prinzip und Mittel der Prävention im engeren und weiteren Sinne: Eine moderne Sozialpolitik ist die Basispolitik der Demokratie, die dafür sorgt, dass ein Mensch auch Bürger sein kann (*Prantl* 2005).

Das aufgezeigte strukturelle Präventionsverständnis ist gleichwohl auf der individuellen Ebene zu ergänzen. Um bereits an den Ursachen aggressiven Verhaltens ansetzen zu können und um bereits früh Fehlentwicklungen bei Kindern und Jugendlichen zu verringern / zu vermeiden (Handlungsebene), orientieren sich frühpräventive Strategien an entwicklungsbeeinflussenden Faktoren. Risikoerhöhende und risikomildernde Bedingungen werden etwa in den Handlungsfeldern Individuum, Familie, Schule, Freizeit unterschieden. Beide Faktoren wirken in dem Gesamtsystem der Sozialisation und sozialen Kontrolle mit vielfältigen Wechselwirkungen auf den zwei Ebenen: Persönlichkeit des Täters (Mikroebene) sowie der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen/Einflüsse (Makroebene). Entsprechende Präventionsempfehlungen geben die vom *Deutschen Forum für Kriminalprävention* herausgegebene Expertise „Gelingensbedingungen für die Prävention von interpersonaler Gewalt im Kindes- und Jugendalter“, (2008) sowie der Band „Strategien der Gewaltprävention im Kindes- und Jugendalter“ vom *Deutschen Jugendinstitut* (2007).

Es wird der Politik empfohlen, dass die Bemühungen zur Förderung der Gewaltprävention auch mit einem räumlichen Fokus

- etwa im Rahmen der Umsetzung des finanzstarken Aktionsprogramms der Bundesregierung „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, und Antisemitismus“
- sowie mit Hilfe der Bund-Länder-Programme zur Raumentwicklung

auf struktureller und individueller Ebene fortgesetzt und verstärkt werden.

Die gemeinsame Initiative der Bundesressorts „Familie, Senioren, Frauen und Jugend“ sowie „Inneres“ zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts ist daher als ein richtungweisender übergreifender Handlungsansatz zu verstehen, der unbedingt weiter verfolgt werden sollte (*Schäuble/von der Leyen* 2009).

10 Zusammenfassung der Schlussfolgerungen

- Der demografische Wandel ist als soziales Phänomen mehr als eine bloße Addition oder Subtraktion von Personen zu beziehungsweise von einer Population und wird auch nicht durch Berechnungen von Mittelwert, Standardabweichung und Normalverteilung in seiner Komplexität und den Auswirkungen begreifbar.

- Die Vielfalt der Kontextparameter und ihrer Wechselwirkungen untereinander und zur demografischen Entwicklung indizieren bereits, dass der Versuch, weitreichende Szenarien zur zukünftigen Kriminalitätslage zu entwickeln, wenig Aussicht auf Zuverlässigkeit haben würde und deshalb wenig ertragreich für die Ableitung von Handlungserfordernissen sein dürfte. Dennoch könnte – zur Absicherung dieser Einschätzung – in einer Machbarkeitsstudie ausgelotet werden, für welche Deliktsfelder, in welchen räumlichen Bezügen, für welche Bevölkerungsgruppen und mit welchem zeitlichen Horizont Kriminalprognosen im Zusammenhang mit soziodemografischen Parametern sinnvoll wären.
- Es zeigt sich, dass viele bereits jetzt initiierte Politikansätze zur Zukunftssicherung auch mittelbaren Nutzen für die Gestaltung von Innerer Sicherheit entfalten und deshalb uneingeschränkt unterstützt werden sollten. Die Reduktion der Bemühungen auf ein einziges Politikfeld verbietet sich aufgrund der Querschnittseigenschaft der Demografie von selbst. Das aktuelle Problem liegt eher in der konstanten Übersetzung eines Querschnittsansatzes in die einzelnen klassischen Politikfelder und vor allen dann wieder in der notwendigen Koordination der einzelnen Bereiche beziehungsweise Ressorts. Solange es nicht gelingt, geeignete Strukturen zu nutzen (oder erst zu finden), um mehrere Politikfelder zum Handeln „aus einem Guss“ zu koordinieren, werden die richtigen Gestaltungsansätze ihre Wirkung nur begrenzt entfalten. Auch auf Bundesebene sollte sich um eine Weiterentwicklung in diesem Sinne bemüht werden. Für die kommunale beziehungsweise regionale Ebene sind die bereits vorliegenden Empfehlungen integrierter Strukturpolitik der Bertelsmann Stiftung beispielhaft.
- Erkenntnisbedarf besteht zur Frage, wie die immer noch verfestigten Übersetzungs- und Kooperationsdefizite zwischen den Ressorts beziehungsweise Handlungsfeldern überwunden werden können. Entsprechende politikwissenschaftliche Forschungsarbeiten sollten initiiert werden.
- Besondere Risiken sind für die Bereiche der Gewalt gegenüber alten, behinderten und pflegebedürftigen Menschen zu konstatieren, die bei zunehmender Alterung der Gesellschaft größere Herausforderungen für die Prävention indizieren. Bereits bestehende Präventionsansätze gilt es fortzuentwickeln, die Vernetzung und Kooperation der unmittelbar handelnden Akteure zu verbessern und neue Präventionsmöglichkeiten aufzuzeigen
- Schließlich gilt es den (alarmierenden) Risiken für die Gewaltentwicklung im Zusammenhang mit Bevölkerungsverlusten in einzelnen Regionen Deutschlands Rechnung zu tragen. Dazu sind strukturelle und individuelle Ansätze aufeinander abzustimmen und mit großem politischem Nachdruck umzusetzen.

Zum Schluss: Wir leben in einer Zeit, in der sich der schnellste und möglicherweise tiefgreifendste Wandel in der bisherigen Menschheitsgeschichte vollzieht. In den 1970er Jahren hat der Club of Rome auf die Grenzen des Wachstums hingewiesen. Die heutigen ökonomischen, sozialen und ökologischen Strukturen befinden sich global betrachtet nur noch in einem labilen Gleichgewicht. In vielen Teilen der Erde gerät die Welt bereits aus den Fugen. Wenn richtig ist, dass es in den kommenden Jahrzehnten viele Möglichkeiten geben wird, die Probleme zu lösen, mit einer einzigen Ausnahme „Weitermachen wie bisher“, dann sind bewusste und aktive Veränderungen erforderlich, im Hinblick auf den Lebensstil jedes einzelnen, das Verhalten der Unternehmen, die Politik, die gesellschaftlichen Ethikvorstellungen und das Verhältnis zwischen den Völkern und Kulturen.

Einstein hat sinngemäß gesagt, man könne die Probleme nicht mit derselben Denkweise lösen, die zu ihrer Entstehung beigetragen haben. Wenn er Recht hat, dann brauchen wir neue Einsichten, neue Werte und angemessene Visionen. Rationaler Pragmatismus reicht nicht aus.

Literatur

- Attali, Jacques*, 2008: Die Welt von Morgen. Eine kleine Geschichte der Zukunft. Berlin
- Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung*, 2006: Die Demografische Lage der Nation. Berlin
- Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung*, 2007: Not am Mann. Berlin
- Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung*, 2007: Gutachten zum demografischen Wandel im Land Brandenburg. Berlin
- Bertelsmann Stiftung*, 2006: Wegweiser Demographischer Wandel 2020 – Analyse und Handlungskonzepte für Städte und Gemeinden. Gütersloh
- Bertelsmann Stiftung*: Informationsportal www.aktion2050.de
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)*, 2006: Informationsportal (seit 1.1.2009) www.bbr.bund.de – Fachthemen – Raumordnung – Raumentwicklung in Deutschland – Demographie (vormals Informationsportal des BBR)
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)*: Informationsportal www.bbr.bund.de
- Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen*, 2005: Raumordnungsbericht 2005. Berlin (BT-Drucksache 15/5500)
- Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen*: Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf Soziale Stadt“, seit 1999 www.sozialestadt.de
- Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen*, 2007: Strategien der Landes- und Regionalplanung zur Bewältigung des demografischen Wandels. Schriftenreihe Werkstatt Heft 49. Bonn
- Bundesministerium für Gesundheit und soziale Sicherung*, 2003: Nationaler Aktionsplan zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung 2003-2005, Strategien zur Stärkung der sozialen Integration. Berlin, BT Drucksache 15/1420
- Bundesministerium für Gesundheit und soziale Sicherung*, 2005: Nationaler Aktionsplan zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung 2003-2005, Strategien zur Stärkung der sozialen Integration und Implementierungsbericht. Berlin, BT Drucksachen 15/5569
- Bundesministerium für Gesundheit und soziale Sicherung*, 2005: Nationaler Strategiebericht Alterssicherung. Berlin, BT-Drucksache 15/5571
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend*, 2005: Nationaler Aktionsplan für ein kindgerechtes Deutschland. Berlin
- Bundesministerium des Innern*, 2008: Theorie und Praxis gesellschaftlichen Zusammenhalts – Aktuelle Aspekte der Präventionsdiskussion um Gewalt und Extremismus. Berlin
- Bundesregierung, Presse- und Informationsamt*, 2007: Der Nationale Integrationsplan, Neue Wege – Neue Chancen. Berlin
- CDU, CSU und SPD*, 2005: Gemeinsam für Deutschland – mit Mut und Menschlichkeit, Koalitionsvertrag. Berlin 11.11.2005
- Courbage, Youssef; Todd, Emmanuel*, 2008: Die unaufhaltsame Revolution. München

- Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e.V.*, 2008: Abschlussbericht der Kommission „Chancen des demographischen Wandels für die Wohnungs- und Städtepolitik. Berlin April 2008
- Deutsches Forum für Kriminalprävention/Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes*, 2006: Geborgenheit schenken, Schutz bieten – Sicherheit für Senioren. Berlin/Stuttgart
- Deutsches Forum für Kriminalprävention, Bundesministerium für Justiz*, 2006: Hasskriminalität – Vorurteilskriminalität: Primäre Prävention von Gewalt gegen Gruppenangehörige – insbesondere junge Menschen, Berlin
- Deutsches Forum für Kriminalprävention*, 2008: Expertise „Gelingensbedingungen für die Prävention von interpersonaler Gewalt im Kindes- und Jugendalter“. Bonn
- Deutsches Jugendinstitut*, 2007: Strategien der Gewaltprävention im Kindes- und Jugendalter. München
- Deutsches Institut für Altersvorsorge (DIA)*, 2003: Lebenswelten 2020 – So werden wir leben. Köln
- Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages*, 2002: „Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik“, Schlussbericht. Berlin (BT-Drucksache 14/8800)
- Fukuyama, Francis*, 1992: The End of History and the Last Men, New York 1992 / Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir? München
- Gaschke, Susanne*, 2005: Die Wut der Unterschicht – Der Fall Ronny B. oder warum verwehrloste Jugendliche in Ostdeutschland unvorstellbare Grausamkeiten verüben. In: Die Zeit vom 23. Juni 2005
- Heinz, Wolfgang; Spiess, Gerhard*, 2005: Demographischer Wandel und Kriminalität junger Menschen bis zum Jahre 2050. In: forum kriminalprävention 3: 8-12
- Heitmeyer Wilhelm*: Deutsche Zustände Folgen 1-6. Frankfurt am Main jährlich seit 2002
- Heitmeyer, Wilhelm; Schröttle, Monika* (Hrsg.), 2006: Gewalt. Beschreibungen – Analysen – Prävention. Bonn
- Huntington, Samuel*, 1996: Kampf der Kulturen. New York/München
- Lachmann, Günther*, 2008: Von Not nach Elend – Eine Reise durch deutsche Landschaften und Geisterstädte von morgen. München
- Landeskommission Berlin gegen Gewalt*, 1995: Endbericht der Unabhängigen Kommission zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt in Berlin
- Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen, Kriminalistisch-Kriminologische Forschungsstelle*, 2006: Trends der Kriminalität in NRW – Eine Zeitreihenanalyse unter Berücksichtigung demographischer und ökonomischer Entwicklungen. Düsseldorf
- Laubenthal, Klaus*, 2005: Phänomenologie der Alterskriminalität In: forum kriminalprävention 3: 5-7
- Marx, Karl; Engels, Friedrich*, 1848: Das Kommunistische Manifest. London

- Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen*, 2006: Bericht zur Stadtentwicklung in NRW 2006, Herausforderungen des demografischen Wandels. Düsseldorf
- Prantl, Heribert*, 2005: Kein schöner Land – Die Zerstörung der sozialen Gerechtigkeit. München
- Roß, Jan*, 2008: Was bleibt von uns? Das Ende der westlichen Herrschaft. Berlin
- Schäuble, Wolfgang; von der Leyen, Ursula*, 2009: Was die Gesellschaft zusammenhält. In: FAZ vom 06.01.2009
- Spengler, Oswald*, 1917: Der Untergang des Abendlandes. 1. Auflage München
- Statistisches Bundesamt*, 2006: Bevölkerung Deutschlands bis 2050, 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Presseexemplar. Wiesbaden
- Unabhängige Kommission zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt in Berlin*, 1995: Endbericht des Unabhängigen Kommission zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt in Berlin/Senatsverwaltung für Inneres (Hrsg.). Berlin
- Veiel, Andres*, 2007: Der Kick – Ein Lehrstück über Gewalt. München

Gerhard Spiess*

Demografischer Wandel und altersspezifische Kriminalität. Projektion der Entwicklung bis 2050

Die registrierte Kriminalitätsbelastung der Bevölkerung ist vor allem über das Alter höchst ungleich verteilt. Die langjährige Zunahme der registrierten Belastung der jungen Jahrgänge allgemein sowie insbesondere mit Gewaltkriminalität wurde in den vergangenen Jahren stets besonders hervorgehoben. Auf dem Hintergrund des kriminologischen Erkenntnisstands zur altersspezifischen Ausprägung der Kriminalität wird untersucht, welche Auswirkungen von den absehbaren Veränderungen der Altersstruktur der Bevölkerung zu erwarten sind.

„Ich wollte, es gäbe gar kein Alter zwischen zehn und dreiundzwanzig, oder die jungen Leute verschliefen die ganze Zeit: Denn dazwischen ist nichts, als den Dirnen Kinder schaffen, die Alten ärgern, stehlen, balgen.“

Shakespeare, Wintermärchen, 3. Akt, 3. Szene (Übersetzung: Dorothea Tieck)

Keineswegs neu ist diese Klage über die Schlechtigkeit der Jugend, die – vor 400 Jahren – Shakespeare den alten Schäfer im (1610 uraufgeführten) Wintermärchen führen lässt. Neu allerdings ist die Aussicht, dass durch die demografische Entwicklung der Urheber der hier beklagten Probleme – die junge Generation – allmählich zum Auslaufmodell wird. Und folgt man den aktuellen Diskussionen um die Jugendkriminalität als Kriminalitätsproblem unserer Tage schlechthin, so scheint nur die Hoffnung zu bleiben, dass mit der Jugend auch das vermeintlich vor allem durch die Jugend verursachte Kriminalitätsproblem zum Auslaufmodell werden wird.

Ist diese Prognose gerechtfertigt? Das würde voraussetzen, dass die *Diagnose* zutrifft, wonach die Kriminalitätsproblematik unserer Gesellschaft – die Höhe wie die Entwicklung der Kriminalitätsbelastung – in erheblichem Maße auf Umfang und Aktivität der *jungen* Generation zurückgeht; dies würde die Erwartung begründen, dass durch den absehbaren Rückgang in Umfang und Anteil der jungen Generationen an der Bevölkerung entsprechende Rückgänge im Kriminalitätsaufkommen verursacht werden.

Der vorliegende Beitrag will klären, wieweit diese Erwartung gerechtfertigt ist und welche quantitativen und qualitativen Entwicklungen des Kriminalitätsaufkommens aufgrund der derzeit absehbaren demografischen Veränderungen in Deutschland erwartet werden können. Die Überlegungen zu Auswirkungen der absehbaren demografischen Entwicklung beziehen sich auf die Ergebnisse der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des *Statistischen Bundesamtes* Wiesbaden (*Statistisches Bundesamt* 2006a).

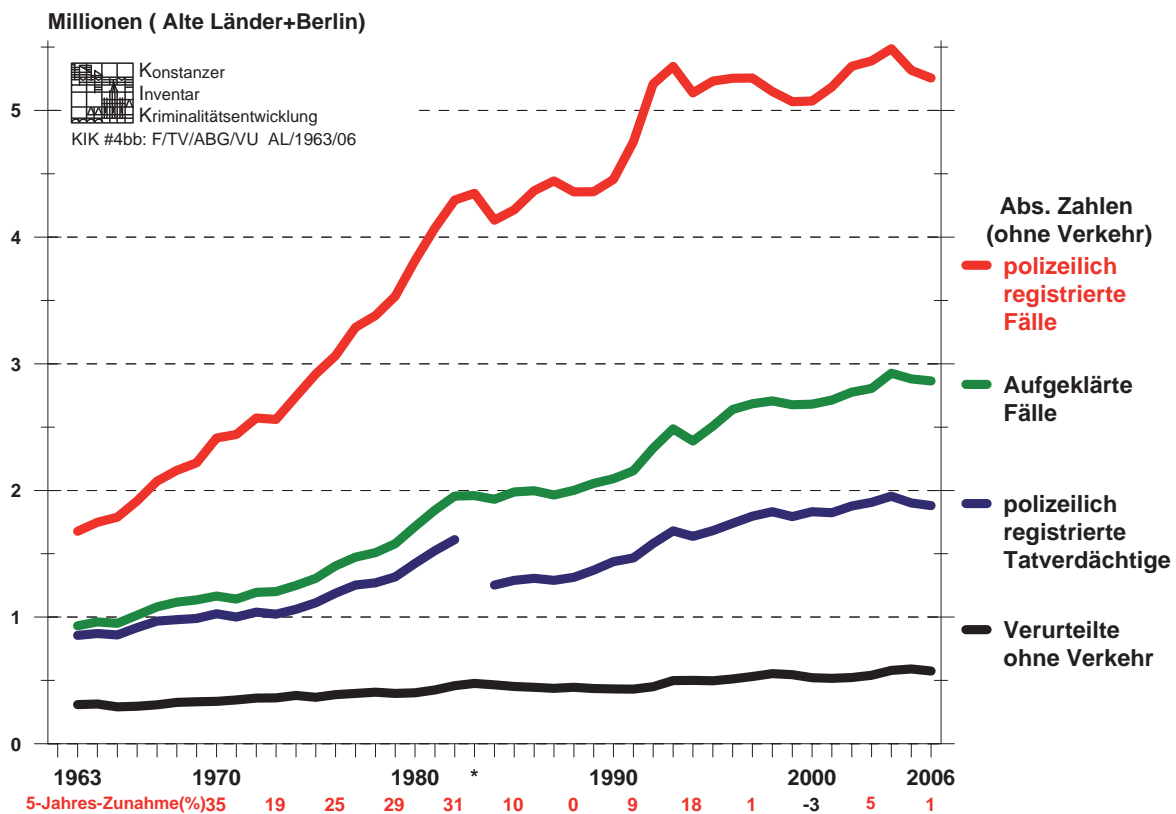
1 Immer jünger, immer schlimmer – stimmt die Diagnose?

Ist von Kriminalität die Rede, so ist meist die Rede von der *Zunahme* der Kriminalität, von der Zunahme der *Jugendkriminalität*, von *Gewaltkriminalität* und deren Zunahme – und nicht zuletzt: von der *Zunahme jugendlicher Gewaltkriminalität*. Seit es über demografische Merkmale aufgeschlüsselte kriminalstatistische Daten gibt (zu Geschichte und Systematik der Kriminalstatistiken *Kerner* 1993 und *Heinz* 2007b), findet sich eine ausgeprägte Abhängigkeit der Kriminalitätsbelastung vor allem von zwei Merkmalen: dem Alter und dem Geschlecht. Dieser Sachverhalt sowie die langjährig beobachtete Zunahme der von der Polizei registrierten Zahlen haben

* Überarbeitete Textfassung des am 20.11.2007 im Rahmen des Workshops „Auswirkungen demographischer Entwicklungen auf Sicherheitsfragen“ gehaltenen Vortrages.

weithin den Eindruck gefestigt, dass das Kriminalitätsproblem und das Problem der Kriminalitätszunahme vor allem den jungen Menschen in unserer Gesellschaft und deren zunehmender krimineller Aktivität zuzuschreiben sei – dass die (zunehmend kriminelle, zunehmend gewalttätige) männliche Jugend das zentrale Sicherheitsproblem der Bürger in Deutschland darstelle.

Abbildung 1: Entwicklung der in der PKS registrierten Fälle, 1963 bis 2006, Alte Bundesländer mit Berlin-West, ab 1991 (PKS) bzw. ab 1995 (StVStat) mit Gesamtberlin*



* 1983 Umstellung der Tatverdächtigen-Zählweise der PKS auf sogenannte Echttäterzählung

Datenquellen: Daten der Polizeilichen Kriminalstatistik und der Strafverfolgungsstatistik

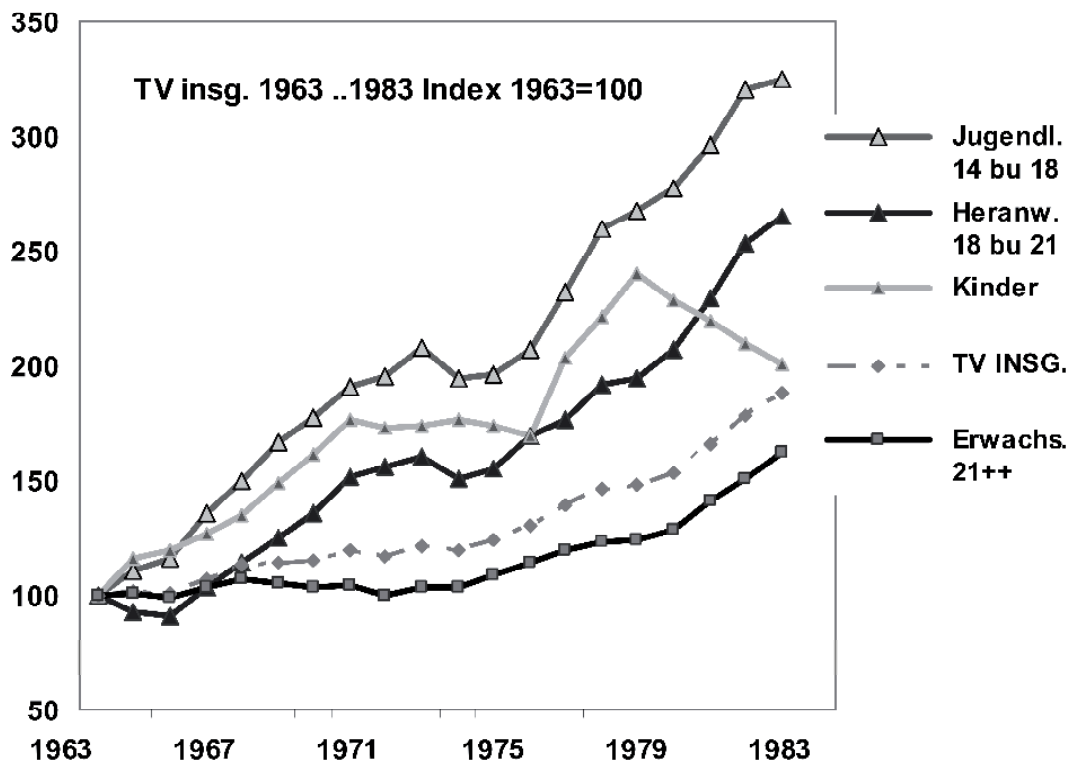
Stimmt das? Aus kriminologischer Sicht ist zur Bewertung der angeführten Annahmen über die Kriminalitätsentwicklung in Deutschland auf einige wesentliche Befunde hinzuweisen, die auch für eine Einschätzung der von der demografischen Entwicklung zu erwartenden Auswirkungen von Belang sind.

Die absoluten Zahlen (Abbildung 1) und die – wegen Veränderungen der Bevölkerungszahl für Vergleichszwecke aussagekräftigeren – *Häufigkeitszahlen* (je 100.000 der Wohnbevölkerung) der polizeilich registrierten Kriminalität (Abbildung 3) haben sich in der Tat seit 1963 (seit diesem Jahr gibt es vergleichbare Daten für die Bundesrepublik Deutschland) verdreifacht, wobei die Straftaten im Straßenverkehr (zu denen auch die nicht unerhebliche Zahl der Körperverletzungs- und Tötungsdelikte im Straßenverkehr¹ gehört) in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) gar nicht ausgewiesen sind.

¹ 2006 wurden in Westdeutschland und Berlin wegen Tötungsdelikten im Straßenverkehr 772 Personen verurteilt, wegen Mord, Totschlag, Tötung auf Verlangen, Körperverletzung mit Todesfolge und fahrlässiger Tötungsdelikte (ohne Straftaten im Straßenverkehr) 843 Personen.

An der Zunahme der registrierten Tatverdächtigenzahlen seit 1963 waren dabei vor allem Jugendliche und Heranwachsende überproportional beteiligt (Abbildung 2).

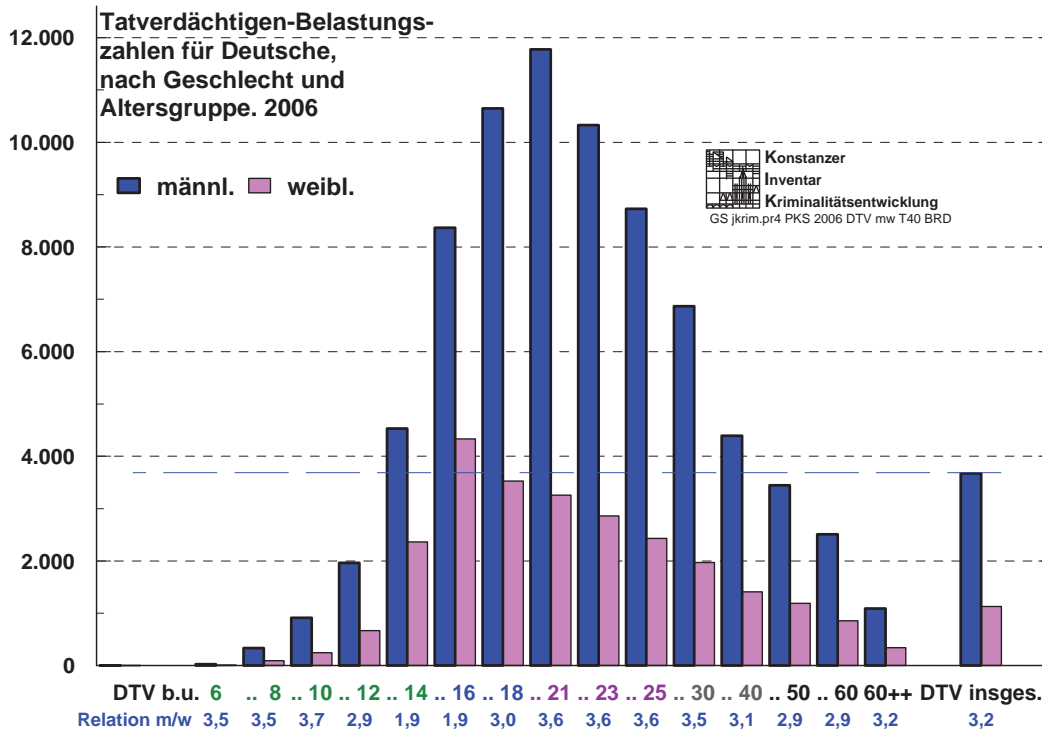
Abbildung 2: Entwicklung der Zahl der Tatverdächtigen 1963 bis 1983, 1963=100



Datenquelle: Eigene Berechnung nach Daten der PKS für die BRD (alte Länder und Berlin)

Dass die jungen Altersgruppen kriminalstatistisch überrepräsentiert sind, ist dabei ein Phänomen, das bekannt ist, seit es überhaupt altersdifferenzierte Kriminalstatistiken gibt. Aus kriminologischer Sicht werden als Gründe für die überdurchschnittliche Registrierungshäufigkeit junger Menschen neben jugendtypischen Handlungsweisen – Mutwilligkeit, unüberlegtes Handeln wie auch das Erproben von Grenzüberschreitungen gehören hierher – auch die fehlende Tatplanung und Professionalität junger Menschen sowie Änderungen in der gesellschaftlichen Sozialkontrolle angeführt: Gerade ihre fehlende Tatplanung und Professionalität sowie ihre höhere Geständnisbereitschaft im Vergleich zu erwachsenen Tätern setzen junge Menschen einem höheren Entdeckungs- und Sanktionierungsrisiko aus; zudem ist in modernen Gesellschaften die formelle Sozialkontrolle (durch Einschaltung der Behörden) zunehmend an die Stelle informeller Sozialkontrolle (durch Familie und Nachbarschaft) getreten (vergleiche *Maschke* 2003). So ist die polizeiliche Registrierung – jedenfalls für den männlichen Bevölkerungsteil und in städtischen Milieus – ein statistisch keineswegs seltenes Ereignis: Von den männlichen Deutschen zwischen 16 und 22 wird im Bundesdurchschnitt im Lauf eines einzelnen Jahres mehr als jeder Zehnte registriert, so dass mit 25 oder 30 Jahren nicht eine Minderheit, sondern bereits die Mehrheit der männlichen Bundesbürger polizeilich mindestens einmal als Tatverdächtiger registriert worden ist. Vor allem junge Männer werden überdurchschnittlich oft polizeilich registriert - Männer dreimal so häufig wie Frauen, die 18-Jährigen dreimal so häufig wie der Durchschnitt.

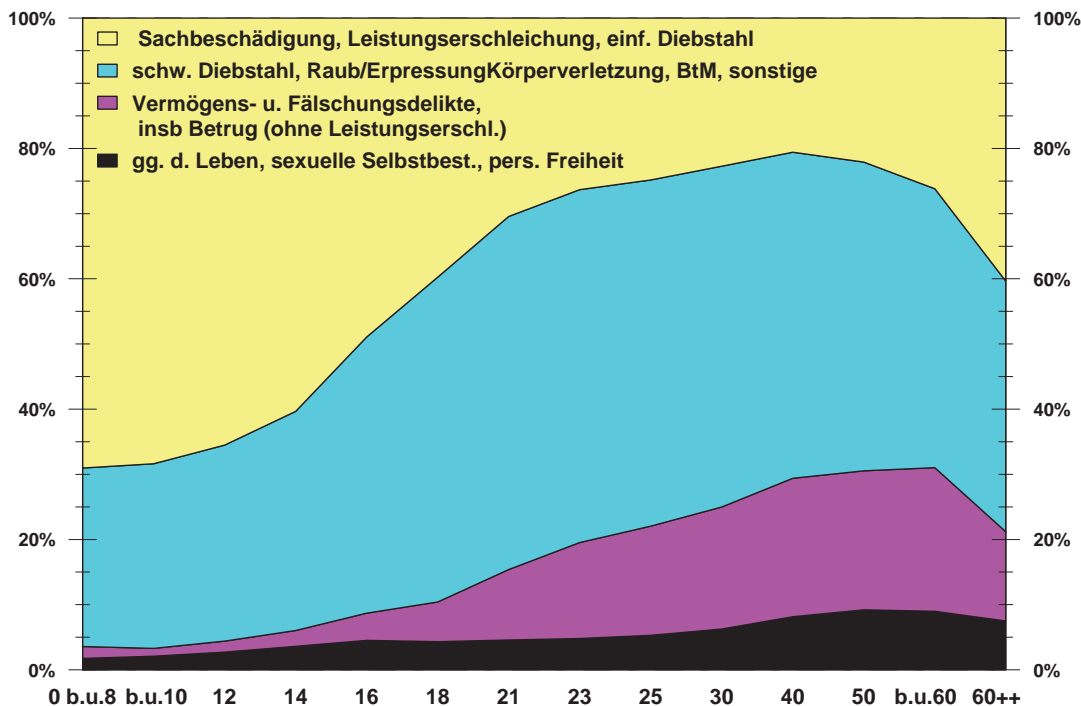
Abbildung 3: Tatverdächtigen-Belastungszahlen für Deutsche nach Geschlecht und Alter, 2006



Datenquelle: Eigene Berechnungen nach Daten der PKS 2006

Jugendtypisch ist indessen nicht nur die gehäufte Registrierung, sondern vor allem der Bagatelldeliktcharakter der von jungen Menschen überwiegend begangenen Delikte. Die wirklich schwerwiegende sowie die professionell begangene Delinquenz ist dagegen eher die Domäne der Erwachsenen (Abbildung 4).

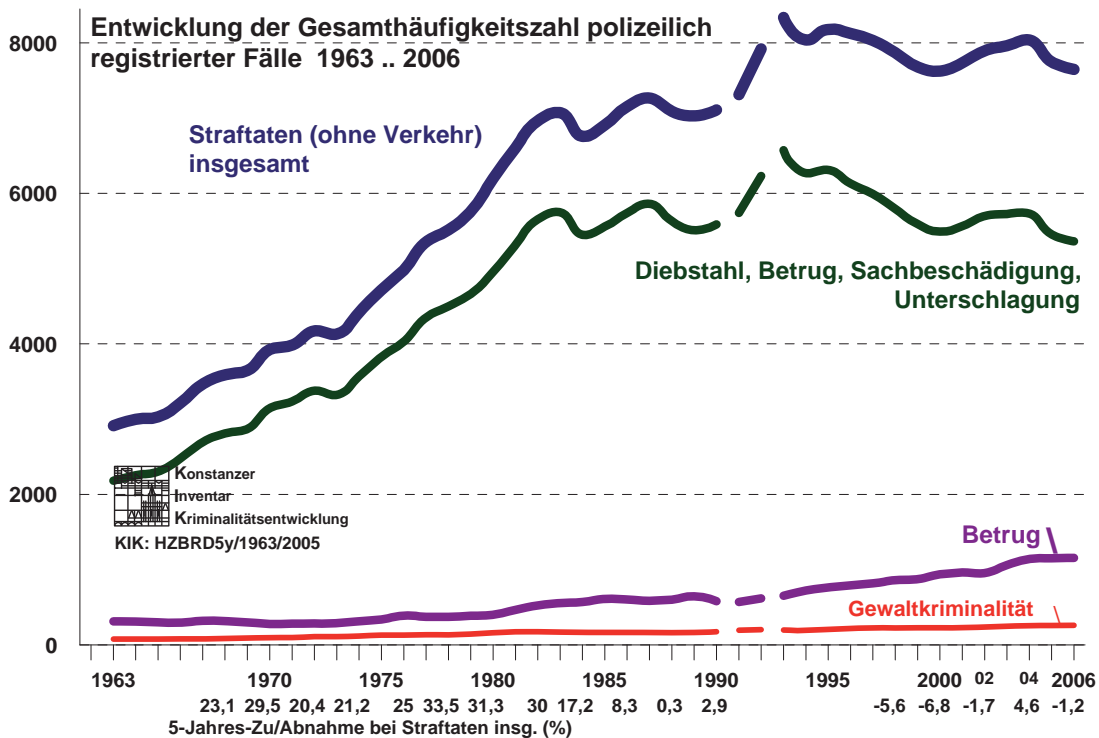
Abbildung 4: Struktur der registrierten Delikte nach Alter der Tatverdächtigen, 2006



Datenquelle: Eigene Berechnungen nach Daten der PKS 2006

Abbildung 5 zeigt, dass die große Masse der registrierten Straftaten wie auch deren Zuwachs ganz überwiegend nicht auf die Gewaltkriminalität zurückgeht – deren Anteil lag und liegt bei cirka 3 Prozent. Nicht hier, sondern im Bereich der (erwachsenentypischen) Betrugsdelinquenz sind in den letzten 10 Jahren die auffälligsten Zunahmen zu verzeichnen. Insgesamt jedoch hat die registrierte Kriminalität in den vergangenen 10 Jahren sogar abgenommen (während noch in den 1960er, 1970er und frühen 1980er Jahren erheblich Zuwächse – um 20 bis über 30 Prozent in jeweils 5 Jahren – der Regelfall waren).

Abbildung 5: Entwicklung der Gesamthäufigkeitszahl polizeilich registrierter Fälle nach Art des Deliktes, 1963 bis 2006



Datenquelle: PKS ab 1963; ohne Straftaten im Straßenverkehr und ohne Staatsschutzdelikte. 1971 Änderungen der Erfassung. 1990 Sonderentwicklung in Berlin-West. 1992: durch Erfassungsfehler überhöht. Gebiet: BRD; ab 1991 mit Berlin-Ost, ab 1993 mit neuen Ländern. Häufigkeitszahlen (HZ) bezogen auf je 100.000 der Wohnbevölkerung

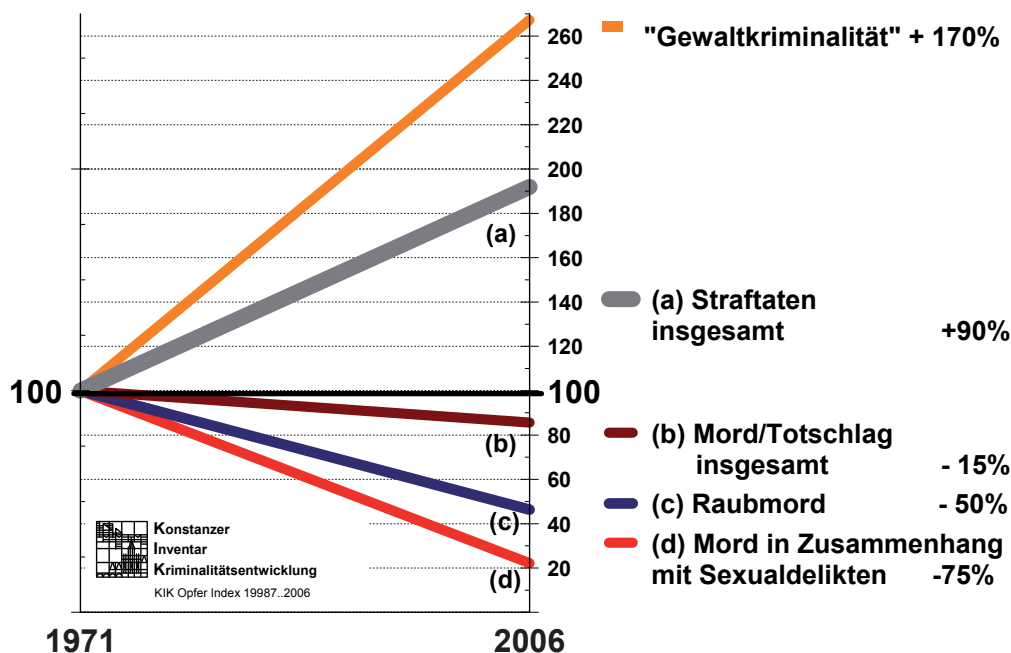
Struktur und Entwicklung der registrierten Kriminalität sind durch Eigentumsdelinquenz geprägt. Mehr als die große Masse der Eigentumsdelikte berührt die Gewaltkriminalität das Sicherheitsgefühl der Bürger. Wichtig zu wissen ist, dass unter den cirka 3 Prozent polizeilich registrierter Fälle von Gewaltkriminalität in Abbildung 5 sehr unterschiedliche Fallgruppen zusammengefasst sind: Einerseits die schwersten Fälle – Tötungsdelikte und sexuelle Gewaltdelikte sowie Raubdelikte, andererseits die große Zahl der Körperverletzungsdelikte.

Bei der Sammelbezeichnung „schwere und gefährliche Körperverletzung“ der PKS – Schlüsselzahl (SZ) 8920 – ist zu beachten, dass es sich hier tatsächlich überwiegend nicht, wie die an § 224 StGB angelehnte Bezeichnung suggeriert, um gefährliche Fälle mit schwerwiegenden Verletzungsfolgen handelt, denn diese (sehr unglücklich gefasste) Strafvorschrift umfasst neben der „das Leben gefährdenden Behandlung“, der Begehung „mittels einer Waffe oder eines anderen gefährlichen Werkzeugs“ vor allem auch die jugendtypische Konstellation bei Raufhändeln unter Gruppen Gleichaltriger („mit einem anderen Beteiligten gemeinschaftlich“, § 224 Abs. 1 Nr. 4), die sich im Regelfall gerade nicht durch die von der Tatbestandsbezeichnung suggerierte besondere Gefährlichkeit von Tatausführung und Tatfolgen auszeichnet: Spiess, 2005).

Insbesondere die zunehmende Registrierung junger Menschen wegen „schwerer und gefährlicher Körperverletzung“ wurde als Indiz für eine behauptete zunehmende Gewalttätigkeit junger Menschen (und namentlich junger Migranten) hervorgehoben. Kriminologische Untersuchungen (wie auch polizeiinterne Studien) zeigen indessen, dass der Zuwachs registrierter Fälle vor allem auf Änderungen des Anzeigeverhaltens zurückgeführt werden kann – und hier auf die vermehrte Anzeige von minderschweren Fällen, die früher überwiegend nicht zur Anzeige gebracht wurden (vergleiche dazu *Polizeiliche Kriminalstatistik* 2006: 148; *Spiess* 2005; *Heinz* 2005, 2007a; *Steffen* 2007). So steht einer erheblichen Zunahme zur Anzeige gebrachter und registrierter Fälle von Gewaltdelinquenz im Sinne der Definition der PKS eine Abnahme der Häufigkeit gerade der schwersten (und von Änderungen im Anzeigeverhalten vermutlich weit weniger abhängigen) Fallgruppen gegenüber, nämlich der Tötungsdelikte, die gegenüber 1971 um ca. 15 Prozent zurückgingen. Abbildung 6 zeigt, dass derzeit weniger Tötungsdelikte registriert werden als vor 35 Jahren.

Die Schlüsselzahl (SZ) 8920 der PKS „Gewaltkriminalität“ umfasst die SZ 0100 Mord; 0200 Totschlag und Tötung auf Verlangen; 1110 Vergewaltigung und sexuelle Nötigung; 2100 Raub, räuberische Erpressung und räuberischer Angriff auf Kraftfahrer; 2210 Körperverletzung mit Todesfolge; 2220 Gefährliche und schwere Körperverletzung; 2330 Erpresserischer Menschenraub; 2340 Geiselnahme; 2350 Angriff auf den Luft- und Seeverkehr. Alleine 70 Prozent des Fallaufkommens der „Gewaltkriminalität“ entfallen dabei auf SZ 2220 „Gefährliche und schwere Körperverletzung“, in der wiederum insbesondere die große Zahl der Fälle erfasst ist, die nicht durch schwere Tatfolgen (Verletzungen) oder Tatmodalitäten (Waffe, Gift et cetera) gekennzeichnet sind, sondern nur wegen der – für jugendliche Raufereien typischen – Beteiligung mehrerer Tatverdächtiger dieser Schlüsselzahl zugeordnet werden.

Abbildung 6: Entwicklung der Kriminalitätsbelastung (Fallzahl) je 100.000 der Bevölkerung, 1971=100



Datenquelle: Eigene Berechnungen nach Daten der PKS Tabelle 01: Bundesgebiet (ab 1991 einschließlich Gesamtberlin; ab 1993 einschließlich der neuen Länder)

2 Weniger Jugend – weniger Kriminalität – stimmt die Prognose?

Die absehbare demografische Entwicklung – absoluter und relativer Rückgang der Stärke der jungen, am registrierten Deliktsaufkommen überproportional beteiligten Jahrgänge – wird sich absehbar auch auf die künftige Delinquenzentwicklung auswirken (*Heinz/Spiess* 2003). Denn

– neben dem Geschlecht – ist das Alter die seit jeher am deutlichsten mit der Tatverdächtigenbelastung im Hellfeld assoziierte Größe. Aus kriminologischer Sicht ist allerdings zu bedenken, dass die höhere Auffälligkeit der jungen Altersgruppen im Hellfeld kein quasi ‚natürliches‘ Phänomen ist, sondern ganz erheblich durch soziale Einflüsse und durch Veränderungen der informellen wie der staatlich organisierten formellen Sozialkontrolle beeinflusst ist (sehr instruktiv zu den Ursachen sowohl der Kinder/Jugenddelinquenz als auch ihrer Zunahme in der PKS Maschke 2003). Zu den kriminalitätsrelevanten Randbedingungen zählt die Entwicklung und die (Ungleich-)Verteilung der Zugangschancen zu Bildung, Einkommen und Besitz ebenso wie die Entwicklung der Tatgelegenheitsstrukturen sowie Veränderungen der Prozesse sozialer Kontrolle (von der Normsetzung über Änderungen im Anzeigeverhalten bis zu Änderungen der Registrierungs- und Sanktionierungspraktiken. So ‚natürlich‘ Merkmale der jungen Normbrecher und ihrer alterstypischen Handlungsweisen – geringere Erfahrung, höhere Impulsivität bei fehlender Kalkulation möglicher Folgen, das Bestreben nach dem Ausloten von Grenzen im Umgang mit den Erwartungen der Erwachsenenengesellschaft – erscheinen mögen, so erklärungsbedürftig bleibt doch, warum gerade solche Handlungsweisen in modernen Gesellschaften zunehmend ‚kriminalisiert‘, das heißt nicht informell durch kommunikative und erzieherische Reaktionen im sozialen Nahraum, sondern durch Anzeigeerstattung und Einschaltung formeller Kontrollinstanzen beantwortet werden. Die Kombination von sozialer und ökonomischer Degradierung benachteiligter Bevölkerungsteile und einer ‚tough on crime‘-Kriminalpolitik vor allem gegenüber jungen Angehörigen unzureichend integrierter Bevölkerungsgruppen ist, das zeigen empirische Beispiele anderer Länder, durchaus geeignet, das Auftreten von Phänomenen jugendlicher Bandendelinquenz zu forcieren, wie sie in Deutschland bislang eher (und erwartungswidrig) selten beobachtet werden (zur Auseinandersetzung um solche „Katastrophenrezepte“ vergleiche Heinz 2007).

Die demografische Entwicklung mit ihren Effekten auf die künftige Altersverteilung ist deshalb nur *eine* Einflussgröße; *alleine* auf absehbare Veränderungen der Alterstruktur kann deshalb eine Prognose der künftigen Entwicklung nicht gestützt werden, wenn diese in starkem Maße *auch* von sozialen, wirtschaftlichen und politischen Veränderungen abhängig ist. Eine wissenschaftlichen Kriterien genügende Prognose der Kriminalitätsentwicklung würde eine hinreichend vollständige Modellierung *aller* für die Kriminalitätsentwicklung bedeutsamen Faktoren (und damit ein hinreichend vollständiges Erklärungsmodell) voraussetzen (siehe dazu Spiess 1993). Werden dagegen nur einzelne Einflussgrößen zur Einschätzung der künftigen Entwicklung herangezogen, so erlaubt dies eine Abschätzung der absehbaren Veränderungen, *soweit* diese auf die berücksichtigten Einflussgrößen und deren Ausprägung oder Veränderung zurückgeführt werden können – also *keine Prognose* im wissenschaftlichen Sinn, sondern eine Fortschreibung oder Projektion der gegenwärtig dokumentierten altersabhängigen Kriminalitätsverteilung auf die kommenden Jahre unter Berücksichtigung der für diese Jahre begründet anzunehmenden demografischen Veränderungen. Eine solche Projektion stellt dar, welche Änderungen im registrierten Kriminalitätsaufkommen *alleine* aufgrund der absehbaren demografischen Änderungen der Altersstruktur unserer Gesellschaft zu erwarten sind. Da auch andere Einflussgrößen Veränderungen unterliegen, kann sicherlich *nicht* erwartet werden, dass die registrierte Kriminalität sich genau so entwickeln wird, wie dies aus einer solchen *Projektion* der altersabhängigen Kriminalitätsbelastung auf die künftige Altersstruktur der Gesellschaft folgt. Wohl aber können die in künftigen Jahren tatsächlich beobachteten Veränderungen der Kriminalitätsbelastung anhand der hier skizzierten Projektion daraufhin beurteilt werden, inwieweit die eintretenden Veränderungen ‚trivial‘, das heißt *alleine* durch die demografischen Veränderungen bedingt sind, und inwieweit sie ‚nichttrivial‘, das heißt durch andere Einflussgrößen bedingt und erklärungsbedürftig sind (zur methodischen Einordnung siehe auch Heinz/Spiess 2003).

Auch im Querschnitt – also im Ländervergleich, der hier nicht Thema ist – können die Ergebnisse einer solchen Projektion beitragen, Fehldeutungen der künftigen Entwicklung in den Ländern zu vermeiden.

So kann gezeigt werden, dass alleine aufgrund der demografischen Effekte zu erwarten ist, dass in Regionen mit (noch) relativ günstiger Altersstruktur (einem im Bundesvergleich überdurchschnittlich hohen Anteil der jungen Altersgruppen, etwa Baden-Württemberg und Bayern) mit im Bundesvergleich niedrigen Kriminalitäts- und Tatverdächtigenbelastungszahlen mittelfristig absehbar – *entgegen* dem Bundestrend – die (über die Gesamtbevölkerung gerechneten) *Gesamtbelastungszahlen* zeitweilig eine relative Zunahme zeigen werden. Andere Länder mit ungünstiger Altersstruktur und relativ hoher Belastung können demgegenüber eine günstigere Entwicklung der Häufigkeitszahlen erwarten. Die beliebte, in Wahlkampfzeiten grassierende Deutung von Veränderungen der Gesamtbelastungszahlen gegenüber den Vorjahren als Gütekriterium der Kriminalpolitik einzelner Bundesländer oder Polizeidirektionen ist jedoch irreführend, wenn und soweit derartige Verschiebungen *alleine* auf demografische Effekte zurückzuführen sind, wie dies eine vergleichende Projektion von Länder- oder Regionaldaten zeigen kann.

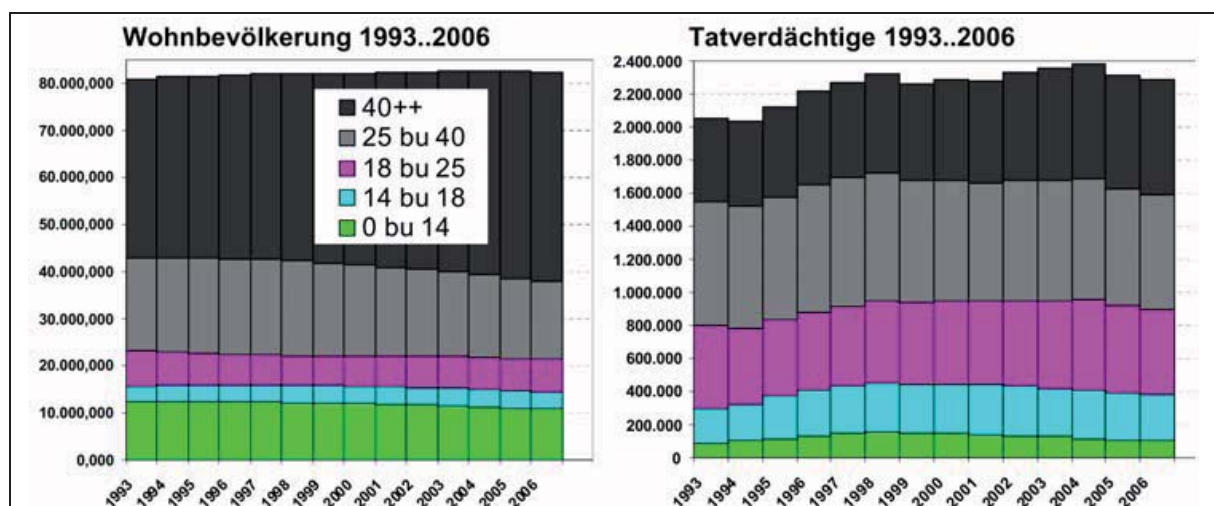
Zu den Einflussgrößen, die in kriminologischen Studien mit Veränderungen der Kriminalitätsbelastung in Verbindung gebracht werden, gehören die (in Deutschland besonders schichtabhängig ausgeprägten) Benachteiligungen im Zugang zum schulischen und beruflichen Qualifikationssystem sowie als Risikofaktor auch im internationalen Vergleich weniger die Armuts- oder Arbeitslosenquote als vielmehr die Ausprägung von Ungleichheit in der Vermögens- und Einkommensverteilung. Für die Entwicklung dieser Größen ist die demografische Entwicklung sicher *eine* relevante Randbedingung, aber nicht ursächlich – ursächlich sind hier eher wirtschaftliche Faktoren sowie insbesondere sozial-, bildungs- und wirtschaftspolitische Entscheidungen. Von deren Effekten gilt es die der erwarteten demografischen Entwicklung unmittelbar zuzuschreibenden Effekte abzugrenzen.

3 Projektion der altersabhängigen Kriminalitätsbelastung auf die Bevölkerungsentwicklung – Annahmen und Ergebnisse

3.1 Ausgangspunkt: Bevölkerungsentwicklung und altersabhängige Häufigkeitszahlen (TVBZ)

Bereits seit mehreren Jahren führt der demografische Strukturwandel zu deutlichen Verschiebungen im Altersgefüge: Nicht nur bei der Wohnbevölkerung, sondern auch bei den registrierten Tatverdächtigen haben Zahl und Anteil der Altersgruppe ab 40 Jahren zugenommen; einstweilen noch – in deutlich geringerem Maße – die Jugendlichen (14 bis unter 18 Jahre) (Abbildung 7).

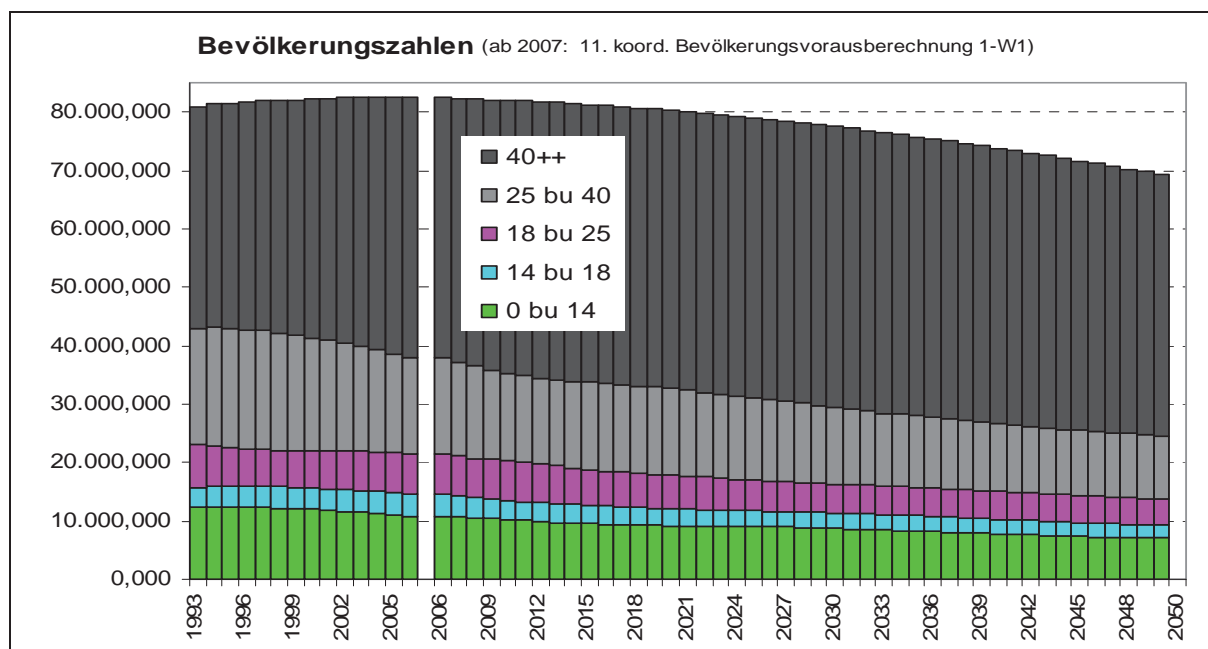
Abbildung 7: Entwicklung der Altersstruktur von Wohnbevölkerung und Tatverdächtigen, 1993 bis 2006



Datenquelle: Daten der amtlichen Bevölkerungsstatistik und der Polizeilichen Kriminalstatistik für die jeweiligen Jahre

Mit der demografischen Entwicklung, wie sie die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder bezüglich der möglichen und absehbaren Auswirkungen auf die künftige Bevölkerungsstruktur analysiert haben (*Statistisches Bundesamt 2006a*), wird der Umfang der Wohnbevölkerung insgesamt abnehmen. Vor allem aber wird nunmehr der Anteil der (auch kriminalstatistisch besonders ‚aktiven‘) jüngeren Jahrgänge abnehmen, während die absolute Zahl und der Anteil der Älteren ab 40 Jahren weiter zunehmen wird (Abbildung 8).

Abbildung 8: Entwicklung der Bevölkerungszahlen nach der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung bis 2050 (Variante 1-W1)



Datenquelle: *Statistisches Bundesamt 2006b*

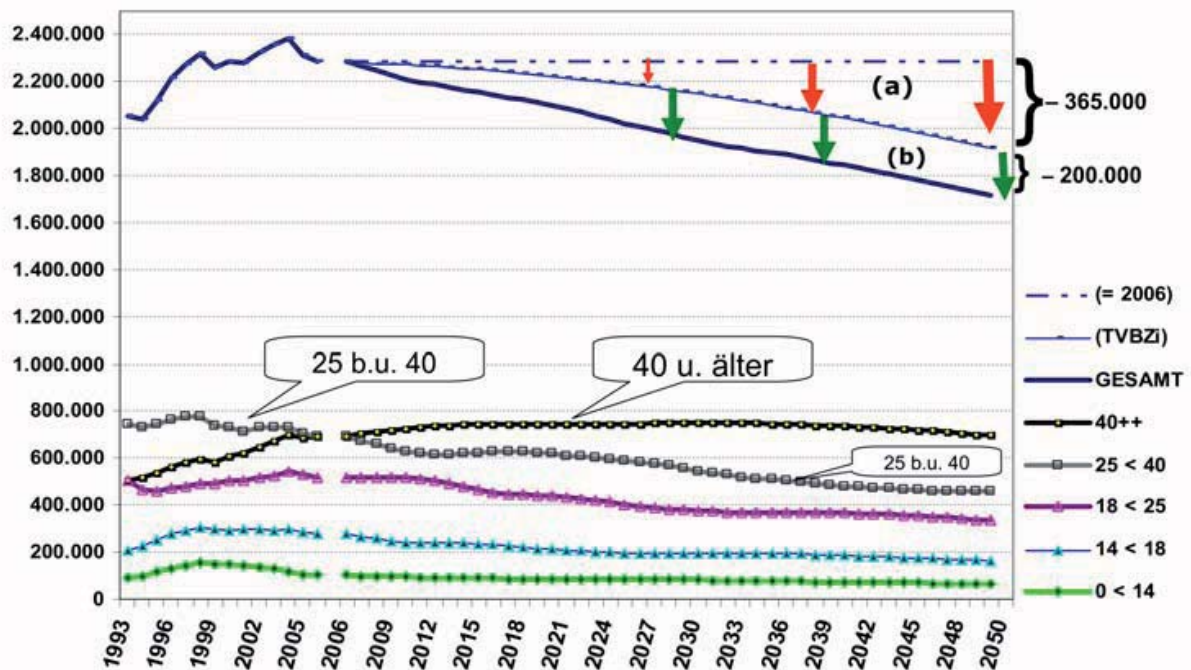
Wie werden sich die angenommenen demografischen Veränderungen auf Zahl und Struktur der registrierten Tatverdächtigen auswirken? Das folgt aus einer Projektion der altersspezifisch unterschiedlichen Häufigkeitszahlen – den Tatverdächtigenbelastungszahlen (TVBZ) je 100.000 der jeweiligen Altersgruppe – auf das Mengengerüst der Bevölkerungsvorausberechnung.

Nun sind auch die Tatverdächtigenbelastungszahlen zwar schon immer (im Querschnitt) alterstypisch unterschiedlich ausgeprägt, haben aber auch im Längsschnitt erhebliche Veränderungen erfahren (die eindeutig nicht auf demografische Veränderungen zurückgehen). Bemerkenswert ist allerdings, dass die über lange Zeit beobachteten tendenziellen Zunahmen der *Häufigkeitszahlen* in den letzten Jahren nicht mehr beobachtet werden. Die folgende Modellrechnung beruht deshalb auf einer Projektion der im Jahr 2006 beobachteten Tatverdächtigenbelastungszahlen auf die künftige Bevölkerungsentwicklung.

3.2 Zwei unterscheidbare demografische Effekte wirken sich auf die erwartete Entwicklung der Tatverdächtigenzahlen aus

In den *absoluten* Zahlen haben sich die demografischen Verschiebungen bereits bemerkbar gemacht: Die Zunahme der Zahl der registrierten Tatverdächtigen von 1993 bis 2006 um etwa 230.000 ging zu mehr als 4/5 auf die Zunahme der Zahl der Tatverdächtigen ab 40 Jahren zurück. Abbildung 9 zeigt, welche künftigen Änderungen im Mengengerüst der *absoluten* Tatverdächtigenzahlen – ausgehend von den altersgruppenspezifischen Tatverdächtigenbelastungszahlen im Jahr 2006 – (alleine) aus der erwarteten demografischen Entwicklung folgen würden:

Abbildung 9: Projektion der Tatverdächtigenbelastungszahlen des Jahres 2006 auf die Bevölkerungszahlen* bis zum Jahr 2050



* Projektion der Tatverdächtigenbelastungszahlen des Jahres 2006 auf die Bevölkerungszahlen nach Variante 1-W1 der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung: Erwartet wird ein Rückgang der absoluten Zahl der Tatverdächtigen um eine Viertelmillion bis etwa 2025 und um eine weitere Viertelmillion bis ca. 2045. Neben dem langfristigen Effekt des Rückgangs der Gesamtbevölkerung (a) ist vor allem kurzfristig ein spezifischer Effekt der Verschiebungen in der Altersstruktur (b) zu erwarten, der sich nach 2030 allerdings nur noch geringfügig auswirken dürfte.

Die dramatischsten Verschiebungen zwischen den hier dargestellten Altersgruppen finden wir demnach in der Zeit zwischen 1993 und 2010: Der Zunahme der Zahl der registrierten Tatverdächtigen bis zu 18 Jahren in den 1990er Jahren sollte eine Abnahme bis etwa zum Jahr 2020 folgen. Die drastischste Zunahme der Zahl der Tatverdächtigen ab 40 Jahren erfolgte bis 2005; sie wird sich verlangsamt allenfalls bis in die 2020er Jahre fortsetzen. Das führt zu zwei *Effekten*: Zur *Abnahme der Gesamtzahl* der registrierten Tatverdächtigen – und einer deutlichen Verschiebung der Gewichte zwischen den Altersgruppen innerhalb der Tatverdächtigenpopulation.

Während die Zahl der Tatverdächtigen ab 40 Jahren 1993 noch derjenigen der 18- bis unter 25-Jährigen gleich war, dürfte ihre Zahl etwa ab dem Jahr 2030 das Doppelte der besonders aktiven Gruppe der 18- bis unter 25-Jährigen ausmachen.

Die *Abnahme der Gesamtzahl* der registrierten Tatverdächtigen kann auf zwei Effekte zurückgeführt werden:

Zum einen wird nach der hier zugrunde gelegten Bevölkerungsvorausberechnung der Bevölkerungsumfang im Vergleich zum derzeitigen Stand kontinuierlich zurückgehen – zunächst langsam (bis 2030 um ca. 6 Prozent), aber zunehmend schneller (bis 2050 um 16 Prozent gegenüber 2006). Bei einer Projektion *alleine* aufgrund der TVBZ für die Gesamtbevölkerung (registrierte Tatverdächtige insgesamt je 100.000 der Gesamtbevölkerung) ergäbe sich daraus der in Abbildung 9 mit (a) gekennzeichnete Rückgang um eine Größenordnung von etwa 30.000 bis zum Jahr 2015, um 100.000 bis Mitte der 2020er Jahre, um 200.000 bis ca. 2037 und um 300.000 bis Mitte der 2040er Jahre (jeweils im Vergleich zu den Zahlen des Jahres 2006).

Neben dem Rückgang der Gesamtbevölkerung ist jedoch auch ein Effekt der Umschichtung in der Altersstruktur zu Ungunsten der ‚aktiveren‘ jüngeren Altersgruppen zu berücksichtigen, der dazu führen wird, dass der demografisch bedingte Rückgang stärker ausfallen wird – um

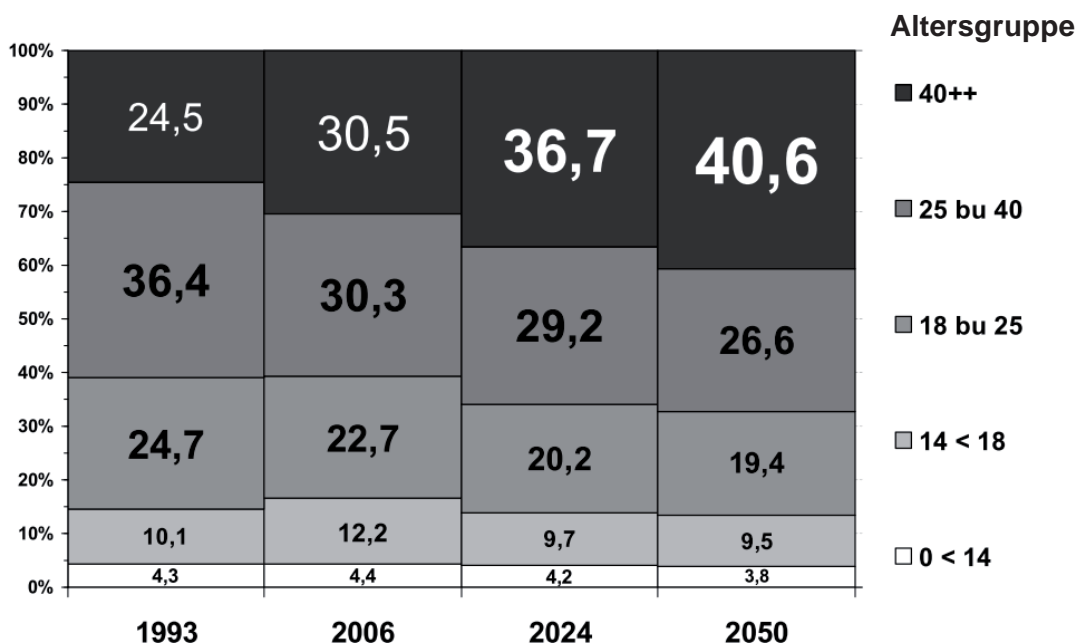
insgesamt mehr als eine halbe Million Tatverdächtige (TV) auf etwa 1,7 Mio TV im Jahr 2050 (gegenüber den 2,2 Mio TV im Jahr 2006). Hiervon entfällt bei der Betrachtung bis zum Jahr 2050 etwa ein Drittel auf den mit (b) gekennzeichneten Effekt der Änderung der Altersstruktur; diese verursacht in unserer Modellrechnung einen Rückgang um eine Größenordnung von etwa 100.000 Tatverdächtigen bis etwa 2015/2016 und von weiteren ca. 100.000 TV bis 2050 – insgesamt also ein Rückgang um 200.000. Beachtenswert ist, dass – wie schon in den letzten Jahren – der Veränderung der *Altersstruktur* der deutlich stärkere Effekt auf die Entwicklung der Gesamt-TV-Zahl zuzuschreiben ist: Von heute bis etwa 2015 gehen noch 80 bis 75 Prozent der errechneten Abnahme auf *Altersstruktureffekte* zurück, bis (etwa Mitte der 2030er Jahre) das Gewicht der Abnahme des absoluten Bevölkerungsumfangs auf 50 Prozent (und bis 2050 auf fast 2/3) des demografischen Gesamteffekts zunehmen wird.

3.3 Weniger Tatverdächtige – jedenfalls weniger junge Tatverdächtige

Zusammengefasst: Erwartet wird eine Abnahme der Zahl polizeilich registrierter Tatverdächtiger um eine Viertelmillion Tatverdächtige bis etwa 2025 und um eine weitere Viertelmillion bis ca. 2045, und zwar aufgrund der demografischen Entwicklung. Dies (a) weil die Bevölkerungszahl abnimmt, und (b), weil in der Bevölkerung der Anteil der ‚aktiveren‘ Altersgruppen abnimmt. Dieser *Altersstruktur*-Effekt (b) überwiegt zunächst eindeutig; ab Mitte der 2030er Jahre wird jedoch von der Abnahme der Gesamtbevölkerungszahl der stärkere Effekt (a) ausgehen. Insgesamt wird wegen des Gesamteffektes von Bevölkerungsrückgang *und* Verschiebungen in der Altersstruktur bei einem bis 2050 erwarteten Bevölkerungsrückgang um ca. 1/6 ein demografisch bedingter Rückgang der Zahl der Tatverdächtigen um etwa 1/4 erwartet.

Unter der Annahme gleichbleibender *altersspezifischer* TVBZ würde – alleine aufgrund der Verschiebungen in der Altersstruktur – dabei die Gesamt-TVBZ (Gesamtzahl der registrierten TV / 100.000 der Wohnbevölkerung insgesamt) bis 2030 um etwa 9 Prozent abnehmen (danach nurmehr geringfügig: bis 2050 um 10 Prozent gegenüber 2006, da ab den 2030er Jahren die Verschiebungen der *Altersstruktur* nicht mehr gravierend auswirken dürften, wie dies in Abbildung 9 nachzuvollziehen ist: Verschiebungen werden hier nicht mehr in den besonders ‚aktiven‘ jüngeren Altersstufen erwartet, sondern dann vermehrt innerhalb der Vollerwachsenenpopulation ab 25 Jahre (Abbildung 10).

Abbildung 10: Erwartete Verschiebungen der Altersstruktur der Tatverdächtigen



Datenquelle: Eigene Berechnungen auf Basis der Daten der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung

Die Verschiebung der Gewichte zwischen den Altersgruppen innerhalb der Tatverdächtigenpopulation ist, wie Abbildung 10 zeigt, bereits derzeit zu beobachten. Erwartet wird, dass der Anteil der Tatverdächtigen unter 25 Jahren von derzeit knapp 40 Prozent auf weniger als ein Drittel abnehmen wird. Stärkere Verschiebungen werden ab Mitte der 2020er Jahre zunehmend – wie in der Gesamtbevölkerung – bei den Altersgruppen über 25 zu erwarten sein.

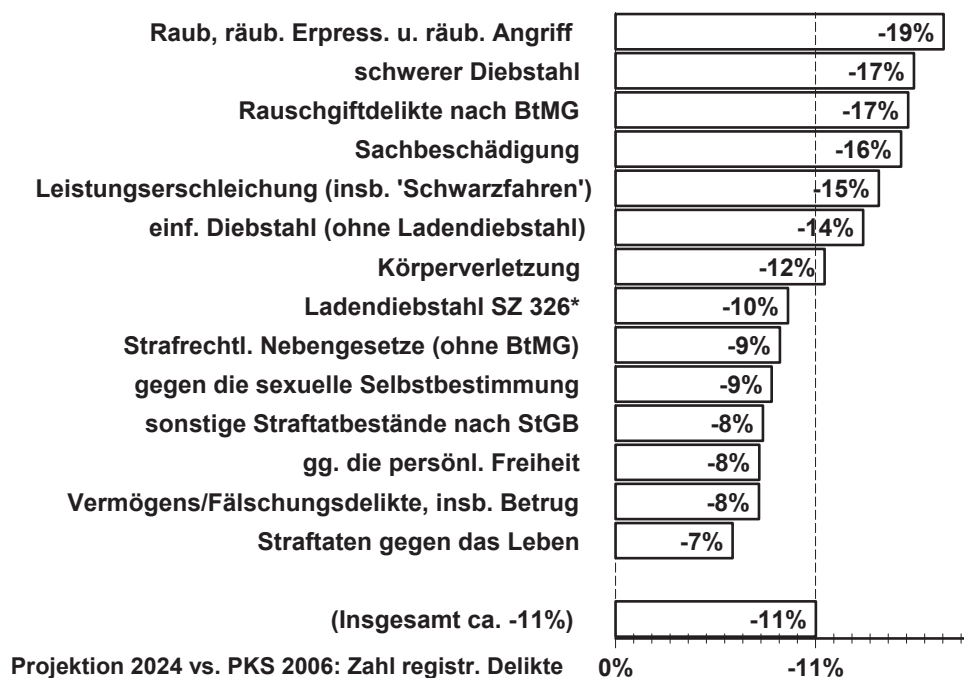
3.4 Verschiebungen in der Deliktsstruktur

Neben erwarteten Veränderungen der Zahl registrierter Tatverdächtiger und dementsprechend auch registrierter Taten ist auch von Interesse, wieweit Verschiebungen auf der qualitativen Dimension – etwa hin zu mehr leichteren oder aber schwereren Deliktsgruppen – zu erwarten sind. Wie schon aus Abbildung 4 ersichtlich war, gibt es eine alterstypische Verteilung bei den registrierten Deliktsanteilen der Altersgruppen: jugendtypisch sind leichte, nicht-geplante Begehungsformen mit eher geringer Schadenintensität, aber hohem Aufklärungsrisiko, Jungerwachsene sind überrepräsentiert bei Begehungsformen mit physischem Einsatz (etwa Raubdelikten); erwachsenentypisch sind eher seltene, aber zum Teil erheblich schadensintensive Delikte (wie Delikte gegen das Leben oder im Bereich der Wirtschaftskriminalität).

Auch die Aufklärungsraten sind über die alterstypischen Deliktsgruppen sehr unterschiedlich verteilt. Eine hohe regionale Aufklärungsrate deutet häufig lediglich auf einen hohen Anteil von Ladendiebstahl im Verhältnis zu (ermittlungsintensiven) Einbruchsdiebstählen hin, sagt also (im Gegensatz zu den spezifischen Aufklärungsquoten bei den ermittlungsintensiven Deliktsformen selbst) wenig über Qualität oder Erfolg der Polizeiarbeit. Mögliche demografische Effekte auf die Aufklärungsraten und deren Implikationen können hier nicht erörtert werden

Auch wenn eine Projektion der altersspezifischen Häufigkeit bei den polizeilich aufgeklärten (das heißt einem Tatverdächtigen und somit auch einer Altersgruppe zuordenbaren) Delikten zu unterschiedlich starken relativen Rückgängen führen wird (Abbildung 11), ist zu bedenken, dass gerade die besonders schweren (und erwachsenentypischen) Delikte wie Tötungs- und sexuelle Gewaltdelinquenz am Deliktsaufkommen absolut und relativ nur marginal beteiligt sind. Die erwarteten Verschiebungen in den Anteilen der verschiedenen Deliktsgruppen, wie sie für diese Projektion berechnet wurden, sind so begrenzt, dass sie grafisch bei einer Darstellung der Gesamtdelinquenz kaum mehr darstellbar sind. Zu erwarten ist, dass die quantitative Entwicklung des registrierten Deliktsaufkommens insgesamt trivialerweise vor allem durch den Rückgang bei jugendtypischen leichten Deliktsformen geprägt sein wird, die ohnehin den größten Teil der registrierten Delinquenz ausmachen.

Abbildung 11: Resultierende Veränderungen im Deliktsaufkommen 2024 gegenüber 2006 nach Deliktsgruppen, Rückgang in Prozent



Zwischenergebnis: Die absehbare demografische Entwicklung wird in den kommenden Jahrzehnten einen Rückgang der Bevölkerungszahl und eine weitere Verschiebung der Anteile der Altersgruppen bringen. Da neben dem Geschlecht das Alter – seit es altersdifferenzierte Kriminalstatistiken gibt – das am stärksten mit der Häufigkeit registrierter Delinquenz assoziierte Merkmal ist, kann begründet erwartet werden, dass nicht nur der Rückgang der Gesamtbevölkerung, sondern auch der abnehmende Anteil der ‚aktiveren‘ jüngeren Altersgruppen an der Bevölkerung zu einem Rückgang polizeilich registrierter Taten und Tatverdächtiger führen wird.

Kurz- und mittelfristig (bis Mitte der 2020er Jahre) wird sich vor allem die Umschichtung im Altersaufbau, längerfristig dagegen der abnehmende Bevölkerungsumfang dahingehend auswirken, dass – alleine aufgrund der demografischen Veränderungen – gegenüber dem Jahr 2006 ein Rückgang polizeilich registrierter Delikte und Delinquenten in einer Größenordnung von ca. 10 Prozent bis um das Jahr 2023, von ca. 20 Prozent bis etwa 2040 und von 25 Prozent bis etwa 2050 erwartet wird. Nach dieser Modellrechnung stünde einem Bevölkerungsrückgang um 1/6 bis 2050 ein Rückgang der Zahl registrierter Tatverdächtiger um 1/4 gegenüber. Diese Daten sind Ergebnis einer Modellrechnung (Projektion), die keine *Vorhersage* der *tatsächlichen* Entwicklung leisten kann (auf die auch andere als nur demografische Einflüsse wirken); vielmehr zeigt eine solche Projektion, in welchem Umfang Veränderungen alleine durch die demografische Entwicklung erklärbar sind. Dadurch wird verdeutlicht, inwieweit die dann später tatsächlich beobachtete Entwicklung den demografisch bedingten Erwartungswerten entspricht oder aber abweicht und insoweit (aber auch nur insoweit) auf andere Einflussgrößen zurückgeführt werden muss.

Geht man von den derzeit beobachteten Tatverdächtigenbelastungszahlen der verschiedenen Altersgruppen aus, so entspricht dem veränderten Altersaufbau der deutschen Bevölkerung in den nächsten 20 Jahren ein Rückgang des Anteils der ‚jungen‘, unter 25-jährigen Tatverdächtigen auf etwa ein Drittel. Dagegen würde nach dieser Modellrechnung die Bevölkerungsgruppe ab 40 Jahren nicht mehr, wie noch 1993, ein Viertel, sondern schon bald mehr als ein Drittel ausmachen wird – mit Tendenz auf 40 Prozent und mehr bis zum Jahre 2050. Entsprechend der alterstypischen Deliktsverteilung wird ein Rückgang schwerpunktmäßig im Bereich

der jugendtypischen Bagatelldelinquenz zu erwarten sein; überdurchschnittliche Rückgänge können erwartet werden bei den selteneren jugendtypischen Gewaltdelikten (insbesondere Raubdelikten), unterdurchschnittliche Rückgänge (und damit eine entsprechende Zunahme des Anteils an der Gesamtdelinquenz) bei den eher erwachsenentypischen Deliktformen. Da der Anteil der gravierenden Gewaltdelikte gering ist, sind von der demografischen Entwicklung wirklich nennenswerte Effekte auf der Tatverdächtigen- und Opferseite durch den zunehmenden Anteil älterer Menschen insoweit nicht zu erwarten.

Wie aber sieht es aus, wenn wir nicht die Tatverdächtigenbelastung, sondern die Opferisiken betrachten?

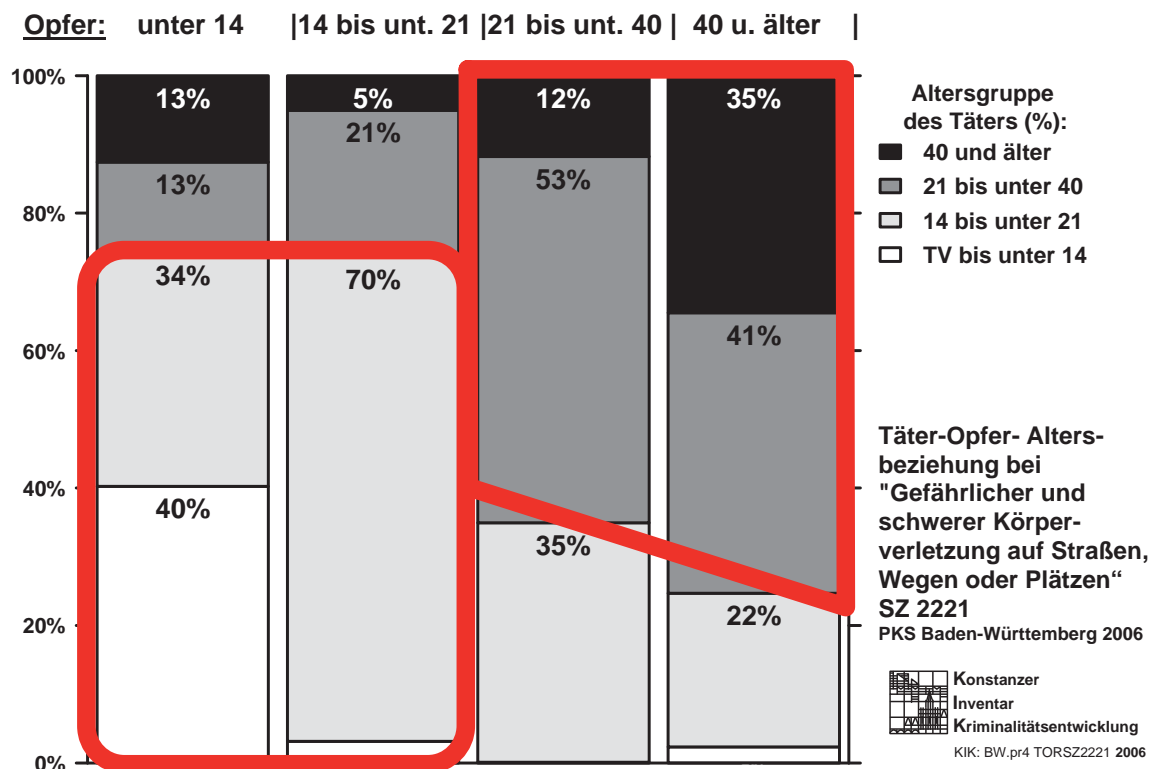
3.5 Müssen die Alten Angst vor der Jugend haben? Eine Analyse der Altersstruktur von Täter-Opfer-Konstellationen

Insbesondere in Hinblick auf präventive Überlegungen ist die Kenntnis der Opfermerkmale und der besonderen Täter-Opfer-Konstellation von Belang. So wird zu Recht auf die große und absehbar weiter anwachsende Zahl pflegebedürftiger alter Menschen hingewiesen, deren Zahl sich nach neueren Schätzungen bis zum Jahr 2050 verdoppeln könnte. Gefährdungen dieser Bevölkerungsgruppe folgen aus ihrer geringen Selbsthilfe- und Beschwerdekompentenz, so dass sie möglichen Übergriffen von professionellem Pflegepersonal, aber auch von überforderten pflegenden Angehörigen schutzlos ausgesetzt sein können, zumal solche Miss-handlungen ganz überwiegend im Dunkelfeld bleiben. Welche Risiken sich aus den problematischen Auswirkungen von Kostendruck und Gewinnorientierung im Bereich kommerzieller Pflegedienstleistungen, dem Einsatz unzureichend bezahlter, unzureichend qualifizierter und kontrollierter Pflegekräfte ergeben, hängt indessen weniger von der demografischen Entwicklung als vielmehr von der politischen Gestaltung und Kontrolle dieses Bereichs ab. Deren Evaluation erfordert insbesondere Untersuchungen im Dunkelfeld.

Die Hellfeld-Daten der Polizeilichen Kriminalstatistik erfassen nur einen Ausschnitt des tatsächlichen Geschehens. Aber auch zu den bekannt gewordenen Fällen werden leider bislang nur sehr wenige Opfermerkmale überhaupt erfasst, hierunter die Vorbeziehung zwischen Tatverdächtigen und Tätern sowie Geschlecht und Alter.

Festzuhalten ist zunächst, dass, wie die Tatverdächtigenbelastung, so auch die Opfergefährdung mit den Merkmalen Geschlecht und Alter assoziiert ist. So ist die Opfergefährdungszahl (Häufigkeitszahl je 100.000 der altersgleichen Wohnbevölkerung) bei Körperverletzungsdelikten bei Männern fast doppelt so groß wie bei Frauen; und sie ist bei Heranwachsenden (circa 2.700/100.000) mehr als 20-mal so hoch bei den ab 60-Jährigen (circa 120). Selbst die Opfergefährdung der Kinder ist – bezogen auf vollendete Körperverletzungsdelikte – mehr als dreimal so hoch wie die der Senioren (PKS 2006, Tabelle 91). Was die soziale Täter-Opfer-Beziehung betrifft, so unterscheidet die PKS (leider sehr wenig differenziert) nach den Kategorien Verwandtschaft / Bekanntschaft / Landsmann (nur bei Ausländern derselben Nationalität) / flüchtiger / fehlender / ungeklärter Vorbeziehung. Anders als bei Raubdelikten, deren Opfer nur in jedem 10. Fall aus dem sozialen Nahraum (Verwandtschaft oder Bekanntschaft) des Tatverdächtigen stammt, gehört bei Aggressions- und Gewaltdelikten das Opfer überwiegend zum Verwandten- oder Bekanntenkreis des Täters (so bei mehr als 60 Prozent der Tötungs- und der sexuellen Gewaltdelikte). Insbesondere „Mädchen und Frauen fallen besonders bei Mord und Totschlag, aber auch bei sexueller Gewalt, Straftaten gegen die persönliche Freiheit und Körperverletzungen meist Verwandten oder Bekannten zum Opfer“ (PKS 2006, Seite 63).

Abbildung 12: Täter-Opfer-Altersbeziehung bei „Gefährlicher und schwerer Körperverletzung auf Straßen, Wegen oder Plätzen“ in Baden-Württemberg 2006



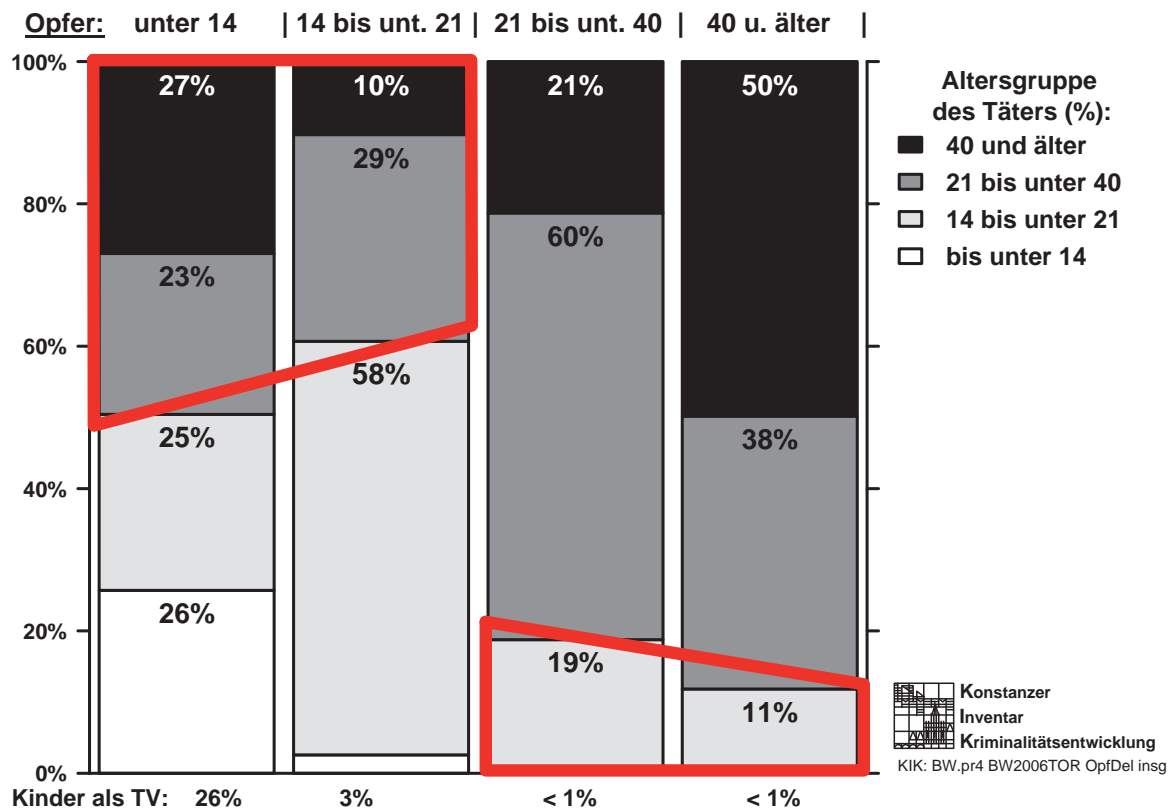
Datenquelle: Eigene Berechnung mit Daten der PKS Baden-Württemberg 2006

Anhand einer Sonderauswertung von Daten der Polizeilichen Kriminalstatistik (erstmalig für die Jahre 1995 und 1996: Höfer 2000) kann überprüft werden, wieweit die durch besonders gravierende Einzelfälle und deren mediale Verwertung verstärkte Befürchtung zutrifft, ältere Menschen seien in besonderem Maße durch junge Gewalttäter gefährdet.

Abbildung 12 zeigt – hier für die Fallgruppe, die besonders geeignet ist, solche Befürchtungen auszulösen und die in besonderer Weise die Medienberichterstattung prägt, nämlich die „gefährliche und schwere Körperverletzung“ im öffentlichen Raum (Schlüsselzahl 2221 der PKS) – dass es vor allem junge Menschen sind, die Opfer junger Täter werden, während bei der Opferwerdung älterer Menschen auch Täter überwiegend nicht Jugendliche oder Jungerwachsene bis unter 21, sondern ebenfalls Ältere sind.

Bezieht man die Gesamtheit der in der PKS ausgewiesenen Opferdelikte mit ein (zu denen auch die Fälle registrierter häuslicher Gewalt oder sexueller Gewalt delikte, insbesondere auch gegen Kinder, gehören), so zeigt sich eine noch deutlichere Asymmetrie in der Opfergefährdung – und zwar derart, dass es nicht vorwiegend die Älteren sind, die durch junge Menschen gefährdet sind, sondern vor allem Kinder und junge Menschen, die durch Missbrauch und Gewalt durch ältere Täter gefährdet sind (Abbildung 13). Junge Menschen sollten nicht in erster Linie als potentielle Täter unser Interesse erfahren – sie verdienen zuallererst die Aufmerksamkeit und den Schutz der Erwachsenengesellschaft.

Abbildung 13: Täter-Opfer-Altersbeziehung bei Opferdelikten insgesamt in Baden-Württemberg 2006

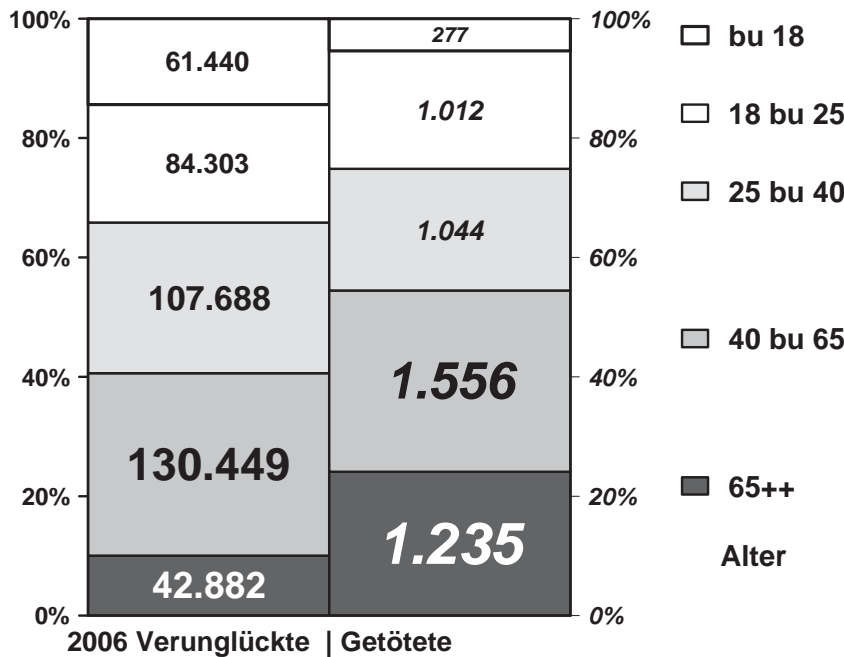


Datenquelle: Eigene Berechnung mit Daten der PKS Baden-Württemberg 2006

3.6 Gefährdungen im Straßenverkehr: Absehbare Zunahme der Zahl betagter Opfer

Dass junge Menschen überproportional am Verkehrsunfallgeschehen beteiligt sind, als Verursacher ebenso wie als Unfallopfer, folgt nicht nur aus ihrem altersspezifisch ausgeprägten Mobilitäts- und Freizeitverhalten, sondern auch aus alterstypischem Risikoverhalten. Besondere altersspezifische Gefährdungen treffen aber auch die Gruppe der älteren Verkehrsteilnehmer. Zu den quantifizierbaren Risiken gehört insbesondere, dass die Schwere der Unfallfolgen bei betagten Unfallbeteiligten aufgrund verminderter Reaktionsfähigkeit und erhöhter Verletzlichkeit deutlich mit dem Alter assoziiert ist. So waren ausweislich der amtlichen Verkehrsunfallstatistik 2006 nur 10 Prozent der registrierten Verunglückten Senioren im Alter ab 65 Jahren, jedoch 23 Prozent der tödlich Verunglückten (Abbildung 14).

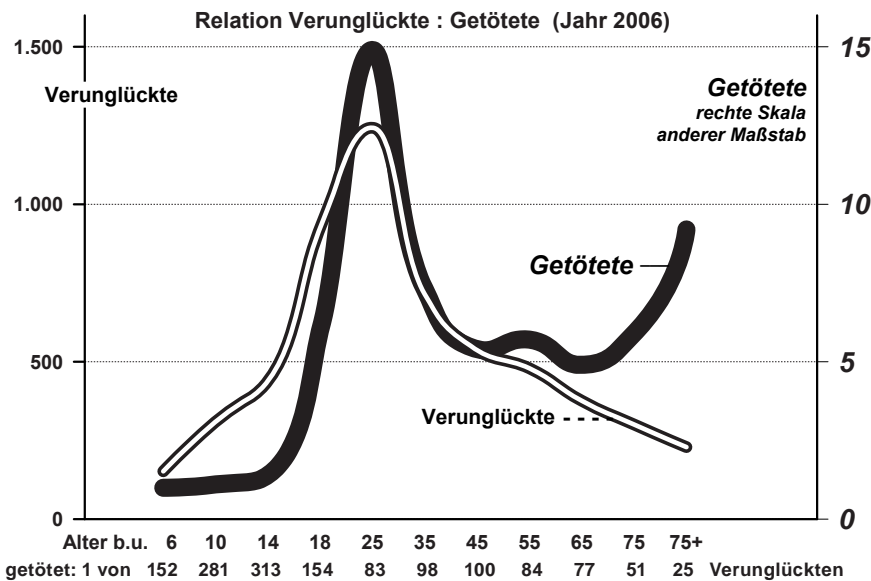
Abbildung 14: Im Straßenverkehr Verunglückte und Getötete nach Altersgruppen 2006



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, 2007d, Tabelle 5.2: Verunglückte nach Altersgruppen und Verletzungsschwere

Das Risiko, in einen Verkehrsunfall verwickelt zu werden, weist – keineswegs überraschend – eine der Kriminalstatistik recht ähnliche Altersverteilung auf. Doch während das Unfallrisiko (bezogen auf je 100.000 der Wohnbevölkerung) nach Erreichen des Vollerwachsenalters kontinuierlich abnimmt, nimmt das Risiko eines tödlichen Ausgangs eines Verkehrsunfalls im Seniorenalter dramatisch zu: Ist es im Bevölkerungsschnitt einer von 84 Unfallbeteiligten, der zu Tode kommt, bei den 12-Jährigen etwa einer von 300 und bei den 40-Jährigen einer von 100, so kommt im Alter zwischen 65 und 75 jeder 50., im Alter über 75 gar jeder 25. Unfallbeteiligte zu Tode (Abbildung 15).

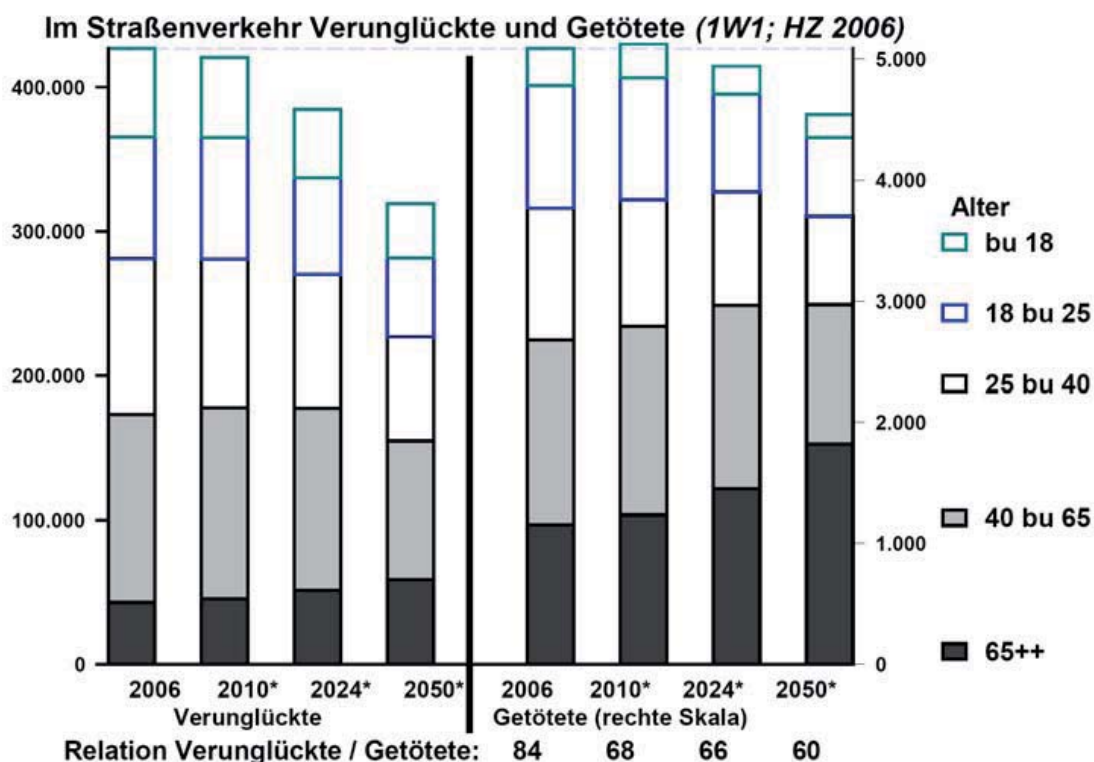
Abbildung 15: Im Straßenverkehr Verunglückte und Getötete je 100.000 der Bevölkerung, 2006



Datenquelle: Eigene Berechnung nach Daten der amtlichen Verkehrsunfallstatistik 2006 (Statistisches Bundesamt 2007c)

Kombinieren wir nun die verfügbaren Daten (a) zur mit dem Alter abnehmenden Unfallhäufigkeit, (b) zur mit dem Alter zunehmenden Verletzlichkeit mit (c) den Annahmen der Bevölkerungsvorausschätzung zur Entwicklung der verschiedenen Altersgruppen in der Bundesrepublik, so sind zwei völlig gegenläufige Entwicklungen absehbar: Erwartet wird (auf Basis der derzeit beobachteten Unfallhäufigkeiten) eine deutliche Abnahme der Verunglücktenzahlen bereits ab dem Jahr 2010. Nicht abnehmen dürfte aufgrund der demografischen Entwicklung indessen die Zahl der Verunglückten im Seniorenalter. Die Häufigkeitszahlen haben bisher eine langjährig günstige Entwicklung erfahren: 1980 verunglückten noch 305 von 100.000 Einwohner über 65 Jahre im Straßenverkehr, 2006 nurmehr 270. Tödlich verunglückten im Jahr 1980 noch 26 Senioren je 100 000 Einwohner, 2006 waren es 7. Für die Zahl der Verunglückten im Seniorenalter ist vielmehr aufgrund der aktuellen Risikozahlen eher eine mäßige Zunahme zu erwarten, und, was die Zahl der bei Verkehrsunfällen getöteten Senioren betrifft, sogar eine deutliche Zunahme. Denn die Relation von einem Getöteten je 84 Verunglückten dürfte sich, ausgehend von den aktuell beobachteten altersabhängigen Häufigkeitszahlen entgegen dem langjährig günstigen Trend (zu Beginn der 80er Jahre kam noch einer von 40 Verunglückten zu Tode, 1990 einer von 47, 2000 einer von 68, 2006 einer von 84 Verunglückten – eigene Berechnung nach Zeitreihendaten der amtlichen Verkehrsunfallstatistik 2006, Tabelle 5.2) alleine aufgrund der veränderten Altersstruktur der Verkehrs- und Unfallbeteiligten schon bald in ungünstiger Richtung verändern (Abbildung 16). Danach wäre, sofern nicht geeignete Präventionsstrategien dem gegensteuern, schon ab 2010 mit einer Zunahme der absoluten Zahl der Verkehrstoten ab 40 Jahren und insbesondere der Zahl der Verkehrstoten im Seniorenalter zu rechnen.

Abbildung 16: Projektion der Zahlen der im Straßenverkehr Verunglückten und Getöteten je 100.000 der Bevölkerung nach den Häufigkeitszahlen im Jahr 2006



Datenquelle: Eigene Berechnungen auf Basis der amtlichen Verkehrsunfallstatistik 2006 und der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung

In zweifacher Hinsicht unterscheidet sich der Bereich der Rechtsgutgefährdung durch Unfälle im Straßenverkehr von der konventionellen Kriminalität, wie die PKS sie erfasst: (1) Wesentlich mehr Menschen fallen tödlichen Verkehrsunfällen zum Opfer als vorsätzlichen oder fahrlässigen Delikten mit Todesfolge, das gilt in besonderem Maße für die wachsende Zahl älterer Menschen. (2) Gewaltdelikte mit schwerwiegenden Folgen sind in Deutschland weiterhin selten, und noch seltener sind ältere Menschen das Opfer schwerwiegender Gewalt. Zudem sind die schweren Gewalt- und Tötungsdelikte, denen ältere Menschen zum Opfer fallen, überwiegend Beziehungstaten im sozialen Nahraum und deshalb (abgesehen vom Bereich der Verbesserung der Bedingungen im Bereich der familiären wie institutionellen Pflege) durch präventive ebenso wie durch repressive Strategien allenfalls marginal zu beeinflussen. Dagegen sind Rechtsverstöße im Straßenverkehr mit Gefährdung von Menschenleben und damit auch das Opferrisiko einer effektiven präventiven Beeinflussung durchaus zugänglich.

Grund für die überproportionale Häufigkeit schwerer und tödlicher Unfallfolgen bei betagten Unfallbeteiligten ist, dass die Fähigkeit, einer drohenden Unfallsituation rechtzeitig auszuweichen, im Alter deutlich herabgesetzt ist. So war in den letzten Jahren nahezu jeder zweite tödlich verletzte Fahrradfahrer oder Fußgänger mindestens 65 Jahre alt. Die Geschwindigkeit der beteiligten Verkehrsteilnehmer, insbesondere von Kraftfahrzeugen bei Zusammenstößen mit schwächeren Verkehrsteilnehmern, ist dabei der entscheidende Risikofaktor. Dass dieses Risiko sich durchaus wirksam beeinflussen lässt, ist durch zahlreiche Studien belegt.

Die MASTER-Studie (Managing Speed of traffics on European roads, 1996–1998) im Auftrag der EU-Kommission zu den Auswirkungen der Geschwindigkeiten auf das Unfallgeschehen kam zum Ergebnis, dass die Zahl der Unfälle mit Verletzungsfolge durch eine Absenkung der Durchschnittsgeschwindigkeit effektiv verringert werden kann. Die „Massnahmebeurteilung VESIPO“ im Auftrag des Eidgenössischen Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK und des Bundesamtes für Strassen ASTRA kommt aufgrund der Ergebnisse einer Studie des Prognos-Instituts Basel (Abel/Matthes 2001) zu der Erwartung, dass bei einer Reduzierung des Geschwindigkeitsniveaus von 45 km/h auf 39 km/h in Gemeinden mit über 100.000 Einwohnern eine Reduktion der Wahrscheinlichkeit, als Fußgänger bei einer Kollision mit einem Personenwagen getötet zu werden, um die Hälfte eintritt. Innerorts seien „50 Prozent der Getöteten sowie 20 Prozent der Verletzten durch das Tempo 30 Regime zu verhindern“, ebenso wird für verkehrsorientierte Straßen durch geeignete Geschwindigkeitsbegrenzungen ein Rückgang in ähnlicher Größenordnung erwartet (Schweizerische Beratungsstelle für Unfallverhütung *bfu*, 2001, K 09, Seite 2 f.; Abel, Matthes 2001). Durch die Ausschöpfung des präventiven Potenzials derartiger Maßnahmen könnten weit mehr Todesfälle von Kindern und Senioren verhindert werden, als in der PKS – außerhalb des Straßenverkehrs – überhaupt erfasst sind. Die in Abbildung 16 dargestellte Projektion der Zahl der im Straßenverkehr Getöteten stellt – das soll hier nochmals betont werden – keine Prognose oder Prophezeiung dar. Sie zeigt, mit welcher Entwicklung aufgrund einer absehbaren demografischen Entwicklung hin zu einem höheren Anteil älterer Menschen in der Bevölkerung zu rechnen ist, *wenn* wir von den derzeit beobachteten Verunglückten- und Getötetenzahlen ausgehen und unterstellen, dass keine Maßnahmen ergriffen werden, die der Zunahme des Anteils in besonderem Maße verletzlicher und durch fatale Unglücksverläufe besonders gefährdeter Bevölkerungsgruppen in der Bevölkerung Rechnung tragen. Aus einer solchen Projektion folgt nicht, dass es so kommen muss; es folgt vielmehr, dass präventive Maßnahmen, die der Geschwindigkeitsabhängigkeit des Risikos von Unglücksabläufen mit fatalem Ausgang Rechnung tragen, geeignet sind, einer sonst zu erwartenden ungünstigen Entwicklung gegenzusteuern.

Zusammenfassung und Folgerungen

1. Die statistischen Ämter des Bundes und der Länder haben aufgrund der beobachtbaren Veränderungen wichtiger demografischer Parameter, insbesondere der sogenannten ‚natürlichen Bevölkerungsbewegung‘ in Abhängigkeit von Lebenserwartung und Geburtenrate, Vorausrechnungen zur erwarteten Entwicklung von Bevölkerungsstruktur und -umfang angestellt. Ausgehend von den derzeit beobachteten altersspezifischen Häufigkeitszahlen der polizeilich registrierten Tatverdächtigen kann abgeschätzt werden, welche Veränderungen in Umfang und Struktur der Helfeldkriminalität als Folge der angenommenen demografischen Veränderungen erwartet werden können. Ziel ist nicht eine Prognose oder Prophezeiung der künftigen Entwicklung (die von weiteren als nur demografischen Einflussgrößen abhängt, insbesondere von wirtschaftlichen und von sozialpolitisch bedingten Einflüssen); vielmehr soll aufgezeigt werden, in welchem Umfang Entwicklungen zu erwarten sind, die alleine durch die angenommenen demografischen Veränderungen erklärbar sind, so dass auch ein Bezugsrahmen zur Verfügung steht, der erkennen lässt, welche gegebenenfalls darüber hinausgehenden künftigen Veränderungen durch andere als demografische Einflussgrößen erklärt werden müssen.
2. In den *absoluten* Zahlen der polizeilichen Kriminalstatistik haben sich die demografischen Verschiebungen bereits bemerkbar gemacht: Die Zunahme der Zahl der registrierten Tatverdächtigen von 1993 bis 2006 um etwa 230.000 ging zu mehr als 4/5 auf die Zunahme der Zahl der Tatverdächtigen ab 40 Jahren zurück. Die absoluten Zahlen der registrierten Taten und Tatverdächtigen, die über lange Zeit – und zum Teil sehr erheblich – angestiegen waren, nahmen in den letzten Jahren ab. Da die verschiedenen Altersgruppen am registrierten Kriminalitätsaufkommen sehr unterschiedlich beteiligt sind, wird sich zusätzlich zum langfristig erwarteten Rückgang des Bevölkerungsumfangs bereits kurz- und mittelfristig die Verschiebung der Anteile der verschiedenen Altersgruppen auswirken. Der erwartete Effekt der Verschiebungen in der Altersstruktur auf das registrierte Kriminalitätsaufkommen insgesamt wird noch bis 2030 deutlich höher sein als der Effekt des Rückgangs der Gesamtbevölkerung, der sich erst ab Mitte der 2030er Jahre als dann entscheidende Einflussgröße auswirken dürfte. Vor allem in den nächsten 20 Jahren sind also erhebliche Umschichtungen in der Altersstruktur der registrierten Tatverdächtigen zu erwarten: Während die Zahl der Tatverdächtigen ab 40 Jahren 1993 noch derjenigen der 18- bis unter 25-Jährigen gleich war, dürfte ihre Zahl etwa ab dem Jahr 2030 das Doppelte der besonders aktiven Gruppe der 18- bis unter 25-Jährigen ausmachen.
3. Mit dem drastischen Rückgang der Zahl und des Anteils junger und jungerwachsener Tatverdächtiger wird indessen die Kriminalität nicht verschwinden. Insbesondere in Hinblick auf die Fälle schwerer und schwerster Kriminalität ist festzuhalten, dass nicht die schwere Kriminalität, sondern eher die Bagatelldelinquenz die typische Domäne junger Menschen ist. Bezüglich der hohen und langfristig erheblich gestiegenen Belastung junger Tatverdächtiger im Bereich der polizeilich registrierten Gewaltdelikte ist zu bedenken, dass die beobachtete Zunahme nach kriminologischen Untersuchungen mehr auf Veränderungen im Anzeigeverhalten als auf tatsächliche Änderungen zurückgeführt wird. Zu erwarten ist, dass die quantitative Entwicklung des registrierten Deliktsaufkommens insgesamt vor allem durch den Rückgang bei jugendtypischen leichten Deliktsformen geprägt sein wird, die ohnehin den größten Teil der registrierten Delinquenz ausmachen. Gemessen an der bisher beobachteten Entwicklung (die über lange Zeit durch erhebliche, nur sehr begrenzt auf demografische Veränderungen zurückgehende) Zunahmen gekennzeichnet war, ist der abzusehende Effekt demografischer Veränderungen allerdings als relativ begrenzt einzuschätzen. Eine günstige Beeinflussung der künftigen Kriminalitätsentwicklung sollte daher weniger von dem weiteren Rückgang der Anteile junger Menschen erwartet werden als viel-

mehr von einer Umsetzung der Einsicht in die Bedeutung günstiger, integrationsfördernder bildungs- und sozialpolitischer Rahmenbedingungen.

4. Eine Konzentration auf die Gefährdung (vor allem alter Menschen) durch (vor allem junge) Gewalttäter ist aus kriminologischer Sicht wenig begründet. Gewaltdelikte spielen sich überwiegend innerhalb des sozialen Nahraums und innerhalb benachbarter Altersgruppen ab. Vor allem die (medial geschürte) Angst vor einer einseitigen Gefährdung alter Menschen durch junge Gewalttäter ist sachlich wenig begründet.
5. Gewaltdelikte mit tödlichem Ausgang zu Lasten erwachsener oder älterer Opfer sind überwiegend Konflikttaten, die einer präventiven Beeinflussung nur schwer zugänglich sind. Eine ausgeprägt altersabhängige Opfergefährdung zu Lasten betagter Menschen, die wir (anders als im Bereich Opfergefährdung durch ‚konventionelle‘ Kriminalität, wie sie die PKS registriert) im Bereich des Straßenverkehrs finden, kann dagegen nach dem verfügbaren Erkenntnisstand durch präventive Maßnahmen durchaus effektiv beeinflusst werden.
6. Die hier angestellten Berechnungen beziehen sich auf bekannt gewordene und registrierte Vorgänge, also auf das sogenannte Hellfeld. Nicht übersehen werden darf, dass ein erheblicher – und vermutlich überwiegender – Teil schwerster Rechtsgutverletzungen sich im sozialen Nahraum ereignet und typischerweise im Dunkelfeld verbleibt. Dies gilt für die Fälle schwerwiegender Vernachlässigung oder (auch sexueller) Gewalt gegen Kinder im sozialen Nahraum (durch Eltern oder erwachsene Familienangehörige); es gilt auch für die Fälle der Misshandlung pflegebedürftiger Senioren in Pflegeeinrichtungen oder durch überforderte pflegende Familienangehörige. Neben einer Stützung der pflegenden Angehörigen sind hier zum Schutz weitgehend hilfloser Pflegebedürftiger (ebenso wie zum Schutz von Kindern im Vorschulalter) Maßnahmen geboten, die eine frühzeitige Erkennung sowie die rechtzeitige Einleitung stützender und nötigenfalls intervenierender Maßnahmen sicherstellen.

Literatur

- Abel, Heiko; Matthes, Ulrike*, 2001: Auswirkungen einer flächendeckenden Einführung von Tempo 30 innerorts auf die Unfallzahlen in der Schweiz. Prognos AG, Basel
- Bundeskriminalamt Wiesbaden* (Hrsg.), 2007: Polizeiliche Kriminalstatistik Bundesrepublik Deutschland, Berichtsjahr 2006. Wiesbaden 2007
- Coester, Marc*, 2003: Gewalt gegen alte Menschen. Bestandsaufnahme und Ergebnisse des Workshops. In: Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (Hrsg.): Prävention von Gewalt gegen alte Menschen – private Initiativen, 32-43
- Heinz, Wolfgang; Spiess, Gerhard*, 2003: Projektion der Zahl der Tatverdächtigen bis 2020. In: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hrsg.): Statistisch-prognostischer Bericht 2003, Stuttgart 2003, 221-243
- Heinz, Wolfgang*, 2005: Kriminalität in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung der Jugend- und Gewaltkriminalität [http://www.uni-konstanz.de/rtf/kik/Heinz_Kriminalitaet_in_Deutschland.htm]
- Heinz, Wolfgang*, 2007: Wie sicher lebt man in Deutschland? Fakten zur Kriminalitätslage und Folgerungen für eine wissenschaftsbasierte Kriminalpolitik, Fukuoka 2007, [www.uni-konstanz.de/rtf/kis/Heinz_Wie_sicher_lebt_man_in_Deutschland_he310.pdf]
- Heinz, Wolfgang*, 2007a: „Besorgniserregend“, „dramatisch“ ... Einige aktuelle Daten zur Einordnung und Bewertung der kriminalpolitischen Diskussion. ZJJ 2007, 65-74
- Heinz, Wolfgang*, 2007b: Kriminalität und ihre Messung in den amtlichen Kriminalstatistiken. Kriminalstatistik 5/2007, 301-308

- Höfer, Sven, 2000: Soziodemografische Merkmale von Täter-Opfer-Konstellationen. *Kriminalistik* 54, 11: 711-715
- Kerner, Hans-Jürgen, 1993: Kriminalstatistik. In: *Kaiser, Günther und andere* (Hrsg.): *Kleines Kriminologisches Wörterbuch*. 3. Auflage Heidelberg, 294-301; *Heinz, Wolfgang*, 2007: Kriminalität und ihre Messung in den amtlichen Kriminalstatistiken. *Kriminalistik* 5/2007, 301-308
- Maschke, Werner, 2003: Kinder- und Jugenddelinquenz. Stimmt das Schreckgespenst von den ‚gewalttätigen Kids‘? In: Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): *Der Bürger im Staat. Sicherheit und Kriminalität*. Heft 1/2003: 19-24
- MASTER - Managing Speeds of Traffic on European Roads. Final Summary Report, 1999 [<http://cordis.europa.eu/transport/src/masterrep.htm>]
- PKS (Polizeiliche Kriminalstatistik), herausgegeben vom Bundeskriminalamt: online verfügbar unter: <http://bka.de/pks>
- Schweizerische Beratungsstelle für Unfallverhütung bfu, 2001: „Massnahmebeurteilung VESIPO“ im Auftrag des Eidgenössischen Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK und des Bundesamt für Strassen ASTRA. Forschungsauftrag ASTRA 2000/447, Erarbeitung der Grundlagen für eine Strassenverkehrssicherheitspolitik des Bundes, Zusatzband zum Schlussbericht (Massnahmenbeschreibungen im Detail) Bern 2001
- Spiess, Gerhard, 1993: Kriminalprognose. In: *Kaiser, Günther; Kerner, Hans-Jürgen; Sack, Fritz; Schellhoss, Hartmut* (Hrsg.): *Kleines Kriminologisches Wörterbuch*. 3. Auflage Heidelberg 1993, 286-294
- Spiess, Gerhard, 2005: Jugendkriminalität in Deutschland. Kriminalstatistische und kriminologische Befunde [www.uni-konstanz.de/rtf/gS/G.Spiess-Jugendkriminalitaet.htm]
- Statistisches Bundesamt Wiesbaden (Hrsg.), 2006a: 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung – Annahmen und Ergebnisse [http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pk/2006/Bevoelkerungsentwicklung/Annahmen__und__Ergebnisse]
- Statistisches Bundesamt Wiesbaden (Hrsg.), 2006b: Ausführliche Ergebnisse der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (Excel-Tabellen) [<http://www.destatis.de>]
- Statistisches Bundesamt Wiesbaden (Hrsg.), 2007a: Unfälle von Senioren im Straßenverkehr 2006. Wiesbaden 2007
- Statistisches Bundesamt Wiesbaden (Hrsg.) 2007b: Kurzinformation zur Verkehrsunfallstatistik – Unfälle von Senioren im Straßenverkehr 2006. Wiesbaden 2007
- Statistisches Bundesamt Wiesbaden (Hrsg.) 2007c: Verkehrsunfälle. Fachserie 8 Reihe 7
- Statistisches Bundesamt Wiesbaden (Hrsg.) 2007d: Verkehrsunfälle. Zeitreihen, erschienen am 27.08.2007
- Steffen, Wiebke, 2007: Jugendkriminalität und ihre Verhinderung zwischen Wahrnehmung und empirischen Befunden. Gutachten zum 12. Deutschen Präventionstag am 18. und 19. Juni 2007 in Wiesbaden. Kongresskatalog, Hannover, 181-227 [http://www.praeventionstag.de/Kriminalpraevention//Module/Dokumentationen/Gutachten_F222-227.pdf].
- Wetzels, Peter; Greve, Werner; Mecklenburg, Eberhard; Bilsky, Wolfgang; Pfeiffer, Christian, 1995: *Kriminalität im Leben alter Menschen. Eine altersvergleichende Untersuchung von Opfererfahrungen, persönlichem Sicherheitsgefühl und Kriminalitätsfurcht*. Stuttgart/Berlin/Köln 1995 (KFN)

Roland Kaestner

Demographischer Wandel – Konsequenzen und Chancen für äußere Sicherheit und Verteidigung

1 Einleitung

Der Beitrag beruht auf einem Vortrag im November 2007 in Wiesbaden während eines Workshops des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung zum Thema Bevölkerungsentwicklung und Sicherheit. Der Vortrag befasste sich schwerpunktmäßig mit den Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung auf die zukünftige deutsche Sicherheitspolitik und die Entwicklung der deutschen Streitkräfte der Zukunft.

Der Einfluss des demographischen Wandels auf den Bereich der äußeren Sicherheit und das Instrument der Streitkräfte ist ein Untersuchungsfeld der strategischen Zukunftsanalyse. Unter „Strategischer Zukunftsanalyse“ wird hier die systematische Suche von sicherheitsrelevantem Veränderungspotenzial mit allen verfügbaren wissenschaftlichen Methoden zur Reduzierung von Ungewissheiten und Unsicherheiten verstanden. Das wirft die Frage auf, was wir über die Zukunft wissen können. Ohne hier die gesamte wissenschaftliche Diskussion zu wiederholen, soll diese Frage kurz geklärt werden. Dabei wird in diesem Beitrag davon ausgegangen, dass niemand im Bereich der Sozialwissenschaften – im Gegensatz zu den Naturwissenschaften – in der Lage ist, über allgemeine Gesetze zukünftige Ereignisse vorherzusagen. In diesem Sinne sind empirische Trends, wie sie üblicherweise in den Sozialwissenschaften verwendet werden, auch kein Ersatz für allgemeine Gesetze (*Popper* 1964). „Die Mängel soziologischer Prognosen ergeben sich hauptsächlich aus der Komplexität sozialer Ereignisse, aus ihrer gegenseitigen Verflechtung und aus dem qualitativen Charakter soziologischer Begriffe. Doch obwohl die Soziologie aus diesem Grunde an mangelnder Präzision leidet, geben ihre qualitativen Begriffe ihr gleichzeitig einen gewissen Reichtum und eine gewisse Weite des Verstehens“ (*Popper* 1964: 30) Aber auch aus grundsätzlichen Erwägungen wird es niemals möglich sein, soziale Ereignisse mit der gleichen Präzision wie naturwissenschaftliche in der klassischen Physik zu prognostizieren. Da wir Teil des sozialen Ereignisses sind und wir darüber hinaus mit der Prognose Einfluss auf zukünftige Ereignisse nehmen können, sind exakte und detaillierte wissenschaftliche Sozialprognosen unmöglich (*Popper* 1964: 11). Die Zukunft ist offen, und alle beteiligten Akteure konstruieren Zukunft mit. Doch diese Zukunft wird von den Gesetzen, Rahmenbedingungen aber auch Möglichkeiten der kosmologischen, biologischen und zivilisatorischen Evolution bestimmt (vergleiche dazu *Görnitz/Görnitz* 2002: 31 f.). Durch Ausdifferenzierung dieser Prozesse lassen sich zwar neue Entwicklungen denken, doch keiner dieser Prozesse kann gegen die Gesetze und Rahmenbedingungen der drei vorhergenannten evolutionären Prozesse verstoßen. Dies lässt nur endlich viele Zukünfte zu, weil nicht alles möglich ist. Betrachten wir sie als mögliche Zukünfte, so können wir Richtungen erkennen, können Handlungspfade aufzeigen, können später sogar prüfen, warum bestimmte Entwicklungen entgegen unseren Erwartungen einen anderen Verlauf genommen haben.

Die strategische Zukunftsanalyse kann analog zu einer komplexen Gleisanlage Bilder entwickeln, mit denen wir Zukunft vage in möglichen Richtungen beschreiben können. Sie bietet dann die Option, ähnlich den Weichen im Bild, Handlungspfade und Entscheidungsbedarf sowie deren Folgen zu interpretieren. Damit kann sozialwissenschaftlich abgestützte, langfristige Zukunftsbetrachtung politischen Entscheidungsbedarf identifizieren und Handlungsoptionen aufzeigen, die mit Hilfe von Methoden der Risikoanalyse sinnvolles Handeln zur Minimierung von Ungewissheits- und Unsicherheitsproblemen ermöglicht.

Vernetztes Denken erfordert, sich zu verdeutlichen, dass die demographische Entwicklung auf den ganzen zivilisatorischen Entwicklungsprozess (Elias 1995) in allen seinen Facetten wirkt und zudem nicht isoliert von den anderen Einflussfaktoren der verschiedenen Trendfelder betrachtet werden kann. Leider wissen wir heute noch relativ wenig über die Zusammenhänge zwischen den Trends und ihren Wechselwirkungen. Dennoch wird deutlich, dass eine Reduktion der Fragestellung auf das Trendfeld „Demographie“ nur ein erster systematischer Schritt sein kann, der durch eine Erweiterung auf andere Trendfelder (zum Beispiel Umwelt & Ressourcen, Wissenschaft & Technologie, Kultur et cetera) ergänzt werden muss. Allein für das Trendfeld Demographie lassen sich vier Ebenen der Wechselwirkung identifizieren. Auf der untersten Ebene lassen sich aus quantitativen und qualitativen Entwicklungen der Demographie Folgerungen für die Sicherheit ableiten (zum Beispiel eine wachsende Zahl von Menschen erfordert eine größere Ernährungs-, Energie- und Gesellschaftsbasis, und so weiter). Auf der zweiten Ebene ergeben sich aus anderen Trendfeldern wiederum Folgerungen für die Demographie (zum Beispiel mindert die Erosion von Böden die Ernährungsbasis und reduziert die Zahl der Menschen, die aus einem solchen Raum ernährt werden können). Auf einer dritten Ebene kann man Folgerungen aus der Wechselwirkung der vorgenannten Ebenen ziehen (zum Beispiel kann entweder die größere Zahl von Menschen bei geringerer Ernährungsbasis zu einem gewaltsamen Kampf ums Überleben oder auch zur Migration in andere Räume führen, die Überlebenschancen bieten; aber auch Mischformen sind denkbar). Auf einer vierten Ebene kann man auch abstraktere Schlussfolgerungen aus Wirkungen und Wechselwirkungen (zum Beispiel Theorem „Youth Bulge“) für die Trendfelder Gesellschaft, Wirtschaft und Politik ziehen (vergleiche dazu Heinsohn 2003; Urdal 2004).

Kollektives menschliches Handeln kann, so es sich stabil wiederholt, zu so genannten Trends zusammengefasst werden. Trends sind erkennbare Richtungen von statistisch nachweisbaren Entwicklungen, die auf Grund der Analyse und der Erfahrung vergangener Ereignisse gewonnen werden und deren zeitliches Fortdauern über Theorien, Modelle, Theoreme angenommen wird. Solche Trends lassen sich in Kurven unterschiedlichster Art darstellen von der linearen Extrapolation, über algebraische Kurven bis hin zu exponentiellen sowie logistischen Kurven. Sie alle ermöglichen die Beschreibung von Wachstumspotenzialen und damit Zukunftsräumen. Sie ermöglichen Aussagen über ein unbekanntes, unsicheres, in einem zukünftigen zeitlich, räumlich und sachbezogen abgegrenzten Umfeld und beschreiben mögliche Ereignisräume und -strukturen. Mit Trends kann man daher die Komplexität der Welt auf einige wesentliche Züge reduzieren, mit ihrer Hilfe können Szenarien beschrieben werden, die als Grundlage komplexerer Analysen dienen. – Die Auswertung einer umfangreichen, mit sicherheitspolitischen Fragestellungen zusammenhängenden Literatur hat aber – und dieses ist dem Ziel einer Komplexitätsreduzierung zunächst zuwider gelaufen – eine große Zahl von Trends und Tendaussagen erbracht, die in ihrer Qualität und Quantität ungeordnet nebeneinander standen, die zu strukturieren und zu hierarchisieren waren, um sie sowohl für die zu gewinnenden Folgerungen als auch für die Wechselwirkungen zwischen den Tendaussagen nutzbar zu machen. Hier wird einer Einteilung in sieben Trendfelder gefolgt, unter denen alle Trends und Tendaussagen zusammengefasst werden konnten. Diese sieben Trendfelder sind:

- Demographische Entwicklung,
- Ressourcen- und Umweltentwicklung,
- Wissenschafts- und Technologieentwicklung,
- Kulturelle Entwicklung,
- Gesellschaftliche Entwicklung,
- Wirtschaftliche Entwicklung sowie
- Politische Entwicklung.

Ein Erklärungsmuster, mit dem man diese Trendfelder verbinden kann, ist der bereits erwähnte Zivilisationsprozess. Was unter Zivilisationsprozess zu verstehen ist, füllt Bibliotheken und geht bis auf Adam Smith und Immanuel Kant zurück. Wir folgen hier der Beschreibung des Phänomens durch Norbert Elias in seinem Werk „Über den Prozess der Zivilisation“. Danach definiert er diesen als die „Pläne und Handlungen, emotionale und rationale Regungen der einzelnen Menschen, die beständig freundlich oder feindlich ineinander greifen. Die fundamentale Verflechtung der einzelnen, menschlichen Pläne und Handlungen kann Wandlungen und Gestaltungen herbeiführen, die kein einzelner Mensch geplant oder geschaffen hat. Aus ihr, der Interdependenz der Menschen, ergibt sich eine Ordnung von ganz spezifischer Art, eine Ordnung, die zwingender und stärker ist als Wille und Vernunft der einzelnen Menschen, die sie bilden.“ (Elias 1995: 314) Dieser Prozess der Zivilisation verändert das Verhalten und Empfinden der Menschen in einer spezifischen Richtung.

Die Basis für diesen Prozess ist die Erfüllung beziehungsweise Befriedigung und Weiterentwicklung der menschlichen Bedürfnisse, wie sie exemplarisch in *Maslows* Bedürfnispyramide dargelegt sind. Diese Pyramide hat historisch auf allen Ebenen inhaltliche Änderungen und Weiterungen erfahren, die erst bei Erreichen bestimmter Stufen des zivilisatorischen Entwicklungsprozesses möglich waren und sicher auch noch nicht endgültig abgeschlossen sind. Diese Bedürfnisse, die das Individuum antreiben, fördern die Interdependenz, von der *Elias* schreibt.

Auch wenn *Elias* vorwiegend aus Sicht des Soziologen und Psychologen die gesellschaftliche Entwicklung des Zivilisationsprozesses beschreibt, so ist unverkennbar, dass ihm die Zusammenhänge und Wechselwirkungen mit der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung (*Elias* 1995: 436 f.) vertraut sind. Der zivilisatorische Prozess ist damit selbst so etwas wie ein Trend, der in einem dialektischen Prozess durch die beteiligten Akteure gemäß ihrer Interessen- und Bedürfnisbefriedigung vorangetrieben wird. Er ist die Idee eines überindividuellen Lernprozesses, der schon von *Kant* in seiner Fortschrittsidee erfasst wurde. Diese Idee hilft, Geschichte als sinnvollen Ablauf aufzufassen, und ermöglicht und rechtfertigt Handlungen, Handlungsspielräume und Strategien.

Dieser Ansatz wird zu einer Art Grundmodell des Zivilisationsprozesses erweitert, mit dem die Trends strukturiert, hierarchisiert und ihre Wechselwirkungen dargestellt werden können. Als Treiber des zivilisatorischen Prozesses werden die Trendfelder Demographieentwicklung, Ressourcen- und Umweltentwicklung, wissenschaftlich-technologische sowie kulturelle Entwicklung, als ausformende Elemente des zivilisatorischen Prozesses die Trendfelder wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Entwicklung betrachtet. Während *Elias* hinter dem Zivilisationsprozess den Trend zur Monopolisierung in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sieht, wirkt sich andererseits sicherlich auch die Bedürfnisbefriedigung im Sinne *Maslows* besonders aus, die allerdings im Ergebnis solche Phänomene hervorbringt. Wenn sich der Egoismus des einzelnen mit der Erkenntnis verbindet, dass sich die Erfüllung seiner Bedürfnisse leichter im Kollektiv bewältigen lässt, entsteht der Antrieb des „kollektiven Egoismus“. Dieser wird in der Spieltheorie „Win-Win-Spiel“ genannt, führt in der Organisations- und Gesellschaftstheorie zu einer immer komplexeren Arbeitsteilung und gegenseitigen Abhängigkeit. *Adam Smith* (erster Nationalökonom) nennt ihn in seinem Werk „Reichtum der Nationen“ einen Mechanismus, der die Systeme der politischen Ökonomie antreibt, die „unsichtbare Hand“ (Eigennutz als Triebfeder der Ökonomie). Und er beschreibt damit einen Prozess der Selbstorganisation (vergleiche *Smith* 2004: 9 f.).

Die zivilisatorische Entwicklung im obigen Sinne vollzieht sich in einem wechselseitigen Prozess. Zwar kann man kein endgültiges Ziel ausmachen, außer, dass der Zivilisationsprozess ermöglicht, dass in seinem Verlauf die Bedürfnisse und Interessen von immer mehr Menschen auf einem ansteigenden Niveau gesichert werden können. Damit hat der Prozess eine Richtung. Doch lassen sich durch das egoistische Verhalten der einzelnen Akteure auch Phasen

denken, in denen der Prozess durch Auflösung (Gewaltökonomien) beziehungsweise Umgestaltung vorhandener Interdependenz (Schöpferische Zerstörung) rückläufig ist oder stagniert; darüber hinaus kann er seine Geschwindigkeit verändern (vergleiche dazu *Kurtenbach/Lock* 2004; *Schumpeter* 1993: 138; *Rosa* 2007). Dies kommt in entsprechenden Trends oder auch Gegentrends zum Ausdruck.

Allgemein kann man sagen: Der Prozess der Zivilisation ist dadurch gekennzeichnet, dass sich immer größere wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Einheiten in einem quantitativen und qualitativen Sinne bilden. Das ist es, was *Elias* die Monopolisierung nennt. Der Motor für diesen Prozess ist der Egoismus der einzelnen Menschen beziehungsweise Gruppen, der gedämpft wird durch die Option Kooperation, man könnte also diesen Antrieb kooperativen Egoismus nennen. In diesem Sinne erfüllt die wirtschaftliche Entwicklung den Zweck, die materiellen Voraussetzungen für die Bedürfnisbefriedigung auf allen Ebenen der *Maslowschen* Bedürfnispyramide zu schaffen.

Die Entwicklungsrichtung, die erkennbar ist, könnte man wie folgt umschreiben. Um die wachsende Bedürfnis- und Interessenbefriedigung in der Entwicklungsgeschichte der Menschheit materiell sicherzustellen, ist es notwendig, dass die wirtschaftlichen Einheiten, in denen Menschen agieren, ständig quantitativ und qualitativ wachsen. Dabei kommt es durch eine sich immer stärker ausdifferenzierende Arbeits- und Funktionsteilung zu einer Ausweitung der Interdependenzketten, das heißt, die Abhängigkeiten zwischen den einzelnen Menschen, Menschengruppen, Gemeinschaften, Staaten et cetera nehmen zu. Voraussetzung für eine solche Entwicklung ist jedoch die tendenzielle Abnahme von Gewalt innerhalb der wirtschaftlichen Einheiten und, abhängig von der Interdependenz zu anderen Einheiten, auch zwischen solchen. Dazu *Elias*: „Ungeordnete und geordnete Monopole der physischen Gewaltausübung und der wirtschaftlichen Konsumtions- und Produktionsmittel sind unaufhebbar miteinander verbunden ... Beide zusammen produzieren in dem gesellschaftlichen Gewebe, je nach ihrem Stand, spezifische Spannungen, die zu Veränderungen dieses Gewebes hindrängen. Beide zusammen bilden das Schloss der Ketten, durch die sich die Menschen gegenseitig binden.“ (*Elias* 1995: 436 f.) Anders ausgedrückt, die Risiken für die Akteure, ihre Bedürfnisse nicht zu erreichen, müssen minimiert werden, die Bedürfnisbefriedigung muss relativ gesichert sein.

Wirtschaftliche Bedürfnisbefriedigung mit Gewalt wirkt dem entgegen und funktioniert nur so lange, wie natürliche Ressourcen und Umwelt ausreichen. Ansonsten kommt es zu einer ständigen Bedrohung der eigenen Ressourcen und der eigenen Umwelt, der man nicht ausweichen kann, und damit zu einer Bedrohung des eigenen Überlebens. Dies widerspricht dem Grundbedürfnis nach Sicherheit und ist deutlich an der Entwicklung von den Jäger- und Sammlergesellschaften über die Agrar- und Händlergesellschaften zu den Industrie- und postindustriellen Gesellschaften erkennbar. Darüber hinaus behindert oder zerstört ein hoher Gewaltpegel in einer Gesellschaft oder zwischen Gesellschaften je nach Entwicklungsstand auf Dauer das feine Netz der gegenseitigen Abhängigkeiten und des dazu notwendigen entstandenen Vertrauens. Es reduzieren sich die Möglichkeiten, eine komplexe ökonomische Arbeitsteilung aufrechtzuerhalten oder zu entwickeln. Die Fähigkeit, die Bedürfnisse einer großen Zahl von Menschen zu befriedigen, schwindet; Hunger, Krankheit und Krieg reduzieren den Umfang der Menschen einer Region auf das Maß, das aus den natürlichen Ressourcen der betreffenden Umwelt ernährbar ist.

Generell kann man von dem einfachen Modell ausgehen, dass positives Bevölkerungswachstum diesen Prozess der Differenzierung verstärkt, negatives Wachstum die Interdependenzketten reduziert, mit Konsequenzen für den Einfluss der betroffenen Gesellschaften. Doch wird man in jedem Einzelfall näher hinschauen müssen, welche Wechselwirkungen Bevölkerungswachstum mit den anderen Trendfeldern produziert.

Die wachsende wirtschaftliche Einheit sowie das Bedürfnis nach Sicherheit erfordern eine politische Organisation, die der Größe und Komplexität des wirtschaftlichen Organisationsgrades entspricht. Zurzeit ist dies ablesbar an den politischen Anstrengungen der Staatenwelt, im Zuge der wirtschaftlichen Globalisierung die politische Kontrolle zu behalten. Politische Einheiten haben daher auch die Tendenz, quantitativ und qualitativ zu wachsen. Die Funktion dieses Prozesses dient im Wesentlichen dem Zweck, Sicherheit im Sinne der Bedürfniserfüllung für die wirtschaftliche Einheit zu schaffen. Dies wird durch den Prozess des innergesellschaftlichen Gewaltmonopols erreicht. Das Gewaltmonopol dient gleichzeitig dem Schutz vor Gewalt wie auch der Durchsetzung von Interessen und Bedürfnissen der jeweiligen politischen Einheit nach außen. Dieser Prozess wird ergänzt durch eine sich entwickelnde Rechtsordnung, die sich am Ideal der Gerechtigkeit orientiert, deren Hauptfunktion jedoch Rechtssicherheit ist und die damit Verhaltenssicherheit innerhalb der politischen und wirtschaftlichen Einheit gewährleisten soll. Sie ist ein Gewaltsurrogat.

Gewaltmonopol und Rechtssicherheit lassen sich allerdings nicht allein auf dem politischen Wege herstellen. Notwendig ist darüber hinaus – und dieses fordern die wachsenden wirtschaftlichen und politischen Einheiten – ein immer größeres Maß quantitativer und qualitativer gesellschaftlicher Selbstorganisation und damit sozialer Kontrolle, die die Menschen einer gesellschaftlichen Einheit leisten müssen. Auch die Selbstorganisation erfordert Vertrauen in die Sicherheit, das heißt, in die Gewaltfreiheit und Rechtssicherheit der wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Prozesse. Mit der Differenzierung der gesellschaftlichen Strukturen und Prozesse der Interdependenz zwischen den Akteuren tritt an die Stelle äußerer Gewalt der Selbstzwang (*Elias* 1995: 313). Erst dieser Selbstzwang (soziale Kontrolle) erklärt, warum so stabilisierte Gesellschaften mit relativ geringen Ordnungs- und Sicherheitskräften auskommen, solange es ihnen gelingt, diesen kulturellen Prozess von Generation zu Generation unter Berücksichtigung der Zuwanderung aufrechtzuerhalten und entsprechend ihrer politischen und wirtschaftlichen Entwicklung weiter zu treiben. Diese gesellschaftlichen Entwicklungen ergänzen die vorher beschriebenen Prozesse wirtschaftlicher und politischer Art und bilden gemeinsam das Schloss der Ketten, durch die sich die Menschen gegenseitig binden (*Elias* 1995: 437 f.).

Dieser Zivilisationsprozess verlief in verschiedenen Räumen aus den gleichen Beweggründen (Bedürfnisbefriedigung) und ist im Kern ein kultureller Prozess, der aber von keiner spezifischen Kultur abhängig (*Elias* 1995: 338) ist. Ständige quantitative und qualitative Erweiterung der wirtschaftlichen und politischen Einheiten sowie parallel dazu eine Steigerung der quantitativen und qualitativen Fähigkeit zur gesellschaftlichen Selbstorganisation treiben ihn von Kultur zu Kultur unterschiedlich. Das heißt auch, dass jede Kultur, wenn nicht jede Region ihre eigenständigen Beiträge und kulturellen Unterschiede vorzuweisen hat (vergleiche dazu auch den Beitrag von *Schmid*). Trotzdem hat dieser Prozess mittlerweile globale Ausmaße (*Elias* 1995: 337) angenommen. In der Gegenwart wird dieser Prozess von der westlichen Zivilisation getragen und breitet sich mit zunehmender Geschwindigkeit (Beschleunigung) in Form der vorherrschenden Trends von wirtschaftlicher Globalisierung aus. Da der Nationalstaat aus verschiedenen Gründen die Probleme der Globalisierung nicht bewältigen kann, ist das System auf der Suche nach einer adäquaten konstruktiven Form der größeren politischen Einheit, vielleicht in Form der Multipolarität. Gleichzeitig breitet sich die gesellschaftliche Selbstorganisation aus, die den Westen wirtschaftlich und politisch so erfolgreich gemacht hat, nämlich in Form der Anerkennung der Menschenrechte und der Demokratisierung sowie der Verbreitung des Grundprinzips der Gewaltlosigkeit im zwischenmenschlichen, inner- und zwischenstaatlichen Verhältnis.

2 Wesentliche Faktoren der demographischen Entwicklung

Die demographische Entwicklung beeinflusst den Zivilisationsprozess durch die Anzahl der Menschen, die an ihm teilnehmen. In diesem Sinne soll der demographische Wandel darauf untersucht werden, welchen direkten Einfluss er auf äußere Sicherheit und Streitkräfte hat. Der über die anderen Trendfelder verlaufende Einfluss kann in diesem Beitrag aus Platzgründen nur beispielhaft erläutert werden.

Die Ausgangsbasis der zivilisatorischen Entwicklung ist der Mensch; sein Wachstum in einem gegebenen geographischen Raum ist abhängig von der Geburten- und Sterberate einer Population sowie dem menschlichen Migrationsverhalten in dem gegebenen Raum. Quantität und Qualität der demographischen Entwicklungen beeinflussen die anderen Trendfelder und wirken auf die Demographie zurück. Die Anzahl der Menschen, ihre Fähigkeiten (Bildung, Ausbildung, Organisationstalent und so weiter) und ihre Zusammensetzung (Alter, Religion, Ethnie und so weiter) sowie ihr Verhalten bestimmen die Prozesse; sie wirken sich damit auf die Sicherheit und deren Organe aus. Die quantitativen demographischen Trends haben eine hohe Stabilität, wenn man von singulären Ereignissen (sogenannten „Wild Cards“ zum Beispiel Seuchen oder Natur- und andere Katastrophen) absieht. Der Grund ist die Trägheit und die vorhandene Eigendynamik der Entwicklung, da die Kinder von heute die Eltern von morgen sind und damit Bevölkerungsentwicklungen cirka 30 bis 50 Jahre relativ sicher abzuschätzen sind. Im Folgenden werden verkürzt (siehe die anderen Artikel oben) die möglichen globalen und regionalen (Deutschland/Europa) Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung dargestellt und die dabei zu beachtenden Interdependenzen – auch unter Einbezug anderer Trendfelder – aufgezeigt.

Ein bestimmendes Merkmal der globalen demographischen Entwicklung der nächsten Jahrzehnte ist eine weiter wachsende Weltbevölkerung. Ursächlich für dieses Wachstum sind die heute schon in den Entwicklungsländern lebenden cirka zwei Milliarden Menschen unter 20 Jahren, die die zukünftige Größe der Weltbevölkerung und ihr Wachstum maßgeblich bestimmen (*Fleisch/Klingholz 2003: 68*).

Gemäß den „World Population Prospects – The 2006 Revision“ wird die Weltbevölkerung jährlich um cirka 1,2 Prozent – gegenwärtig 77 Millionen Menschen – steigen (*UN ESA*). Die mittlere Variante dieser Vorausschau errechnet für das Jahr 2050 ein Wachstum von heute cirka 6,5 Milliarden (US Bureau of Census, World Population Clock) auf 9,2 Milliarden. Bis zum Jahr 2100 wird die Zahl der Menschen weiter erhöhen und mit 12 Milliarden Menschen das Maximum erreichen, bevor sie nach 2100 kontinuierlich fallen wird.

Der Anstieg der Weltbevölkerung vollzieht sich nicht gleichmäßig, sondern differiert zwischen und innerhalb der verschiedenen Regionen: Während sich die Bevölkerungszahl der Industrienationen bis zum Jahr 2050 mit 1,2 Milliarden Menschen nahezu konstant verhält, steigt sie in den Entwicklungsländern von 5,1 (2003) auf 7,7 Milliarden. In Deutschland würde sie bei einem Wanderungssaldo von 200.000 und einer Lebenserwartung im Jahr 2050 von 87 Jahren (Frauen) beziehungsweise 81 Jahren (Männern) sogar von 83 Millionen auf 75 Millionen sinken wie in anderen OECD-Ländern auch (*Statistisches Bundesamt 2003*).

Zu dem globalen Bevölkerungszuwachs tragen in besonderem Maße die demographischen Entwicklungen in den bevölkerungsreichsten Staaten der Erde sowie in den Regionen Subsahara-Afrika, Nordafrika und Naher und Mittlerer Osten bei. Ohne acht der populationsstärksten Länder der Erde (Indien, Pakistan, Nigeria, USA, China, Bangladesch, Äthiopien, Kongo) wäre der absolute globale Bevölkerungszuwachs nur halb so groß. Von diesen Staaten verzeichnet Indien den stärksten Anstieg und wird China um das Jahr 2045 als bevölkerungsreichsten Staat ablösen (*UN ESA*).

Das stärkste relative Bevölkerungswachstum findet – trotz des bereits dämpfenden Einflusses des HIV-Virus – in Subsahara-Afrika statt, aber auch in Nordafrika und im Nahen und Mittleren Osten sind hohe Wachstumsraten zu verzeichnen, die allerdings ihren Höhepunkt dort schon erreicht haben. Gerade in der Gruppe der letztgenannten Staaten folgt aus dieser demographischen Entwicklung ein weitere Verknappung des per capita verfügbaren Frischwassers, Nahrungsmittel und Energie (*World Bank* 2000), da der Bedarf an Trinkwasser und insbesondere Wasser für die zu intensivierende Landwirtschaft drastisch steigen wird. Als weitere Konsequenz dieser demographischen Entwicklung ergibt sich für den Arbeitsmarkt dieser Region mit seiner heute schon hohen Arbeitslosenquote von 15 Prozent (Jugendarbeitslosigkeit cirka 50 Prozent), dass er schon bis 2020 mit zusätzlich 100 Millionen die Zahl der vorhandenen Arbeitsplätze nahezu verdoppeln muss, um die Arbeitslosenquote konstant zu halten, denn jährlich wächst die Zahl der auf den Arbeitsmarkt drängenden Jugendlichen um drei Prozent (*World Bank* 2008). Dieser Trend wird hier noch weiter durch Einwanderung aus den noch ärmeren Staaten Subsahara-Afrikas verschärft.

Ursächlich dafür, dass das Bevölkerungswachstum auch innerhalb von Regionen variiert, ist eine ungleiche Bevölkerungsverteilung. Sie wird besonders durch die weiter fortschreitende Verstädterung – sie wird bis zum Jahr 2030 einen Grad von 61 Prozent erreicht haben (*AAAS Atlas of Population & Environment*) – und die zunehmende Zahl an Mega-Städten mit mehr als 10 Millionen Einwohnern deutlich. Für den Trend der Urbanisierung, der fast ausschließlich in den Entwicklungsländern verzeichnet werden kann, ist neben dem natürlichen Bevölkerungswachstum der Städte insbesondere die Binnenwanderung aus den ruralen Gebieten ursächlich, in denen häufig ein Zugang zu Bildung, Arbeit, Gesundheit und damit zu Wohlstand nur einem sehr geringen Bevölkerungsanteil offen steht. Aus global-demographischer Sicht mag die Urbanisierung Vorteile bieten, weil die Kinderzahl von Stadtfrauen im Allgemeinen unter der der Landfrauen liegt, sie stellt die betroffenen Staaten und Städte aber vor große umweltspezifische (Wasserversorgung und -entsorgung, Müllbeseitigung, Luftbelastung) und infrastrukturelle Probleme (Straßen, Wohnraum, Schulen, Gesundheitsversorgung).

Die unbefriedigenden Zustände in dem ländlichen Raum der Entwicklungsländer und die nicht erfüllten Hoffnungen in den Städten sowie die über die Medien vermittelten Anreize der Moderne sind eine Ursachen für regionale Konflikte, organisierte Kriminalität, „bad governance“ und die internationale Migration. Insbesondere die Migranten, die aufgrund ökonomischer Defizite ihre Heimat verlassen (Institute for Public Affairs, Focus on Population and Migration), wählen als Ziel ihrer Wanderung – durch höhere Mobilität und schnellere Transportwege begünstigt – verstärkt die entwickelte Welt, weil sie hier bessere Zukunftschancen sehen (*Zlotnik* 1998: 429-468). Da aber eine übermäßige Migration aus den Entwicklungsländern die Aufnahmeländer vor das Problem der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Integration der Migranten stellt, handhaben diese die Einwanderung im Allgemeinen sehr restriktiv. Als einziger Ausweg verbleibt den Migranten dann die illegale Immigration: Nach Schätzungen der Internationalen Organisation für Migration (IOM) reisen gegenwärtig 300.000 Menschen jährlich in die Europäische Union illegal ein (*Opitz* 2002). Sie bestreiten ihren Lebensunterhalt aus Aktivitäten in der informellen oder (organisierten) kriminellen Wirtschaft und schwächen so den Staat.

Neben der transkontinentalen und kontinentalen illegalen Migration sind die Wanderungsbewegungen innerhalb der Europäischen Union von Relevanz, die im letzten Jahrzehnt kontinuierlich angestiegen sind und von denen durch die vertiefenden Integrationsprozesse nach der am 1. Mai 2004 erfolgten EU-Osterweiterung ein weiterer Anstieg erwartet werden kann: Da die europäischen Binnenwanderer im Allgemeinen über eine bessere Bildung und Ausbildung als von außerhalb Europas kommende Einwanderer verfügen, bietet sich für die Zuwanderungsländer die Möglichkeit, durch sie zum Beispiel den Mangel an qualifiziertem Personal zu kompensieren. Welche EU-Mitglieder allerdings Ziel dieser Wanderungen sind, hängt von der

jeweiligen Qualität der sogenannten „Pullfaktoren“ (wie Freiheitsgrad, ökonomische Verhältnisse, Arbeitsmarkt, soziale Absicherung, positive Perspektive, et cetera) und ihrer Perzeption in den Herkunftsländern ab. Der Lebensstandard und die Stimmung in einem Land bestimmen dabei ebenso wie der Arbeitsmarkt die Attraktivität eines Zuwanderungslandes.

Die Ausprägung dieser Pullfaktoren wird unter anderem durch die schon heute in Deutschland feststellbare und sich weiter verschärfende Bevölkerungszunahme der Älteren bei gleichzeitiger Bevölkerungsabnahme der Jüngeren wesentlich bestimmt. Nicht nur der Anteil der Älteren (über 60 Jahre), sondern auch deren absolute Zahl nimmt zu. Sie wächst bis 2050 um zehn Millionen, während gleichzeitig die Zahl der Menschen in der für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit wichtigen Altersgruppe von 20-60 Jahren um 16 Millionen abnimmt. Gleichzeitig wächst durch gesellschaftliche Veränderungen in diesem Alterssegment der Bedarf an Hochqualifizierten (Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung), so dass Personal aufgrund der demographischen Entwicklung für Wirtschaft und Gesellschaft immer mehr zu einer „strategischen Ressource“ wird. Dies ist allerdings auch abhängig von der Produktivität der Wirtschaft, in der zunehmend Technik Arbeitskräfte freisetzt und somit den Werte-Verteilungsmechanismus Arbeit entwertet. Die verbleibenden Mechanismen Kapitalzins, staatlicher Sozialtransfer als legale und kriminelle beziehungsweise gewaltsame Aneignung als illegale Formen der Werteverteilung werden je nach Ausprägungsgrad die Sicherheit von Gesellschaften direkt oder indirekt beeinflussen. Dies wird in allen Gesellschaften durch Ungleichverteilung der Güter zur sozialen Unsicherheit führen (vergleiche dazu *Human Development Report*). Migration kann je nach Umfang das Problem noch verstärken.

Bei der Produktion relativ einfacher Wirtschaftsgüter hat eine große Zahl von Menschen den Vorteil billiger Arbeitskräfte, insbesondere in einer globalisierten Wirtschaft. Doch High-Tech-Güter lassen sich weder in der Qualität noch in entsprechender Produktivität (Kostenfaktor) durch Massenarbeitskräfte herstellen, sondern nur durch Maschinen. Das bedeutet, dass Gesellschaften mit großer Bevölkerung beim Übergang zur modernen Industriegesellschaft, spätestens aber beim Übergang zur Wissens- und Informationsgesellschaft erhebliche Sicherheitsprobleme in Wirtschaft, Gesellschaft und im politischen System zu bewältigen haben, durch freigesetzte beziehungsweise nicht integrierbare Arbeitskräfte.

Wissen und Bildung sind unter diesen Bedingungen, die einzige Möglichkeit sich an den legalen ökonomischen Verteilungsmechanismen zu beteiligen. Eine große Zahl der Menschen ohne diese Voraussetzungen wird in die globale Schattenökonomie (siehe dazu *Lock 2004*) abgedrängt, die zunehmend das Feld der organisierten Kriminalität wird. Umso größer diese Gewaltökonomie ist, umso attraktiver sind auch die Gewinnmöglichkeiten.

3 Sicherheitspolitische Folgen der demographischen Entwicklungen

Die wesentlichen, oben dargestellten demographischen Entwicklungen mit Relevanz für Sicherheit und Streitkräfte sind die globale Bevölkerungszunahme, ihre regionale Differenziertheit, der globale und regionale Strukturwandel der Bevölkerungspyramide (Verhältnis Alte und Junge) sowie eine anhaltende tendenziell steigende Migration mit dem Spezifikum einer stark anwachsenden Urbanisierung und qualitativen Veränderung der Bevölkerung in spezifischen Räumen. Die eigentlichen Herausforderungen für die Sicherheit gehen nicht von den demographischen Entwicklungen selbst aus. Diese Entwicklungen stellen nur krisen- und konfliktverschärfende Faktoren dar, die in ihren Auswirkungen jedoch die globale und regionale Sicherheit berühren. Die wirtschaftliche Globalisierung und die damit einhergehenden Ressourcen- und Machtverteilungskämpfe im Zuge des beschleunigten gesellschaftlichen Wandels und die Auflösungserscheinungen staatlicher Ordnung ("failing or failed states") werden

die internationalen Sicherheitsstrukturen verändern. Die Ökonomisierung und Privatisierung des Krieges werden diese Kämpfe verstärkend begleiten.

Der Wandel der Industriegesellschaften zu postindustriellen Gesellschaften und die Triebfedern dieses Wandels – die wirtschaftliche Globalisierung und technische Entwicklung – sowie das Freisetzen der industriellen Arbeitskräfte durch weitere Automatisierung der Produktionsabläufe fordern die OECD-Welt und die zu entwickelnden Staaten gemeinsam heraus. In anderen Teilen der Welt vollzieht sich der gesellschaftliche Wandel von Agrargesellschaften zu modernen Gesellschaften auf Basis des wissenschaftlich-technologischen Fortschritts, ohne dass die gesellschaftlichen und politischen Steuerungskräfte schon den Herausforderungen gewachsen wären. Durch die Geschwindigkeit dieses Prozesses sind Institutionen und Akteure überfordert. Dies führt in großen Teilen der Welt zum Zerfall der politischen Kräfte und in der OECD-Welt zur Schwächung des Nationalstaates, der sich im Industriezeitalter trotz aller Defizite als erfolgreiches politisches Instrument erwiesen hatte. Es gibt jedoch noch keine politische Entität, die sich als hinreichender politischer Steuerungsmechanismus für die transnationalen Probleme der Zukunft erweist und politische Funktionen des Nationalstaates übernehmen könnte.

Eine durch kooperative Multipolarität gekennzeichnete Weltordnung kann sich zu einem Lösungsmodell der transnationalen Herausforderungen entwickeln. Voraussetzung sind allerdings stabile moderne Staaten, die den eigenen Wandlungsprozess steuern und gleichzeitig weniger entwickelten helfen können. Ob der Aufbau einer solchen kooperativen Weltordnung, für die eine Integration Russlands, Chinas und Indiens in eine gemeinsame transatlantisch-asiatische Sicherheits- und Stabilitätszone als unbedingt erforderlich zu erachten wäre, gelingen kann, hängt wesentlich vom politischen Willen Europas ab. Nicht nur durch die Unterstützung der USA kann Europa maßgeblich zur Lösung der globalen Herausforderungen beitragen. Europa kann auch deshalb eine Schlüsselposition für die zukünftige Entwicklung eines stabilen internationalen Ordnungssystems einnehmen, weil es einerseits die wirtschaftliche Kraft und die technischen Fähigkeiten hat, die zivilisatorische Entwicklung der drei asiatischen Schlüsselakteure voranzutreiben. Und andererseits haben die europäischen Gesellschaften im Einigungsprozess nachgewiesen, dass sie über die grundlegende Fähigkeit zur Integration und zur grenzüberschreitenden Kooperation unter Wahrung der „inneren Souveränität“ der Gesellschaften (Sicherung gesellschaftlicher Ziele angesichts globaler Problemzusammenhänge) verfügen. Somit kann Europa, vorausgesetzt ein entsprechendes politisches Engagement ist vorhanden, hinsichtlich der Entwicklung größerer politischer und wirtschaftlicher Entitäten und damit einer weiteren Integration global eine Vorbildfunktion ausüben.

Gegenläufige Tendenzen zur Globalisierung sind die Regionalisierung von Handel und Investitionen und protektionistische Maßnahmen zum Schutz und zur Stärkung eigener Märkte. Beispiele für eine solche Regionalisierung sind die drei großen Wirtschaftsräume Westeuropa, Nordamerika und Ost- und Südostasien. Einer zunehmenden Verflechtung dieser drei Regionen (Triade) steht eine weltwirtschaftliche Marginalisierung der anderen Teile der Welt entgegen. Im Zusammenhang mit diesem Gegenteil der Globalisierung stehen auch andere negative Entwicklungen wie unter anderem der Verfall staatlicher Autorität, der Zerfall vieler postkolonialer und postsozialistischer Gesellschaften („failing or failed states“) mit der Konsequenz entstehender Warlord-Systeme sowie Flüchtlings- und Armutswanderungen. Als Reaktion auf diese Migrationsbewegungen verstärkt die Triade ihre Grenzen, um die sich ohnehin schon abzeichnende Fragmentierung in ihren Gesellschaften nicht noch durch den Zuzug von Migranten zu verschärfen. Dieser könnte zwar zu einer Verbesserung der negativen demographischen Entwicklungen der Zukunft (Bevölkerungsüberalterung, -schrumpfung) beitragen; er wird aber aufgrund der im Allgemeinen niedrigen beruflichen Qualifikation dieser Migranten mehr zu einer Belastung (Sozialausgaben, Integration) als zum Nutzen (Innovation) der betreffenden Gesellschaften werden.

Die demographische Entwicklung wirkt auf diese Prozesse ein. Das globale Bevölkerungswachstum wird insbesondere die Regierungen der marginalisierten Teile der Welt vor enorme Versorgungs- und Steuerungsprobleme stellen. Diese wiederum werden weitere Gründe für das Scheitern von Staaten darstellen und die Wahrscheinlichkeiten für „Bad Governance“ aus Überforderung steigern. Darüber hinaus verstärkt der Bevölkerungsdruck die Binnenmigration, mit der Konsequenz massiver Wanderungen in die Megastädte dieser Regionen, was wiederum zu unregierbaren Städten und Räumen führt mit erheblichen Sicherheitsproblemen. Der gewaltsame Tod stellt in solchen Regionen häufig, insbesondere bei den 15- bis 49-Jährigen, die erste Todesursache dar. Im Weiteren wird die Migration auch andere Staaten – insbesondere solche mit hoher Attraktivität und Bevölkerungsrückgang – erfassen.

Im Falle der Binnenmigration wird es den Staaten schwer gemacht, ihren Versorgungsaufgaben und ihrer Sicherheitsfunktion nachzukommen. Die Konsequenz dessen ist, dass die Kontrolle über die innere Sicherheit entweder an Kriminelle (siehe Megastädte in der Dritten Welt aber auch in solchen des Westens) oder politische Extremisten verloren gehen kann. Geringe Bildungschancen und hohe Arbeitslosigkeit und die damit verbundene Perspektivlosigkeit machen vor allem aus der jungen Bevölkerung eine mobile Gruppe, die sowohl von Staaten als auch ideologischen Gruppen leicht zu mobilisieren ist. Dies hat Implikationen sowohl für die innere als auch äußere Sicherheit. Beispiele wie Algerien aber auch die Nutzung von Kindern und Jugendlichen im Palästina-Konflikt zeigen dies bereits heute.

Transnationale Wanderungsbewegungen wirken in soweit negativ, dass über Migrantengemeinden die Konflikte in das jeweilige Gastland getragen werden können, und, falls die Integration dort nicht gelingt und die Migranten wie bereits in ihrer Heimat zu den Marginalisierten gehören, wird dieses die Gefahr ihrer Kriminalisierung beziehungsweise politischen Mobilisierung verstärken. Dabei spielen die Möglichkeiten der Menschen, ihren Lebens-, Bewegungs- und Sozialraum aufgrund der technischen Mobilität, der globalen Kommunikation und der kulturellen Angleichung neu zu bestimmen, eine besondere Rolle. Für alle Menschen mit Zugang zu den neuen Transport- und Kommunikationsmitteln ergibt sich langfristig die Frage, zu welcher Gesellschaft sie gehören wollen. Ohne eine solche Zugehörigkeit droht Staaten und ihren Gesellschaften die Auflösung sozialer und politischer Kohäsion. Die gegenwärtigen und zukünftigen Entwicklungen fordern von Migranten nicht mehr zwingend die Integration in die neue Gesellschaft, sondern es kann infolge dieser Migration neuer Qualität im transnationalen Raum (*Pries 2004: 15 f.*) zu Parallelgesellschaften kommen: Durch die freie und ständig korrigierbare Migrationsentscheidung bei der global möglichen Wahl des Lebens- und Sozialraumes entsteht ein Schwebestand zwischen gesellschaftlichen und staatlichen Räumen. Staaten oder Gewaltakteure in den Ursprungsländern können somit Migranten als Arbeitskräfte sowohl für die Finanzierung ihrer Unternehmungen als auch als Kämpfer in Konflikten des Gastlandes nutzen. In beiden Fällen kann dies die innere und äußere Sicherheit des Gastlandes bedrohen.

Wenn im islamischen Raum eine traditionale Gedankenwelt und eine althergebrachte Lebensweise auf westliche Zivilisationsimporte prallen und die Islamisten diesen die Schuld an der eigenen wirtschaftlichen Misere und an sozialer Benachteiligung geben sowie dies von ihnen als Angriff auf die eigene Kultur begriffen wird, führt es zu einer weltweit erkennbaren Konfrontation. In vielen europäischen Staaten könnten – soweit noch nicht geschehen – durch massive Einwanderungen von Muslimen insbesondere aus Nordafrika und dem Vorderen Orient Parallelgesellschaften entstehen, die in den kommenden Jahren und Jahrzehnten durch weitere Zuwanderung aus diesen Räumen und durch eine im Vergleich zu den ansässigen Bewohnern höhere Geburtenrate immer stärker werden (*Hartmann 1998*). Nach den neuesten Berechnungen des Zentralinstituts Islam-Archiv wird sich die Zahl der Moslems in Europa (einschließlich Russland und Südosteuropa) – ein gleichbleibendes Wachstum von 6,5 Prozent vorausgesetzt – von derzeit 52 Millionen bis zum Jahre 2035 mehr als versechsfachen. In einem CIA-Report wer-

den für das Jahr 2020-25 für Europa eine islamische Bevölkerung von im Minimum 20 Prozent und im Maximum 40 Prozent erwartet.

Aufgrund des zahlenmäßigen Umfanges der Migration werden eine Integration und insbesondere eine Assimilation der Einwanderer unter den heutigen kulturellen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen nicht möglich sein. Deshalb wird Europa seine Identität neu bestimmen müssen, denn die ethnisch-exklusiven europäischen Gesellschaften, die sich wie Deutschland oder Frankreich als Kulturnationen definieren, können den Einwanderern heute keine Identität bieten; sie müssen einen kulturellen Wandel vollziehen. Dieses impliziert das Überdenken der Identität Europas als christliches Abendland. Stattdessen wird eine neue europäische Leitkultur zu entwickeln sein, die – anstelle eines multikulturellen Nebeneinanders in Parallelgesellschaften – ein kulturpluralistisches Miteinander ermöglicht, in dem Menschen unterschiedlicher Weltanschauungen zusammenleben und das Recht auf Anderssein und Andersdenken besitzen, sich gleichzeitig aber zu gemeinsamen Regeln – im Besonderen der gegenseitigen Toleranz und des gegenseitigen Respekts – verpflichten. Ohne eine solche Leitkultur werden sich weltanschaulich unversöhnliche Ghettos herausbilden, verbunden mit wirtschaftlicher Ausgrenzung stellen sie ein enormes Konfliktpotenzial dar. Ohne einen Wertekonsens dieser Art wird die Fragmentierung der europäischen Gesellschaften weiter voranschreiten (*Tibi* 2006).

Die heutige und zukünftige Lage Europas unterscheidet sich dramatisch von der früherer Zeiten: Heute und in Zukunft wird die massenhafte Migration zu einer neuen Identität des Kontinents führen. Diese veränderte Situation in Europa ist der Grund dafür, dass sich die europäischen Gesellschaften mit der Problematik der Zuwanderung beziehungsweise Einwanderung auseinandersetzen müssen, um dem für die politische Handlungsfähigkeit zunehmenden Risiko einer gesellschaftlichen Fragmentierung zu begegnen. Die innergesellschaftliche Kohäsion wird aber nicht nur durch das horizontale Nebeneinander von Parallelgesellschaften, sondern auch von einer Entwicklung vertikaler Ausprägung gefährdet werden: Hierbei handelt es sich um die Zersplitterung – oft auch als "digital divide" bezeichnet – der europäischen Bevölkerungen in Gewinner und Verlierer infolge des gesellschaftlichen Wandels von der industriellen zu einer post-industriellen Gesellschaftsform.

Die Aufrechterhaltung gesellschaftlicher Kohäsion sowie die Förderung von Human- und Sozialkapital sind somit Grundvoraussetzungen für die politische Handlungs- und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Europas und Deutschlands. Ohne einen gesellschaftlichen Grundkonsens innerhalb Europas und seiner Staaten zu den Fragen der Zukunft wird die EU ihre Verantwortung hinsichtlich der weltweiten Herausforderungen nicht glaubwürdig wahr- und die angestrebte Rolle als globale Gestaltungsmacht nicht einnehmen können. Wesentlicher Inhalt dieses Konsenses muss die bereits angesprochene gemeinsame europäische Leitkultur sein, auf deren Grundlage begonnen werden kann, europäische Streitkräfte zu entwickeln.

Europa ist nicht der einzige Kontinent, der von solchen qualitativen Bevölkerungsentwicklungen betroffen ist. Nordamerika, insbesondere die USA, aber auch Australien haben ähnliche Probleme. Schaut man in die USA vollzieht sich derzeit der Wandel der Bevölkerungsanteile von den ursprünglich angelsächsischen dominierten Einwanderern (dabei werden alle Europäer als Angelsachsen gerechnet) zu hispano- und asiatisch-geprägten, insbesondere chinesischen Einwanderern. Das bedeutet, dass etwa ab 2050 die Mehrzahl der Amerikaner Nichtangelsachsen sein werden. Diese Entwicklung wird Fragen der inneren Sicherheit der USA aufwerfen, aber auch ihre außen- und sicherheitspolitische Verortung (vergleiche dazu *Huntington* 2006).

In Australien wird sich die Bevölkerung durch eine überwiegend asiatische Einwanderung in den nächsten 20 Jahren von einer angelsächsisch geprägten Gesellschaft zu einer mehrheitlich aus Asien stammenden Gesellschaft verändern. Dies wird durch den Aufstieg der neuen

Wirtschaftskräfte (Indien/China) noch verstärkt, zu einer wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Umorientierung Australiens in Richtung Asien führen (vergleiche dazu *National Interest*).

Global könnte diese Entwicklung bedeuten, dass sich die heute überwiegend aus der westlichen Kultur getriebene Globalisierung aus anderen Quellen speist oder die genannten Räume durch starke innere Probleme vorwiegend mit sich selbst beschäftigt sind, sich abschließen und damit Globalisierung ein weiteres Mal (wie zu Beginn des Ersten Weltkrieges) ausgesetzt wird.

4 Zusammenfassung

Der Einfluss der demographischen Entwicklung auf die Sicherheit der europäischen Staaten damit auch auf Deutschland hängt ab von der Betrachtungsebene. Der globale Anstieg der Bevölkerung, insbesondere in Europa-nahen Räumen wie Zentralasien, Naher und Mittlerer Osten und Nordafrika führen zu einer anhaltenden Migration aus diesem Raum, solange in diesen Räumen Regierungen mit ihren wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Problemen nicht fertig werden. Der Bevölkerungsanstieg in dieser Region trägt aber auch zum Scheitern der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systeme dort bei. Diese Wechselwirkung ist in den nächsten dreißig Jahren kaum zu durchbrechen. Daher stellt sich die Frage, wie die europäischen Staaten sich vor den Folgen einer ungesteuerten Migration schützen und gleichzeitig auf die zivilisatorische Entwicklung dieses Raumes Einfluss nehmen können.

Schaut man sich die regionale Bevölkerungsentwicklung in Europa an, mit sinkender Fertilitätsrate, hoher Zuwanderung von Menschen anderer Kulturkreise, insbesondere einer hohen Migrationsrate aus der islamischen Welt, muss dies zu tief greifenden Veränderungen der heute überwiegend christlich geprägten Kultur führen. Bevölkerungsrückgang der europäischen Staaten, eine zu mindest in den nächsten Generationen stark alternde Gesellschaft und ein starke Zunahme eingewanderter ethnischer oder religiöser Gruppen werden zu einem starken Wandel der Arbeitswelt, der sozialen Rahmenbedingungen und der politischen Machtverteilung führen sowie gesellschaftliche Konflikte und ihre Austragung auch gewaltsamer Art zur Folge haben.

Eine nicht unwesentliche Frage wird sein, wie die europäischen Gesellschaften die wirtschaftlichen Folgen demographischer Faktoren wie eine weiter alternde und in vielen Staaten schrumpfende Bevölkerung, die das Risiko einer Überforderung der sozialen Sicherungssysteme sowie einer abnehmenden Produktivität (*Adrian 2006*) birgt, werden abfedern können.

Ob mit oder ohne Korrekturen werden sich die absehbaren Bevölkerungsentwicklungen in der EU, aber insbesondere in Deutschland, wie folgt in direkter Form auf die Sicherheit und Streitkräfte auswirken:

- Die Bevölkerungsabnahme wird voraussichtlich die gesamtwirtschaftliche Nachfrage dämpfen. Bei gleicher Steuerquote und sinkender Zahl der Steuerzahler würden heutiger Verschuldungsstand und zukünftige implizite Staatsverschuldung durch zunehmende Ansprüche der Rentenversicherung und Pensionsansprüche (ohne Korrektur der Sozialsysteme) an den Staat einen Anstieg der Staatsverschuldung auslösen. Er stellt die Verstetigung der Ausgaben für die Sicherheit im Allgemeinen und für die Verteidigung im Besonderen in Frage.
- Immer weniger jüngere Menschen müssen immer mehr alte Menschen in den sozialen Sicherungssystemen versorgen (*Mai 2003: 292 f.*). Unter Fortschreibung der jetzigen Bedingungen etwa im Hinblick auf Produktivität, Lebenserwartung, Rentenzugangsalter und Finanzierungsmodus der sozialen Sicherung sind eine steigende Transferlast für die Siche-

Sicherungssysteme und höhere Abgaben für die Produktionsfaktoren wahrscheinlich. Höhere Lebensarbeitszeit und Finanzierung der sozialen Sicherheit aus der gesamtwirtschaftlichen Produktivität werden wichtige Diskussionspunkte sein.

- Die Folgen transnationaler Migration werden die in den europäischen Gesellschaften vorhandenen Kräfte der Desintegration noch weiterverstärken. Dies wirft nicht nur die Frage nationaler Kohärenz auf, sondern auch den Zusammenhalt der europäischen Integration mit ihren Auswirkungen auf die innere und äußere Sicherheit der Gesellschaften.

Angesichts der schnellen Zunahme und Erneuerung des Wissens insbesondere in den wachstumsrelevanten Schlüsseltechnologien, entsteht ein deutlich steigender Bedarf an hochqualifiziertem Personal. Angesichts des sinkenden Angebots an jungen Arbeitskräften wird Personal zur „strategischen Ressource“, ohne die den Unternehmen ein Verlust an Innovationsfähigkeit und Wettbewerbskraft entstehen könnte.

Für alle staatlichen Sicherheitskräfte bedeutet eine solche Entwicklung:

- sich frühzeitig Gedanken zu machen über die zukünftig geforderte Qualität und Quantität ihres Personals; wobei technische und taktisch-operative Entwicklungen es erlauben, an die Stelle von Personal verstärkt moderne Technologie zu setzen, allerdings mit der Konsequenz, dass die Qualitätsforderungen an das zu rekrutierende Personal steigen;
- insbesondere beim Militär, dass zunehmende Qualitätsforderungen die Konkurrenz mit der Wirtschaft um das leistungsfähigste Personal erhöhen;
- Probleme der Integration der zugewanderten Bevölkerungsteile in die Sicherheitskräfte und deren möglichen Folgen als Ergebnis von Zuwanderung;
- die Frage nach einer Erhöhung der Altersgrenze zur Ruhesetzung des Sicherheitspersonals zu stellen;
- die schnellen Veränderungen in der Arbeitswelt und der ihr zugrunde liegenden Wissenszunahme zwingen alle Beteiligten, sich auf ein lebenslanges Lernen einzustellen;
- für das Militär, dass es sein Personal bis ins hohe Alter ständig fortbilden und sich zu einer lernenden Organisation wandeln muss.

Die sich aus diesen Entwicklungen für ein Rekrutierungssystem der Streitkräfte und damit für die Wehrform ergebenden Konsequenzen müssen überdacht werden. Nachfolgend einige grundsätzliche Überlegungen:

Dabei ist zu berücksichtigen, dass in Zukunft nicht mehr die Fähigkeitsagglomerate von Massenhieren mit numerischen Mindestkopfstärken, sondern bedrohungsadäquat abrufbare Fähigkeiten im Vordergrund stehen, die mitunter für bestimmte Aufgaben und einen bestimmten Zeitraum aus der Gesellschaft in die Streitkräfte erst eingebracht werden müssen. So wäre zum Beispiel die künftige Wehrform mit Blick auf die neuen Herausforderungen als Mischform von militärischen Spezialisten und gesellschaftlich verfügbaren Bürgern mit Spezialwissen denkbar. Dies könnte zu einer milizartigen Wehrform führen.

Man wird darüber hinaus vielleicht sogar ständige Einrichtungen dieser Art mit eingespielten Expertenteams benötigen, da die zukünftigen Kriegsformen unter Umständen als Dauerbedrohung in Erscheinung treten könnten. Eine wichtige Voraussetzung für diese „Dienstleistung“ wird sein, den entsprechenden Spezialisten als Teil der Gesellschaft sowie der Gesellschaft insgesamt zu verdeutlichen, dass hiermit ein essentieller Beitrag zur Verteidigung / zum Schutz des eigenen Landes geleistet wird.

Es geht um die Bewusstseinsbildung, dass Bedrohungen der Zukunft nicht nur die Soldaten zum Ziel haben, sondern dass ganz bewusst von den neuen Akteuren die Verwundbarkeit der zivilen Gesellschaft zum Ziel ihrer Gewalthandlungen gemacht wird. Dadurch, dass jeder Bür-

ger zum Ziel von Kriegshandlungen werden kann, erhält die Sicherheit der Gesellschaft eine individuelle Komponente: die Sicherheit des Einzelnen. Da der Einzelne Teil des Ganzen ist, ist er somit auch für das Fortbestehen der Gesellschaft mitverantwortlich.

Diese Bewusstseinsbildung setzt einen gemeinsamen Wertebezug in der Gesellschaft, und damit auch in den Streitkräften, voraus. Der beobachtbare Wertewandel in der postmodernen Gesellschaft unter Berücksichtigung des Bevölkerungswandels beeinflusst zwangsläufig auch das Berufsverständnis in den Streitkräften und das Sicherheitsverständnis der Gesellschaft.

Literatur

AAAS Atlas of Population & Environment. (<http://atlas.aaas.org/pdf/12-20.pdf>): 17

Adrian, Hermann, 2006: Die demographischen Ursachen des wirtschaftlichen Niedergangs. Foliensammlung. Universität Mainz

Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung, Zukunft von Bildung und Arbeit. Perspektiven von Arbeitskräftebedarf und -angebot bis 2015. In: Materialien zur Bildungsplanung und zur Forschungsförderung 214: 7

Elias, Norbert, 1995a: Über den Prozess der Zivilisation. Band 1. 19. Auflage, Frankfurt/Main: Suhrkamp

Elias, Norbert, 1995b: Prozess der Zivilisation. Band 2. 19. Auflage, Frankfurt/Main: Suhrkamp

Fleisch, Hans; Klingholz, Reiner, 2003: Weltbevölkerung und nachhaltige Entwicklung. In: Globale Trends, Fakten, Analysen, Prognosen 2004/2005, herausgegeben von der Stiftung Entwicklung und Frieden. Bonn

Görnitz, Thomas und Brigitte, 2002: Der kreative Kosmos – Geist und Materie aus Information. Heidelberg/Berlin

Hartmann, Angelika, 1998: Islamisten – und Reformen oder Ewiggestrige. Neue Züricher Zeitung – Fokus. 4: 11. Zürich

Heinsohn, Gunnar, 2003: Warum werden sie zu Kriegern? Männerüberschuss als Kriegspotenzial, Vortrag 23. Friedenskonsultation. Hannover

Human Development Report, 2003: 48 (herausgegeben vom UNDP, Box 2.8 zeigt Zusammenhänge zwischen Armut und Gewalt auf)

Huntington, Samuel P., 2006: Krise der amerikanischen Identität, Original 2004. Goldmann Verlag: München

Institute for Public Affairs, 2002: Focus on Population and Migration 43, 1: 4

Kurtenbach, Sabine; Lock, Peter, 2004: Kriege als (Über)lebenswelten: Schattenglobalisierung, Kriegsökonomien und Inseln der Zivilität. Verlag J. H. W. Dietz. Bonn

Mai, Ralf, 2003: Die Alten der Zukunft. In: Schriftenreihe des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung. Band 32, 292 f. Wiesbaden

National Interest, 1997: Australia's Foreign and Trade Policy, White Paper. Canberra

Opitz, Peter J., 2002: Internationale Migration. In: Informationen zur Politischen Bildung, Heft 274. Verlag C. H. Beck. München

- Popper, Karl*, 1964: Vorwort. Das Elend des Historizismus. Followfield, Penn, XII Vorwort (4): 11; 30. Buckinghamshire, England
- Pries, Ludger*, 2004: Migration im transnationalen Raum. Soziale Welt. Sonderband 12. NOMOS Verlagsgruppe Baden-Baden
- Schumpeter, Joseph A.*, 1993: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. Tübingen 1993 (deutsch zuerst erschienen 1946)
- Smith, Adam*, 2004: Reichtum der Nationen. Voltmedia Verlag, Paderborn
- Statistisches Bundesamt*, 2003: 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Wiesbaden: 26
- Tibi, Bassam*, 2001: Leitkultur als Wertekonsens. In: Politik und Zeitgeschichte 1-2/2001, dazu auch Report on Wilton Park Conference WP 826, engaging with muslim youth in Europe and North America, November 2006
- UN ESA*, 2006: Population Division, India becomes a Billionaire (<http://www.un.org/esa/population/pubsarchive/india/ind1bil.htm>)
- UN ESA*, 2006: Population Division, World Population Prospects – 2006 Revision: 1 f.
- UNDP (United Nations Development Programme)*, 2003: Human Development Report 2003
- Urdal, Henrik*, 2004: The Devil in the Demographics: The Effect of Youth Bulges on Domestic Armed Conflict 1950-2000, Worldbank Paper 14
- World Bank*, 2000: Millennium Development Goals, (http://www.developmentgoals.org/Middle_East_&_North_Africa.htm)
- World Bank*, 2008: Middle East and North Africa Face Unprecedented Employment Challenge, 26.09.2003, <http://web.worldbank.org/>
- Zlotnik, Hania*, 1998: International Migration. In: Population and Development Review Volume 24, 3: 429-468

Josef Schmid

Weltbevölkerung, Entwicklungsdifferenz und der außereuropäische Extremismus

Einleitung

Das 21. Jahrhundert stellt die Sozialwissenschaft vor Probleme und die Politik vor Aufgaben, die das vergangene Jahrhundert in eigenartige Ferne rücken. Es war ein ideologisches Jahrhundert und kann nur aus der Rivalität zweier geschlossener Weltbilder verstanden werden, nach welchem Vorbild die Welt jeweils zu formen sei. Mit dem Untergang des Kommunismus als Ideologie, welche Staaten und Völker über Kontinente hinweg „unionierte“, sind die von ihm unterdrückten Kräfte wieder zum Vorschein und zur Geltung gekommen, so der Wunsch nach Herstellung – und vielfach Wiederherstellung – der Nationalstaaten. Die Wende hat weltanschauliche Grenzen beseitigt und nationale, ethnische und religiöse Grenzen gezogen oder zumindest bewusst gemacht. Man wird einer Beobachtung Recht geben müssen, die in Religion und ethnischem Bewusstsein, in den sozialen Zuschreibungen der jeweiligen Herkunftsregion, die neuen Mitspieler auf der weltpolitischen Bühne erkennt. Die bipolare Welt des Ost-West-Konflikts wurde abgelöst von einer multi-polaren Welt der Zugehörigkeiten zu ethnisch definierten Nationen und religiös fundierten Kulturen. Gemeinsam ist ihnen ein Streben nach Geltung in ihrem Raum, nach territorialen Ansprüchen, die ein kollektives Gedächtnis gespeichert hatte, nun in Erinnerung ruft und verwirklicht haben möchte. Die Mittel, die dazu angewandt werden, erscheinen Europäern der Zivilgesellschaft als vormodern und vorpolitisch. Während in der industriellen Moderne noch die Heere geordneter Nationalstaaten gegeneinander antraten, gebärdet sich das Kriegsbild jetzt „asymmetrisch“: das klassische Bild vom erklärten Gegner zersetzt sich in ein Muster von Untergrundarmeen, Milizen, Guerilla und zieht in seinen Kreis alles, was der Westen unter organisierter Kriminalität zusammenfasst.

Die Kriterien liberaldemokratischer staatlicher Ordnung und Sicherheit schaffen nun erneut eine Teilung der Welt und sie dürfte die Realität des 21. Jahrhunderts bleiben: eine Weltregion mit verfassungsmäßig garantierten Anrechten auf Unverletzlichkeit der Person, physische Existenz und Sicherheit steht häufig „unübersichtlichen Verhältnissen“ auf den Entwicklungskontinenten gegenüber. Dort tun sich demographisch-gigantische Schwellenländer hervor, wie China und Indien, neue Mittelmächte wie Pakistan, Südafrika, die Türkei, Nigeria, Ägypten, Brasilien und die große Zahl staatlicher Gebilde mit ihren nur schwer einsehbaren inneren Machtkonstellationen.

Nach der Wende wurden die geschaffenen Tatsachen als „neues Mittelalter“ charakterisiert. Es entstünde wieder eine kleinräumig zerfallene Welt entlang der ethnisch-religiösen Grenzen. Im Rückblick sind an die Stelle sozialer Modelle nun ethnische Wir-Gefühle, Stammeszugehörigkeit und Tribalismus getreten. Mit ihnen ist auch ein archaisch anmutender Heroismus, Märtyrermuthos und Opferkult zum Vorschein gekommen, welcher der europäischen Aufklärung und Säkularisierung entgegengesetzt und geeignet ist, in der modernen Welt Bedrohungsgefühle auszulösen. Nach dem Zeugnis von Religionswissenschaftlern ist übrigens Westeuropa der einzige Raum, in dem die Säkularisierung, also die Entkirchlichung des öffentlichen Lebens weitergeht. In allen anderen Weltregionen ist ein Zurück zur Religion zu beobachten und damit ein Phänomen, das in die europäisch-aufklärerische Geschichtsauffassung schwer einzuordnen ist, weil sie nach wie vor einem linearen Fortschrittsgedanken nach eigenem Muster folgt.

Die Rolle der Bevölkerungsbewegung muss in die Ursachenforschung der gegenwärtigen Weltkonflikte einbezogen werden. Konflikte sind nicht immer schlicht und eindeutig auf demo-

graphische Ursachen zurückzuführen, doch fast immer auf Konstellationen, die ohne demographische Hintergründe unverständlich bleiben.

1 Weltbevölkerung und Entwicklung

1.1 Weltbevölkerung unterwegs – auf verschiedenen Wegen

Weltbevölkerung ist zu einem präzisen Forschungsgegenstand geworden. Die großen Unsicherheiten um ihre Berechnungen sind vorbei. Die Fehlermarge wird geringer und die Aussagen sind besser begründet. Die Zahl von 6,6 Milliarden Menschen, die die Erde im Jahr 2007 getragen hat, steht ziemlich fest; um die Mitte des Jahrhunderts wird die Menschheit mit großer Wahrscheinlichkeit 9,3 Milliarden Menschen zählen, das sind weitere 3 Milliarden mehr; derzeit wächst die Weltbevölkerung jährlich um 70 Millionen: es handelt sich dabei um Geborenenüberschüsse, also die Zahl der Lebendgeborenen, die die Zahl der Gestorbenen übersteigt. Dieses Wachstum findet ausschließlich auf den Entwicklungskontinenten Afrika, Asien und Lateinamerika statt. Zwar sinken auch dort inzwischen die Geburtenüberschüsse, doch von sehr hohem Fertilitätsniveau aus, sodass die Wirkung auf das Bevölkerungsvolumen dieser Staaten noch gering bleibt.

Die Entwicklungskontinente bieten demographisch kein einheitliches Bild. In Afrika, West- und Zentralasien geht der Geburtenrückgang sehr langsam vor sich, in Lateinamerika etwas schneller. Im Fernen Osten haben wir eine gesplante Situation: Südostasien, das islamische Indonesien und die katholischen Philippinen wachsen weiterhin stark bei nur schwach sinkenden Geburtenzahlen. Der Bevölkerungsgigant China dagegen steht unter einer strengen Politik der Geburtenbeschränkung, einer „Ein-Kind-Politik“, und fällt damit aus dem Rahmen seiner Weltregion. In Fernost haben wir noch Japan, das wie der Westen zu den hoch entwickelten Ländern gehört und Bevölkerungsverhältnisse hat wie die modernen Nationen Westeuropas. Das bedeutet Geburtendefizite und starke Alterung (vergleiche Tabelle 1).

Tabelle 1: Die Weltbevölkerung 2007

	Bevölkerung in Mio.	Geborenen- ziffer in ‰	Sterbe- ziffer in ‰	jährlicher Zuwachs in %	Projektion 2025 in Mio.	Projektion 2050 in Mio.
Welt	6.625,0	21	9	1,2	7.965,0	9.294,0
Industrienationen	1.221,0	11	10	0,1	1.254,0	1.259,0
Europa	733,0	10	11	-0,1	719,0	669,0
Nordamerika	335,0	14	8	0,6	387,0	462,0
Entwicklungsländer	5.404,0	23	8	1,5	6.711,0	8.036,0
Lateinamerika und Karibik	569,0	21	6	1,5	691,0	784,0
Afrika	944,0	38	14	2,4	1.359,0	1.953,0
Asien (ohne China)	2.692,0	23	7	1,5	3.292,0	3.941,0
Japan	127,7	9	9	0,0	119,3	95,2
VR China	1.311,8	12	7	0,5	1.476,0	1.437,0
Indien	1.131,9	24	8	1,6	1.391,2	1.747,3
Ozeanien (+ Australien, Neuseeland)	35,0	18	7	1,0	42,0	49,0

Quelle: DSW Datenreport „Weltbevölkerung 2007“ (Hrsg. Deutsche Stiftung Weltbevölkerung/Population Reference Bureau) 2007

Aus der Tabelle 1 lassen sich folgende Beobachtungen ableiten:

- Das Bevölkerungswachstum ereignet sich nur auf den Entwicklungskontinenten Afrika, Asien und Lateinamerika; Europa trägt nichts mehr bei und Nordamerika wächst nur insoweit, als es als Einwanderungsraum fungiert.

Der Wachstumstrend einer Bevölkerung entsteht nicht zufällig, sondern bildet sich heraus mit dem Entwicklungsgang der Gesellschaft, die eine Bevölkerung trägt. Das ist kein schlichter oder gar unmerklicher Vorgang, ganz im Gegenteil: die sozialen Revolutionen der Menschheit, von der Sesshaftwerdung, über die Städtebildung, von den Umbrüchen in der Agrargesellschaft bis hin zur großen Industrie und zur digitalen Revolution der raschen und lautlosen Steuerungs- und Kommunikationsprozesse – sie alle haben Änderungen der Bevölkerungsstruktur bewirkt. Die Bevölkerungsgeschichte zeigt, wie sich soziale Fortschritte ihre eigene Bevölkerungsstruktur schaffen und sie ihren Zwecken anpassen. Der Vorgang ist abzulesen am Umbau der Bevölkerungsstruktur – und zwar von einer wachsenden, „ägyptischen“ Alterspyramide zur „Glocke“ ausgeglichener Jahrgangsstärken und schließlich zum postindustriellen Schrumpfmmodell, das bezeichnenderweise den Anschein und Namen „Urne“ trägt: der westliche Bevölkerungsprozess ist heute geprägt von vielfältigen Partnerschaftsverhältnissen, grundsätzlicher Geburtenkontrolle und steigender Lebenserwartung, besonders in den hohen und höchsten Altenjahrgängen.

- Ein demographischer Vergleich der Staaten der Erde, das heißt, ihrer jährlichen Wachstumsraten, Geburtenzahlen und ihrer Kindersterblichkeit, fördert ebenso genau wie die reinen Wirtschaftsdaten der Weltbank eine *gespaltene Welt* zutage – eine Spaltung, die auch die Jahrzehnte währende Entwicklungspolitik nicht hat beseitigen können.

1.2 Wachstumsdynamik und Entwicklungshürden

Kaum ein Gebiet löst so viel Enttäuschung und Unsicherheit über das vorhandene Fachwissen aus wie der Zusammenhang von Bevölkerung und Entwicklung außerhalb Europas. Wer lange genug damit befasst war, hat ein Auf und Ab erlebt von Ländern und Regionen, aber auch von Theorien, Konzepten und Überzeugungen. Das ist nicht allein auf modische Wellen in der Wissenschaft und Politik zurückzuführen, sondern mehr auf Fehlurteile. Immer wurden aus kurzfristigen Bewegungen und oberflächlichen Beobachtungen langfristige Konsequenzen errechnet. So galt Afrika nach der Entkolonialisierung in den 1960er Jahren als jener ehemalige Kolonialraum, der sich am schnellsten entwickeln würde. Damals war Asien das Sorgenkind der Weltpolitik. Dort wurde das Bevölkerungswachstum als Ursache eines langwierigen Entwicklungsweges angesehen. Zu den demographischen Ängsten vor Überflutung der Welt mit asiatischen Menschen kamen in den 1940er und 1950er Jahren noch politische Ängste hinzu, denn das große China war zur kommunistischen Volksrepublik geworden. Ähnliche Sorgen bereitete Indien. Würde es eine Demokratie bleiben? Ist dies mit wachsenden Massen von Analphabeten möglich? Lateinamerika galt als Musterbeispiel für Abhängigkeit vom reichen wirtschaftsimperialistischen Norden („*dependencia*“) und wurde Projektionsraum für ideologische Weltheilungsszenarien, die auch Guerillakampf einschlossen.

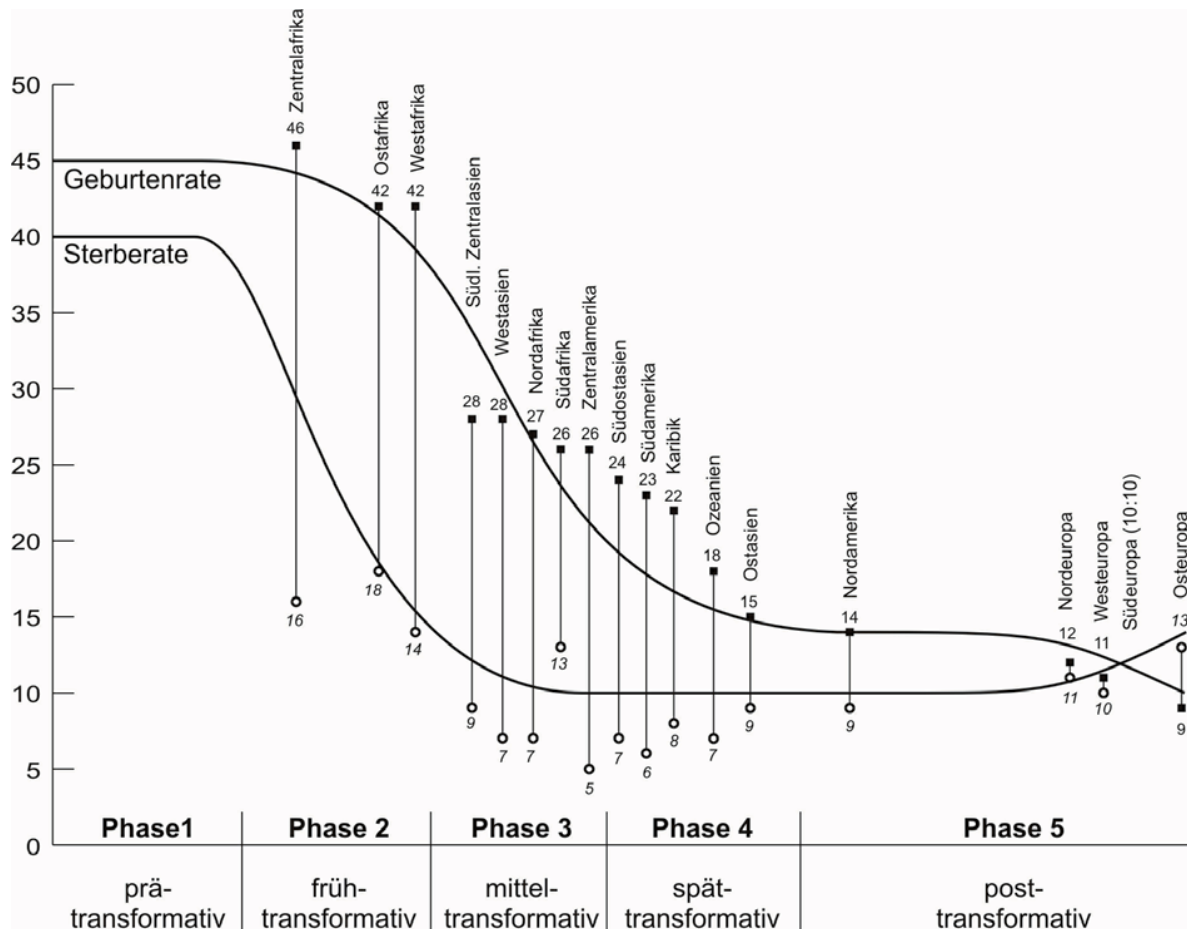
Heute, Jahrzehnte später, ist die Lage verändert: Nicht, dass wir in einer wirtschaftlich entwickelten Welt leben würden. Auch sind die malthusianischen Schreckbilder wie Hunger, Dösa-ster, Krieg und Bürgerkrieg, die der englische Pfarrer und Nationalökonom *Robert Malthus* vor 200 Jahren mit exzessivem Bevölkerungswachstum verbunden hatte, nicht verschwunden. Doch die Fachwelt ist heute um schmerzliche Erfahrungen reicher und mit ihren Urteilen vorsichtiger geworden. Heute ist Ostasien der große Hoffnungsträger der Entwicklung, voran China. Das tropische Afrika liefert dagegen den Anschauungsunterricht, wie sich Bevölkerungsdruck, Stammeskulturen („*ethnic revival*“), humane Misere und staatlich-politische Implor-

sion in verhängnisvoller Weise kombinieren. Auch Lateinamerika findet zu keiner befriedeten, integrierten Nationalstaatlichkeit.

Mit der Auflösung der Kolonialreiche und der Errichtung der Sozialstaaten sah sich Europa zu einer Politik der Abschließung veranlasst. Damit hat sich die westliche Sphäre der Illusion hingegeben, in sicherer Entfernung von den Entwicklungen bleiben zu können, die sich in der sogenannten Dritten Welt anbahnten. Europa durchlebt nun seit der Wende und besonders seit dem „11. September“ eine Desillusionierung: Europa musste sich vom Glauben an verbürgte Sicherheit innerhalb seiner Sphäre verabschieden.

Die Entwicklungskontinente („Südliche Hemisphäre“) sind in demographischer und politischer Umschichtung begriffen. Auf ihrem mühsamen Weg der Modernisierung durchschreiten Bevölkerungen Wachstumsstadien von unterschiedlicher Intensität. Hohe Geborenenszahlen und ebenso hohe Sterbeziffern bewirken nur schwache Bevölkerungszuwächse. Ein solcher Zustand hat Jahrhunderte lang andauert. Wenn Sterblichkeit zurückgeht und man vor allem mit Investitionen und medizinischen Techniken den Tod im Kindesalter bekämpft, gibt es immer mehr Überlebende, das heißt steigende Geborenenüberschüsse. Bevölkerungen begeben sich in eine signifikante Wachstumsphase, die in Europa mit allmählich nachfolgenden Geburtensenkungen beendet wurde und auf diese Weise wieder zu niedrigen Wachstumsraten gefunden hat.

Abbildung 1: Stand des demographischen Übergangs in verschiedenen Weltregionen, 2000



Quelle: Population Reference Bureau, World Population Data Sheet 2000; eigene Darstellung

Aus dem Verlaufsmodell des demographischen Übergangs (Abbildung 1) erkennt man, wie alle Bevölkerungen in ihrer Geschichte eine starke Wachstumsphase absolvieren, – wie sinkende Sterblichkeit so lange zu hohen Geborenenüberschüssen führt, bis ein innerer Bevölkerungsdruck, der in den Familien spürbar wird, den Familienplanungsgedanken entstehen und zur allgemeinen Praxis werden lässt. Der Bevölkerungsdruck erzwingt im Großen neue Wege der Nahrungsproduktion, der Technologie und Ressourcenverwendung sowie neue industrielle Organisationsformen.

Ein Blick auf die Entwicklungskontinente zeigt abermals, dass sie sich ebenfalls auf den Modernisierungsweg begeben haben. Doch bleibt ihnen nicht erspart, schneller und früher als die Europäer den Sprung von vorindustrieller Lebensweise in die postindustrielle, wissenschaftlich-technologische Welt zu vollziehen und – das zeigt zumindest der europäische Weg – religiöse und kulturelle Lebensweisen, die bis dahin gültig waren, zu überwinden. Das ist bisher nicht ohne Phasen von Lebensunsicherheit und Entwurzelung für bestimmte Schichten vor sich gegangen und hat Gegenbewegungen hervorgerufen. Der demographische Faktor wird während dieses 21. Jahrhunderts für Belastungen und Unruhe sorgen, aber auch Entlastungen bringen und Entwicklungen erzwingen. Es liegt an der Weltgemeinschaft und an der Einsicht der Entwicklungsländer, um welchen Preis sich die Modernisierungsprozesse vollziehen.

1.3 Demographische und soziale Weltdiskrepanzen – Ein Wechselverhältnis

Um einer besseren Anschaulichkeit willen kann man die Entwicklungsländer in drei Gruppen teilen, die aufgrund ihrer demographischen Datenlage einer bestimmten Entwicklungsetappe zuzuordnen sind. Das lässt sich anhand des demographischen Übergangsmodells demonstrieren (vergleiche Abbildung 1). Es gibt Erfahrungswerte, wonach eine geringe jährliche Zuwachsrate der Bevölkerung bis 1% auf einen fortgeschrittenen Modernisierungsstand hindeutet, eine hohe Zuwachsrate über 2% dagegen auf einen noch weiten Entwicklungsweg schließen lässt. Anhand der jährlichen Zuwachsrate und der durchschnittlichen Kinderzahl je Frau (Gesamtfertilität über 2,1 oder darunter) lässt sich ablesen, welchen Entwicklungsgrad eine Bevölkerung erlangt hat.

Stagnierende und abnehmende Bevölkerungen

In der Endphase des demographischen Übergangs befinden sich Nordamerika und Europa. Nordamerika wächst vornehmlich noch über Einwanderung beziehungsweise Nachkommen in Familien „südlicher Herkunft“. Europa mit nur 1,4 Kindern je Frau im Durchschnitt reproduziert sich defizitär, wie es für die 5. Phase des demographischen Übergangs typisch ist. Der Generationsersatz wäre erst mit 2,1 Kindern je Frau garantiert.

Dann folgt Ostasien, wo die durchschnittliche Kinderzahl je Frau inzwischen 1,7 beträgt und das jährliche Wachstum mit 0,7% bereits niedrig ist.

Auf dieser Stufe befinden sich die fortgeschrittenen außereuropäischen Regionen. Sie haben sich der demographischen Last auf ihrem Entwicklungsweg entwunden und stehen nun vor neuen Fragen. Beispielhaft sei auf solche verwiesen, denen sich China stellen müssen:

- (a) starke innerstaatliche Differenzen zwischen Stadt und Land, wobei Landregionen noch alle Anzeichen der „Dritten Welt“ tragen;
- (b) weiterhin bestehende Gefahr des Zerfalls des Landes in fortgeschrittene und rückständige Provinzen;
- (c) rasche Alterung durch Ein-Kind-Politik;

- (d) Friktion zwischen Liberalisierung der Wirtschaft und Beibehaltung eines autoritären politischen Regimes, die China auf Jahrzehnte hinaus beschäftigen werden.

Gruppe mit mäßigem Bevölkerungswachstum

Das westliche und mittlere Asien, vom Nahen Osten über den indischen Subkontinent bis Indonesien dagegen befindet sich in der Wachstumsphase mit niedrigen Sterbeziffern und nur sehr zäh fallenden hohen Geburtenwerten, ebenso das tropische Lateinamerika. Eine Kinderzahl von 3,5 im Durchschnitt bedeutet beinahe eine Verdoppelung der nachwachsenden Generationenstärke. Eine jährliche Wachstumsrate von 1,8 bis 2% unterstreicht das.

In der mittleren Wachstumsphase des demographischen Übergangs (von 1 bis 2% jährlichem Bevölkerungszuwachs) befinden sich jene Länder, die mit dem Problem des Bevölkerungswachstums umzugehen haben und dabei auf eine Kombination aus Bevölkerungspolitik und Entwicklungsinvestitionen angewiesen sind. In Südasien bestehen die Gefahren von Islamismus, der sich Modernisierung widersetzt und von Nationalismus im Vorgriff auf einen künftigen Großmachtstatus (Indien). Es handelt sich um äußerst heterogene Schwellenländer. Elend und Hochtechnologie liegen in unmittelbarer Nachbarschaft: Indien beherbergt über 40% der hungernden Bevölkerung der Erde und zugleich Experten und Spitzenkräfte. Diese Schwellenländer nehmen eine „ungleichzeitige Entwicklung“, wie sie Europa nicht kennt: sie sind arm, aber militärisch mächtig und ausgestattet mit Atomwaffen.

Starkes Bevölkerungswachstum

Die Staaten der dritten Gruppe schließlich mit über 1 Milliarde Menschen und den höchsten jährlichen Wachstumsraten haben eines gemeinsam. Der Demograph *Léon Tabah* hat es folgendermaßen ausgedrückt: „*A country with rapid population growth cannot structure itself rationally.*“ Mittelamerika (Nicaragua, Honduras, Belize, El Salvador und Mexiko) bietet seit Jahrzehnten ein staatlich-politisches Desaster.

In einer verschärften Wachstumsphase, mit der weitesten Spreizung von Geburtenniveau und Sterblichkeit, befindet sich Afrika. Es dürfte vor Ende des Jahrhunderts nicht die Stagnationsphase erreichen, jene Abschlussphase des demographischen Übergangs, wo sich Geburten und Sterbefälle auf niedrigem Niveau angleichen und kein Bevölkerungswachstum mehr hervorbringen. Afrika droht wegen demographischer und politischer Katastrophen, sowie der HIV-Epidemie südlich der Sahara, von der Weltentwicklung insgesamt abgehängt zu werden. Für die Implosion postkolonialer Staatlichkeit hat sich der Ausdruck „failing state“ eingebürgert. Die so genannten „Ärmsten Länder“ – und Afrika beherbergt 42 der 49 ärmsten Länder – gehören zugleich zu den am raschesten wachsenden Bevölkerungen. Wenn die Weltgemeinschaft verspricht, die 800 Millionen zählende hungernde Bevölkerung in gemessener Frist zu halbieren, dann muss sie wissen, dass sich diese Armutbevölkerung in circa 25 Jahren verdoppelt.

Westasien, der Nahe Osten, erlebt statt Entwicklung einen problematischen *religiösen Aufschwung*, darunter einen Fundamentalismus, der das rein Religiöse übersteigt und sich regionalpolitisch, wenn nicht gar weltpolitisch gebärdet. Das bringt ihn in Konfrontation zum modernen Westen. Das Stocken der Entwicklung in den islamischen Ländern ist in der Diskussion: der rapide Bevölkerungszuwachs in diesem Raum zwingt zur Modernisierung, die – im Gegensatz zur europäischen Entwicklung – in Form eines Kompromisses mit religiösen Traditionen oder sogar ihrer Einbeziehung vonstatten gehen wird – strenge religiöse Traditionen blockieren. Zudem kommt Entwicklung nur schleppend voran oder wird stagnieren, wenn ein Rohstoffreichtum erlaubt, alles von außen zu kaufen, ohne selbst noch im Innern zu produzieren. Verstärkt wird die Stagnation, wenn vorhandener Reichtum, etwa aus Ölvorkommen, nur die Macht herrschender Clans vermehrt, anstatt in Entwicklung investiert zu werden. Andere

Länder des Nahen Ostens befinden sich noch in einer trügerischen mittelalterlichen „Idylle“. So muss die Bevölkerung des Yemen mit 7 Kindern je Frau mit der Verdoppelung ihrer 20 Millionen Menschen in nur 20 Jahren rechnen.

2 Kulturdifferenzen – Entwicklungsdifferenzen

Die Weltkonfliktlage liegt in *Entwicklungsdifferenzen* begründet. Alle Fälle von internationalem Extremismus stehen mit ihnen im Zusammenhang. Man kann sie eingrenzen auf ein *Wohlstandsgefälle* nach ökonomischen Vergleichskriterien und ein Stabilitätsgefälle bezüglich sozialer Ordnung und Gouvernanz. Diese Diskrepanzen und Standardgefälle finden sich hinsichtlich

- (a) des Entwicklungsstandes und der Nähe/Ferne der heimischen Produktion zum Weltmarkt,
- (b) der Lebensformen und Lebenschancen (Prosperität, Vermögensverteilung, Familiengrößen und Lebenserwartung),
- (c) der Wertstrukturen, des Wertes des menschlichen Lebens, der sozialen Anrechte auf Existenz und soziale Sicherheit.

2.1 Generatives Verhalten – Ein Symbol der Kulturdifferenz

Die ökonomischen und sozialen Diskrepanzen zwischen Nord und Süd entsprechen auch den demographischen: jährliche Bevölkerungszuwächse und niedriges Bruttosozialprodukt pro Kopf finden sich auf der einen Seite, alternde Gesellschaften und höchstes Bruttosozialprodukt pro Kopf auf der anderen. Schwellenländer rücken mit ihren Indikatoren zu Sterblichkeit und Alterung schon näher an die moderne Welt und bilden mit wirtschaftlich erfolgreichen Regionen – weltwirtschaftlich gesehen – bald einen außereuropäischen Mittelstand.

Kulturdifferenzen zwischen Nord und Süd lassen sich sehr gut anhand des generativen Verhaltens aufzeigen: Die *Niedrig- oder Niedrigstfertilität* in Bevölkerungen Europas ist ein Resultat geschichtlicher Voraussetzungen, die in anderen Weltregionen fehlen, als da sind:

- Ein Funktionsverlust der Familie durch Einführung von staatlich-kollektivierten Systemen sozialer Sicherung, was den Verlust der ökonomischen und existenziellen Familienfunktion bedeutet: der Kinderwunsch wird auf das psychologisch-emotionale Bedürfnis beschränkt.
- Eine Senkung der Kindersterblichkeit, die bewirkt, dass das Bedürfnis nach Elternschaft mit wenigen, gegebenenfalls auch mit einem Kind befriedigt werden kann.
- Verbunden mit dem Bildungserfordernis und individueller Wohlstandssicherung entsteht ein Muster des Hinausschiebens von Bindungen, Verpflichtungen und Nachwuchs. Die Realisierung von Kinderwünschen wird zum lebensplanerischen Restposten und verliert sich nicht selten in den persönlichen Umständen von Frauen zwischen dem 28. und 35. Lebensjahr.
- In der Summe entfallen die ökonomischen und emotionalen Gründe für ein Bestanderhaltungsmilieu von 2,1 Kindern je Frau. Die individuelle Wohlstandsoptimierung, typisch für die postindustrielle Gesellschaft, erbringt in den EU-Ländern Mittel-, Süd- und Osteuropas eine durchschnittliche Kinderzahl je Frau von 1,1 bis 1,3.

Tabelle 2: Demographische Indikatoren islamischer Staaten

Land	Bevölkerung Mitte 2007 in Mio.	Natürliche Wachstums- rate in %	Durchschnitt- liche Kinder- zahl pro Frau	Bevölkerung unter 15 Jahren in %	Bevölkerung (Projektion) 2025 in Mio.
Marokko	31,7	1,5	2,4	30	38,9
Algerien	34,1	1,7	2,4	30	43,2
Ägypten	73,4	2,1	3,1	33	95,9
Sudan	38,6	2,2	4,5	41	54,3
Palästinensische Autonomiegebiete	4,0	2,9	4,6	44	6,2
Irak	29,0	2,5	4,9	42	43,2
Saudi-Arabien	27,6	2,7	4,1	38	35,7
Syrien	19,9	2,5	3,5	37	27,5
Türkei	74,0	1,2	2,2	28	87,8
Iran	71,2	1,2	2,0	29	88,2
Bangladesch	149,0	1,9	3,0	33	190,0
Pakistan	169,3	2,3	4,1	40	228,8
Deutschland	82,3	-0,2	1,3	14	79,6

Quelle: DSW Datenreport „Weltbevölkerung 2007“ (Hrsg. Deutsche Stiftung Weltbevölkerung/Population Reference Bureau) 2007

Obige Tabelle 2 handelt nicht mehr von fernen Welten, sondern teilweise sind dies Nachbarn der Europäischen Union. Im Jahre 2007 umfasste die Bevölkerung dieser Staaten 223 Millionen Menschen, die noch um 2% jährlich wachsen. Das bedeutet rechnerisch und projektiv eine Verdopplungszeit in 35 Jahren. Selbst die angekündigten sinkenden jährlichen Zuwächse ändern an den hohen Geborenenüberschüssen noch wenig. Die unter 15-Jährigen machen 45% der Gesamtbevölkerung aus und werden bald ihrerseits Eltern und Nachfrager nach Arbeit und Einkommen. Islamismus scheint eine Entwicklungshürde zu sein, vor allem wenn er Einfluss auf die Politik von ihm betroffener Länder nimmt. Es sei nur auf den „Bericht über Humane Entwicklung arabischer Länder“ verwiesen, der auf Betreiben arabischer Wissenschaftler erstellt worden ist und bewusst auf Entwicklungsrückstände aufmerksam machen will. Die Existenzformen und Lebenschancen vom Maghreb bis in den Nahen und Mittleren Osten werden sich in ihren sozialen, politischen und ökonomischen Inhalten von denjenigen Kerneuropas weiter entfernen, während moderne Kommunikationsmittel und geopolitische Verflochtenheit mit Europa zunehmen werden.

2.2 Die kulturelle Basis von Entwicklungsdifferenzen

Der westliche Lebensentwurf sieht eine individualistische Wohlstandsoptimierung vor, bei der weitergehende Familienpflichten stören. Der Lebensentwurf auf den Entwicklungskontinenten benötigt eine höhere Zahl überlebender Kinder zur Beschaffung der lebensnotwendigen Güter und zur Alterssicherung. Er sieht keine individuelle Lebensplanung vor, sondern einen Verbleib im größeren Familienverband.

Ein auf Demographie basierter Entwicklungsbegriff liefert ein anschauliches Bild vom Wohlstandsgefälle im Weltvergleich. Es ist eine Art moderner „Limes“, der die Kontinente durchzieht und die Begründung von Entwicklungsdifferenzen in den ethnisch-religiösen Strukturgegebenheiten einsichtig macht. Obwohl die Zeit der Schwarzweiß-Malerei vorbei ist, fällt eine Gegenüberstellung von moderner Welt und Entwicklungskontinenten hinsichtlich der Funktionsfähig-

keit von Wirtschaft und Politik enttäuschend aus und deutet auch auf Unvereinbarkeiten, die zwischen dem Westen und „dem Rest der Welt“ bestehen:

- (1) Die demographischen Trends der außereuropäischen Bevölkerungen stehen augenscheinlich unter dem Gesetz des an Europa entdeckten Demographischen Übergangs: ein Modernisierungs- und Industrialisierungsvorgang, der in der Demographie seine Entsprechung findet. Man registriert von unterschiedlichem Niveau aus sinkende Geburtenzahlen je Frau, Rückgang der Kindersterblichkeit, Steigerung der Lebenserwartung, insgesamt Alterung. Das Bevölkerungswachstum ist aber keineswegs zu Ende, denn die Differenz von Geburten- und Sterbewerten verweist immer noch auf bedeutende Geborenenüberschüsse, die bald Schulen und Lehrer brauchen und einmal Ausbildungsplätze und Arbeit. In Afrika, dem Nahen Osten und Zentralasien werden noch hohe Bevölkerungszuwächse bis Mitte des Jahrhunderts erwartet.
- (2) Es ist anzunehmen, dass die europäischen Ursachen demographischer Trends, wie Aufklärung, Industrialisierung, Säkularisierung, Demokratisierung und Auflösung der größeren Familienverbände außerhalb Europas nicht in derselben Weise Platz greifen werden: Die *Industrialisierung* nach europäischem Muster stößt an klimatisch-ökologische Grenzen. Außerdem wäre sie längst überholt, würde man sie nach dem Stil der ersten Industrialisierungswelle, symbolisiert durch Lärm und Fabrikschlot, einrichten wollen. Außereuropäische Länder müssen den Übertritt in die moderne, postindustrielle Phase (Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft) schaffen, wozu jedoch qualifizierende Einrichtungen fehlen. Die *Säkularisierung*, also der Bedeutungsverlust von Religion und Kirche, schreitet nur in Europa voran. Die *Demokratisierung* setzt sich am besten mit einer selbstbewussten Mittelschicht durch, die in der außereuropäischen Welt nur langsam wächst; außerdem existieren erhebliche Vorbehalte gegen die westliche Demokratie und den Liberalismus, wenn sie außerhalb des rein Ökonomischen, nämlich im politischen System eingerichtet werden sollen. Ostasien äußert sich hierzu eindeutig. *Familien- und Verwandtschaftssysteme* sind nach europäischem Vorbild nicht zu verkleinern oder aufzulösen; denn dies war die Folge der Kollektivierung der sozialen Sicherung, die sich nur europäische Staaten mit funktionierender Bürokratie und mit Stabilität in Wirtschaft, Finanzen und Politik leisten können. Dagegen ist außerhalb Europas der Familienverband die eigentliche Existenzgrundlage geblieben. Damit ist hier eine wichtige Entwicklungs- und Kulturdifferenz zu Europa gegeben.
- (3) Demographische Modernisierung auf den Entwicklungskontinenten, das heißt mit Familienplanung, Geburtenrückgang und Alterung, *bedeutet nicht, dass sich dort auch westliche Werte etablieren*. Das wäre ein „eurozentrischer“ Fehlschluss. Es ist eher zu erwarten, dass diese Räume verstärkt auf ihren kulturellen Eigenwert und eine Eigenentwicklung pochen werden. Einige erfahren längst, wie sie als Rohstofflieferanten umworben werden und aus militärischer Stärke und wachsender wirtschaftlicher Macht Nutzen ziehen können. Die Entwicklungsländer mit den höchsten Bevölkerungszahlen werden sich trotz innerer Zerrissenheit und latenten oder offenen Bürgerkriegen ihrer Bedeutung zuerst bewusst werden.
- (4) Es entsteht ein neuer Typus von Entwicklungsländern, wie ihn Europa nicht kennen gelernt hat: Entwicklungsländer, die militärisch und in bestimmten Wirtschaftssektoren mächtig und sogar Atommächte sind, zugleich aber der Armen Welt zugerechnet werden. Ein erheblicher Teil der Bevölkerung lebt am Rande oder unterhalb des international festgelegten Existenzminimums, zum Beispiel Indien.

Die Diskrepanzen gegenüber dem Westen verringern sich in Ostasien rasch, in China vielleicht sogar überstürzt. In Zentral- und Westasien sowie in Nordafrika schwinden sie dafür kaum merklich oder in einer Weise, wie sie für die übrige Welt ein Problem bleiben

werden. Sie werden zu neuen unberechenbaren Mitspielern im internationalen Konzert. Beispiele hierfür wären Indien, Pakistan, der Iran, Ägypten und der Sudan.

Diese Bevölkerungen stehen noch in der Wachstumsphase des demographischen Übergangs, den sie nach den optimistischen Zeugnissen französischer Demographen zügig durchschreiten würden. Dennoch müssen sie mit enormen Geborenenüberschüssen rechnen, von denen noch niemand weiß, wie sie einmal in beschäftigte Arbeitskräfte zu verwandeln wären. Starke Geburtsjahrgänge werden in circa 20 Jahren zu starken Heirats- und Elternjahrgängen, die dann ihrerseits geburtenstarke Jahrgänge hervorbringen. Sollen Demographie und Ökonomie dereinst harmonieren, dann müssen diese Völker jetzt schon „laufen, nur um auf der Stelle zu bleiben“. Der Übergangsprozess kommt bei den Ländern ins Stocken, welche nicht über die erforderlichen Kapazitäten zur Modernisierung von Ökonomie, des Bildungswesens, der Sozialstruktur (Entstehung einer Mittelschicht) und des politischen Systems verfügen.

Was in der Weltentwicklung beunruhigt, ist der Zweifel an der Allgemeingültigkeit der westlichen Modernisierungsdoktrin. Die westliche Vorstellung der Entwicklung, wonach Freie Marktwirtschaft zu Wohlstand, Demokratie und Friedfertigkeit führen würden, ist für die Entwicklungsländer bisher nicht nachzuvollziehen, zumal der Westen hier ein geschöntes Bild von sich selbst zeichnet. Die Debatte um die Demokratiefähigkeit der Gesellschaften außerhalb des westlichen Kulturkreises dauert deshalb noch lange an. Das westliche Lebensmodell mag angenehm und verführerisch sein, die kulturellen Kosten jenes Weges, der zu ihm führt, wollen und können in absehbarer Zeit jedoch nicht entrichtet werden. Gravierende Unterschiede, die auf einen anderen Modernisierungsweg verweisen, sind folgende:

- (5) Die Trennung von *Politischem System und Wirtschaftssystem*, wovon Ersteres dirigistisch verfährt und Letzteres liberalistisch, finden wir in fast allen Entwicklungsländern. Wo beide vereint sind, sind sie es in falscher Weise: eine politische Diktatur, die eine bürokratische Zentralwirtschaft lenkt und in staatlichem Besitz hält.
- (6) Es sind noch keine ausreichend finanzierten sozialpolitischen Einrichtungen zu sehen, welche die sozialen Probleme lösen könnten. Die *Familie* und Verwandtschaft (*kinship, joint family*) werden durch eine wahre Volkswirtschaft nicht so schnell ersetzt werden können wie in Europa. Kollektivierte Systeme der sozialen Sicherung brauchen eine stabile verlässliche Wirtschafts- und Eigentumsordnung (Wachstum, Währungsstabilität). Andernfalls bleibt die Großfamilie in diesen Weltregionen unersetzbar. Nach allgemeinem Dafürhalten wird sie das auch bleiben. Denn der typische westliche Individualismus, der diese Kulturrevolution einleiten müsste, hat dort keine geschichtliche Basis.
- (7) „Modernisierung ja, Verwestlichung nein!“; „Was für den Westen das Wichtigste, ist für den Rest der Welt das Allerunwichtigste“ – „The West against the rest.“ So lauten einige der Hauptthesen des amerikanischen Politologen *Samuel Huntington*, dessen „Kampf der Kulturen“ seit seinem Erscheinen 1993 für Debatten sorgt.

3 Globalisierung und ihre unbeabsichtigten Folgen

Globalisierung ist von erheblicher demographischer Relevanz. Sie bewirkte eine „Verkleinerung der Welt“: sie hob die räumliche Trennung unterschiedlichster Lebensformen auf, indem Information und Kommunikation einen regionalen Chancenvergleich und eine ungeahnte Mobilität von Einzelnen und von Gruppen ermöglichen. Wanderungsbewegungen verändern die Herkunftsregion, das Zielland und nicht zuletzt die wandernde Person. Die Dringlichkeit von Einwanderung ergibt sich aus Arbeitskräftemangel in den Zielländern, die allgemeine Einschätzung der Migration geht aus der Integrationsfähigkeit der Einwanderer am Ort ihrer Niederlassung hervor. Dass beide Seiten, die ökonomische wie die kommunale, die Einwanderung

verschieden einschätzen und selten harmonisieren, ist schon auf Globalisierungsfolgen zurückzuführen: wo äußere Grenzen fallen, feiern innere Grenzen wie Zugehörigkeiten, Gemeinsamkeiten und Lokalkulturen eine Auferstehung. Lokalkulturen, angesichts des Verschwindens von Grenzen voreilig totgesagt, finden so zu einer neuen Funktion und Effektivität. „Ethnizität“ wird in unsicherer und unberechenbarer Welt als beständiges Vertrauenskapital wieder entdeckt.

3.1 Die demographischen Folgen – Immigration und Ethnisierung

Die Migranten des 21. Jahrhunderts entsprechen nicht mehr den idealen Vorgaben und Integrationsverläufen, die das 19. und 20. Jahrhundert noch erwarten konnten. Migration in der Globalisierung heißt, dass der Immigrant vorerst in die längst existierende kulturelle Infrastruktur seiner Landsleute, in die Medien- und Informationswelt seiner Herkunftskultur eingebunden wird. Er tritt in Netzwerke ein, die grenzüberschreitend ins Herkunftsland reichen und ist nicht mehr gezwungen, die Brücken hinter sich abzurechen, was früher mit dem Migrationsvorgang schmerzlich verbunden war. Was der deutsche Auswanderer im 19. und 20. Jahrhundert auf sich nehmen musste, um in fremden Städten bestehen zu können, bekommt der Immigrant nach Deutschland heute nicht annähernd so hart zu spüren. Hierzu eine Äußerung der Soziologin *Necla Kelek*: Man könne sein in Anatolien gewohntes Leben hier unbehellig weiterführen. Die Integrationsdefizite treten erst zutage, wenn die Migrantenkinder der zweiten und dritten Generation im Schulwesen des Aufnahmelandes versagen.

Die Kultur- und Identitätsfrage wird über Migranten im Aufnahmeland aufgewühlt. Die heutige internationale Migration unterscheidet sich von ehemaliger Gastarbeit und zeitlich begrenzter Vertragsarbeitsmigration dadurch, dass sie nach Eintritt in Selbsthilfenetze der Landsleute zu einer mehr oder weniger geschlossenen ethnischen Gemeinschaft führt, und den Aufnahmelandern als Nicht-Integration, als Überfremdung beziehungsweise fremde Landnahme erscheint. Migranten, die in der Herkunftskultur verharren, führen das Aufnahmeland in eine *Ethnisierung*. Ethnische Zugehörigkeit ist ein zentrales Attribut jedes Menschen.

Die Einwanderer erleben offensichtliche Standard-Differenzen, Lebensgefälle, Differenziale zu ihrer Herkunftsregion, die der Westen vorweisen kann und die auch der Anlass waren, einzuwandern. Sie stehen dann vor schwerwiegenden Entscheidungen und Vorgängen, die ihren Weg im Aufnahmeland für längere Zeit festlegen werden.

3.2 Globalisierungsfolgen und die Prägung der Regionen

Die Globalisierung hat neben der Durchlässigkeit von Grenzen über ihre Informations- und Kommunikationsströme noch eine *zweite Welttendenz* hervorgerufen, eine reaktive Bewegung: Die Aufwertung der „Herkünfte“, der Lokalkulturen, Volksgruppen, „Ethnien“ und Bindungen durch Verwandtschaft, Familie und Religion. Sie ist eine Reaktion auf durchlöchernte politische Grenzen, die nun „das Eigenkulturelle“ nicht mehr schützen und abschirmen. So müssen es die Gemeinschaften selbst besorgen und ein neues Gleichgewicht finden von Zusammenhalt nach innen und Schutz nach außen: zu viel Abschließung („Kommunitarismus“) ist zu vermeiden und zuviel Offenheit würde wiederum Zerfall der gewachsenen Ordnung und Identitätsverlust bedeuten.

Wenn äußere Grenzen fallen, werden innere gezogen und sie verlaufen entlang den Linien der ethnisch-religiösen Herkunft. Dieser Vorgang verdeckt die vor der Wende geltenden Kriterien nach *Karl Marx* (arme und reiche Klassen), die politischen Kriterien (rechte und linke Parteien) und die sozialen Kriterien (Bildungsgrad), denn gerade sie schützen in einer globalen Welt nicht mehr – oder vielleicht nur dort, wo ausgebauter Rechtsstaat und Polizei noch Personenschutz garantieren. Religiöse und kulturelle Zugehörigkeit zu ihr wird in unübersichtlicher Welt ein unentbehrliches Vertrauenskapital.

Diese Rückkehr zu den angestammten Beziehungen läuft der Globalisierung und globalen Vereinheitlichungen zuwider. Daraus entsteht eine veränderte Weltsicht: die großen Differenzen im Lebensstandard, die sich zwischen der modernen Welt und den Entwicklungskontinenten aufbauten, und bisher wirtschaftspolitisch begründet wurden, werden nunmehr vermehrt auf „Kulturdivergenzen“ zurückgeführt. Damit bekommen sie eine eigenständige Würde, verlieren das Kriterium bloßer Zurückgebliebenheit gegenüber dem Westen. Diese 5 Milliarden Menschen in den heutigen Entwicklungsländern fühlen sich in einem Stadium des Übergangs und Wandels, aber nicht notwendigerweise auf einem Weg der *Verwestlichung*. Wir stehen vor dem Phänomen einer Ethnisierung aller Lebensdiskrepanzen im Weltmaßstab, welche das bisherige globale Verhältnis von arm und reich relativiert. Nicht mehr ein zeitliches Hintereinander von aufholenden Zurückgebliebenseins und Modernität, sondern ein Nebeneinander gleich alter und gleichwertiger Kulturen ringt mit den je eigenen Problemen der Gegenwart und einer ungewissen Zukunft.

Ein derartiges „Kulturbewusstsein“ muss mit etablierten Mächten in Kollision geraten. Die wirtschaftliche Dominanz des Westens trägt seine Dynamik auch in die Entwicklungsländer, deren Strukturen aber eine groß angelegte Modernisierung im westlichen Sinne gar nicht zulassen. Nur die streng bewachten Residenzen und Regierungsviertel ähneln dem Westen, sonst sind Entwurzelung, Landflucht und exzessives Städtewachstum die zweifelhaften Segnungen, wo einer westlichen Idee von Rationalität blind gefolgt wird. An der Idee der Kulturdivergenz zu anderen Welten lassen sich Lebensgefühl und das nationale Statusdenken sichtbar machen. Die Wege der globalen Ökonomie sind dagegen verschlungen und nicht mehr fassbar. Kulturdivergenzen erschöpfen sich nicht in der Begehrlichkeit nach dem materiellen Überfluss des Westens. Dahinter steht das mächtige Interesse, ihn insgesamt der eigenen Kultursphäre einzuverleiben. Wie viele dem inneren Ruf folgen, den Erdball Allah zu Füßen zu legen, ist eine unbekannte und unbestimmbare Größe.

4 Weltkonflikt und Extremismus

Mit dem Ausdruck Globalisierung verband sich ursprünglich die grenzenlose Beweglichkeit von Gütern, Dienstleistungen und Finanzkapital. Die einstürzenden Türme des New Yorker World Trade Center am 11. September 2001 haben einen weitergehenden Charakter der Globalisierung unterstrichen. In Zeiten der Rangkämpfe von Religionen, Kulturen und Wertsystemen gelten für Konfliktparteien keine Grenzen mehr. Die Lebensformen müssen sich als wertvoll darstellen, Verteidigungsbereitschaft erkennen lassen und äußere und innere Feinde bloßstellen.

4.1 Kulturbewusstsein und Wohlstandsgefälle – Der Nährboden des außereuropäischen Extremismus

Die Flucht der Staaten und gesellschaftlichen Gebilde aus den Großideologien des Kalten Krieges, sowohl aus dem westlichen Wirtschaftsliberalismus wie dem östlichen „real existierenden Sozialismus“, war in beiden Fällen eine Flucht aus Diesseitsreligionen, die ihren Ursprung in Europa hatten. Die Rückbesinnung der einzelnen Spaltprodukte dieses 1990 zerfallenen Kolosses auf seine Eigenheiten konnte damit beginnen.

Die Welt-Unordnung der Gegenwart nimmt ihren Ausgangspunkt von eifrig und eifersüchtig bewachten kleinen Räumen, die vom kollektiven Gedächtnis in Erinnerung gerufen werden. Es sind die Ansprüche gegenüber dem jeweiligen Nachbarn oder einer Gemeinschaft, die nicht vergessen werden, nie verjähren, und im günstigen Moment eingefordert oder erkämpft werden. Alle Konflikte seit 1988 haben dieses Muster: im Kaukasus, am ethnisch-religiösen Flickenteppich des Balkan, in Afrika der Großen Seen und südlich der Sahara, im Fernen Osten bis zur Insel Mindanao der Philippinen, ganz zu schweigen vom Nahen Osten, dem Osten der Türkei und den Rivalitäten im Irak.

Doch diese Grenzstreitigkeiten sind nicht mehr dieselben wie im 19. Jahrhundert, die sich im lokalen Bereich austragen ließen und dort erschöpften. Sie stellen eher einen Abgrenzungseifer dar, denn inzwischen steht hinter ihnen ein ethnischer, nationaler und letztlich religiöser Auftrag. Dies erklärt am ehesten die Zähigkeit und Verbissenheit, mit der noch so unbedeutend scheinende Ziele verfolgt werden. Auf unterster Stufe sind zu finden

- Minderheiten- und Autonomiekämpfe innerhalb von Nationalstaaten beziehungsweise Völkerrechtsgebilden;
- Abspaltungs- und Sezessionsbegehren von Provinzen, die zwischen Anschluss an den Nachbarstaat und Selbständigwerdung schwanken;
- Religiös basierte Konflikte, die sich um Großreligionen in Großräumen entzünden, weil sie dort zu einem Ordnungsfaktor aufgewertet wurden.

Der säkularisierte Europäer richtet sein Leben nicht mehr nach Religion und Kirchenjahr aus und kann dies bei Orientalen, wo dieser Zusammenhang noch existiert, nicht mehr begreifen. Seine restriktive Einstellung gegenüber dem Religiösen in Staat und Gesellschaft steht im Gegensatz zum expansiven Islam, der – von rivalisierenden Richtungen abgesehen – nach innen unbedingte, kulturell-religiöse Integrität des Raumes fordert und nach außen sich gleichzeitig um Abgrenzung und Ausdehnung bemüht. Für Letzteres nutzt er geschickt und abwechselnd Klugheit, Entschlossenheit und Diplomatie.

Damit ähnelt die Situation einem Kalten Krieg, der sich laufend in heißen Phasen und Aktionen entlädt und schwer zu schlichten und zu beenden ist. Hier besteht ein gravierender Unterschied zum nationalstaatlichen Krieg: in ihm war es um beiderseits begehrte Güter wie wertvolle Territorien oder Handelswege gegangen, und er wurde auf beiden Seiten unter Beachtung zivilisatorischer Errungenschaften geführt (Haager Landkriegsordnung, Genfer Konvention, Ächtung von Kriegsverbrechen). Der asymmetrische Krieg, von dem weltweit die Rede ist, kennt keine internationalen Abmachungen. Er geht auch nicht um materielle Dinge, nicht um kalte „hardware“ wie Güter dieser Welt, sondern um heiße „software“: um unveräußerliche Zuschreibungen wie Religion (als „Religiosität“), Ethnizität und angestammtes Territorium - nicht um Grund und Boden an sich, sondern um Grund und Boden, der von Fremden gesäubert ist, sich in „reinem Zustand“ befindet. Ein solches Kriegsziel ist einem säkularisierten Staat der Moderne nicht zu vermitteln. In Afghanistan stehen sich eine „Schutztruppe“ zur Verbreitung westlicher Werte und ein Rückeroberungswille einheimischer Untergrundkämpfer für einen fundamentalistischen Gottesstaat gegenüber. Die Konfliktparteien operieren auf verschiedenen Ebenen und bleiben in Kriegstaktik und Kriegsziel einander fremd.

Die unbegreiflichen und fremdartigen Konfliktlinien sind vom Alltag und von Institutionen des Westens nicht mehr fernzuhalten. Die Globalisierung ist keine erwünschte Einbahnstraße; sie steht auch für unerwünschten Gegenverkehr. Sie löst Gegenkräfte aus, die Folgendes beinhalten:

- ein ungewohntes Aufeinandertreffen verschiedener Kultur- und Entwicklungsstufen, religiös gestützten Weltbildern und Lebensformen: was sich früher friedlich auf Distanz halten konnte, rückt nun räumlich und massenmedial aneinander. Globalisierung und Demographie beenden in diesem Jahrhundert eine räumliche Abschließung, bei der Kulturen und Identitäten in ihrem Selbstverständnis nicht angetastet wurden. Eine Globalisierung der Information, der ökonomischen Macht und von umstrittenen ethischen Normen greift in den Geltungsbereich von Lokalkulturen ein. Sie bedrohen damit Vertrauensräume, die in einer fremdartig gewordenen Welt umso dringender benötigt werden.
- Immigrationsvorgänge in verstärktem Ausmaß, wobei die Immigranten die Ansprüche ihrer Ethnizität in die Aufnahmeländer tragen können und sich auf deren Grundlage in Selbsthilfenetzen organisieren.

- Die Tatsache, dass die hohen Standards im modernen Aufnahmeland beeindruckend und die Immigranten veranlassen, eine herabstufende Selbsteinschätzung vorzunehmen. Die höheren Bildungsgrade werden davon am ehesten getroffen, empfinden Demütigung und suchen nach seelischen Kompensationen in der Herkunftskultur.
- Das Unbehagen, dass „*die kalte Zweckrationalität der liberalen Gesellschaft*“ (Terry Eagleton), die auf Zersetzung der Verwandtschafts- und Familienbande zielt und Angst vor Identitätsverlust auslöst, zu Abwehrreaktionen und damit zu Desintegration führen können.

Das *Wohlstandsgefälle* zwischen Nord und Süd, zwischen Orient und Okzident spielt in der latenten oder offenen Feindseligkeit gegen den Westen eine zentrale Rolle. Sie ist gewissermaßen der Umschlagplatz von Gewinnen und Verlusten der Akteure in einer geteilten Welt. Im Süden herrschen demographisches Wachstum, schwache Ökonomien, politische Instabilität und handelspolitische Forderungen an die Adresse der Triade USA, EU und Japan. Dem stehen im Westen Probleme der demographischen Alterung, der Beschäftigung und sozialen Sicherheit gegenüber. Beide Entwicklungsstadien bilden auch eigene politische Perspektiven aus, die die Spaltung zwischen ihnen vertiefen.

Nach Wohlstandsgefälle und Diskrepanzen der politischen Kultur sind die geheimen Kriegsschauplätze zu beachten, welche eine Art Schleusenfunktion zwischen den höheren und niederen regionalen Standards innehaben. Sie haben sich mit der Globalisierung perfektioniert. Diese *geheimen Kriege* sind

- Waffenhandel und -schmuggel,
- Menschenschmuggel (*trafficking*) und Prostitution,
- Drogenhandel und daraus erfolgende Geldwäsche,
- Geldwäsche, die die Form von Wirtschaftsinvestition großen Stils annimmt und die Normalwirtschaft eines Staates korrumpiert oder zumindest beeinflusst.

Nun werden diese Kriegsschauplätze wahlweise kombiniert, auch um politische Ziele durchzusetzen: nationale Ansprüche, Minderheitenrechte und Freiheitskämpfe aller Art. Ihre Finanzierung erfolgt auf eben denselben „geheimen“ Wegen und erstreckt sich auf Know-how für die Herstellung von Massenvernichtungswaffen und Atomtechnik.

Vor dem Hintergrund eines *Gefälles* zwischen billiger Arbeitskraft und Warenproduktion im Süden und hohem Lohnniveau und Verkaufspreis im Norden eröffnet sich eine lohnende Gewinnspanne und Finanzquelle. Um sie zu nutzen, werden hohe Risiken eingegangen. Teile daraus werden gewinnbringend angelegt, so dass die Grenzen zwischen rechtsförmiger Wirtschaft, organisierter Kriminalität, Mittelbeschaffung zu Freiheitskämpfen, zu Extremismus und Terrorismus fließend werden.

Es ist auffällig, dass das Wohlstandsgefälle zwischen Nord und Süd, die tiefen Kulturdifferenzen zwischen Orient und Okzident mit *Feindschaft gegen den Westen* aufgeladen sind. Es ist gewiss schwierig, die Ursachen dieser antiwestlichen Haltung schlicht zu benennen. Doch sie begleitet schon lange den Aufstieg der ehemaligen Dritten Welt. Ressentiments gegenüber den einstigen Kolonialherren und heutigen Weltmarktbeherrschern spielen noch eine Rolle. Der Nahostkonflikt dürfte aber der Energiespender dieser Haltung sein. Die enormen internen Auseinandersetzungen und Richtungskämpfe in den Staaten des Nahen und Mittleren Ostens, die nur mehr durch einen gemeinsamen äußeren Feind zu beschwichtigen sind, tragen ebenfalls hierzu bei.

Die Entwicklungsdifferenzen im Weltmaßstab sind die verlässlicheren und leider langfristig angelegten Ursachen jener Spannungen, mit denen Deutschland, Europa und die Welt zu tun haben: Außenpolitik und Innenpolitik gehen ineinander über. Außenprobleme finden im Innenpolitischen bald ihr Abbild.

4.2 Außereuropäischer Extremismus als Immigrationsimport

Während der politische und soziale Extremismus die Menschheitsgeschichte begleitet und bestens bekannt ist, ist der religiöse und kulturelle Extremismus in Europa doch zur Ausnahmeerscheinung geworden. Und zwar aufgrund dessen, was dort zum Nationalstaat (*Nation Building*) geführt hat: Aufklärung, die Trennung von Staat und Religion, und schließlich der Nationalstaat, der um die Kulturnation herum die Staatsgrenze gezogen und sie in eine Solidargemeinschaft verwandelt hat. Die industrielle Nation wurde das emotionale Auffangbecken für das, was in der bäuerlichen Kultur Religion gewesen war – sie bekam die Rolle eines diesseitigen Religionsersatzes.

Der Kulturgegensatz „*The West against the Rest*“ – wurde immer wieder virulent: man denke an die Aktionen der „Gruppe der 77“ in den Vereinten Nationen, an die Rohstoff- und UNCTAD-Konferenzen in den 1970er Jahren, auf denen unumwunden eine „Neue Weltwirtschaftsordnung“ gefordert wurde. Dieser erste „Nord-Süd-Konflikt“ war noch mit antikolonialistischem Ressentiment geladen und materiell begründet. Im 21. Jahrhundert nimmt er tatsächlich das Gesicht eines Kulturkampfes an, wobei die Gegenstände des Kampfes immaterielle, ideelle Güter sind, die allerdings irdische und blutige Auseinandersetzungen hervorrufen. Dieser Nord-Süd-Gegensatz nun macht ihn als Wohlstandsgefälle bewusst und bringt es mittels Informations- und Kommunikationstechnik in jede Behausung. Die ökonomisch-finanzielle Grenzüberschreitung kündigt von der Präponderanz des Westens, während die internationale Migration eine Folge des sichtbar gemachten Wohlstandsgefälles zwischen Nord und Süd ist. Dabei soll die breite Gastarbeiterroute in die Golfstaaten und nach Südafrika nicht vergessen sein. Manche sagen, Migration sei die „Globalisierung von unten“.

Die Zuwanderung aus Konfliktregionen in die moderne Welt, womit die lokalen Spannungen eine Art Reisegepäck werden, hat die Frage der Inneren Sicherheit in den modernen Zieländern aufgeworfen. Diese Frage übersteigt die polizeiliche Routine, weil hier Delikte analysiert und verhindert werden müssen, die außerhalb des Landes ihre Ursache haben und im modernen Zielland nur ihre Konkretisierung erfahren. „*Kulturdelikte*“ werden einmal innerhalb der islamischen Zuwanderergemeinden begangen (Bräuche die mit westlichen Persönlichkeitsrechten unvereinbar sind, Verbrechen aus „*Familienehre*“, bei bestimmten afrikanischen Zuwanderergruppen die Mädchenbeschneidung), sodann gegenüber der öffentlichen Ordnung des Aufnahmelandes. „*Kulturdelikte*“ stellen für die Exekutive und Rechtsprechung problematische Fälle dar, weil es sich offenkundig um Integrationsmängel handelt, von denen auf ein Staats- und Politikversagen in der Einwanderungspraxis geschlossen werden kann. Fehlende Rechtsgrundlagen zeugen von mangelndem Problembewusstsein.

Extremismus ist kulturinterner Konflikt um die Erweiterung und Änderung gesellschaftlicher Ziele und nicht weniger heftig um die richtigen Mittel, sie zu erreichen. Extremismus besteht in der fanatischen Werbung für radikal veränderte Gesellschaftsziele oder radikal anzuwendende Mittel außerhalb der sozialen Norm. In der Sprache der Herkunftskultur von Immigranten mag es Fundamentalismus, Islamismus, mit Mordabsicht Djihadismus lauten; für eine westliche Demokratie ist es Extremismus und Terrorismus. Extremismus erfährt eine ungeheure Dimensionserweiterung, wenn er über Kontinente hinweg ausgreift, um mit verbotenen und geächteten Mitteln gesellschaftsändernde, nicht konsensfähige Ziele durchzusetzen.

Es gibt eine graduelle Abstufung der Aversion gegen den Westen. Er reicht von Gleichgültigkeit gegenüber den Geboten der Kultur des Aufnahmelandes, der absichtlichen Integrationsverweigerung bis zur religiös begründeten Aktion – von Konflikten mit der gewachsenen Ordnung des Aufnahmelandes bis hin zu Verbrechen gegen dieselbe. Sie bereiten sich in aller Stille vor, suchen den öffentlichen Eklat und schrecken dabei vor nichts zurück.

Integration kann nicht allein im Aufnahmeland geleistet werden. Bereits bei der Aufnahme der Immigranten muss geprüft werden, ob die Aspiranten bereit und fähig sind, den Anforderungen europäischer postindustrieller Gesellschaften zu entsprechen. Eine Gewähr für zivilgesellschaftliches Wohlergehen wird es nicht geben können, weil religiöse Erweckung und Enttäuschungsverarbeitungen weder vorhersehbar noch eindeutig zu diagnostizieren sind. Gefährdet von sektiererischer Vereinnahmung sind Angehörige von Bildungsschichten, worunter auch die in Deutschland Studierenden aus dem Nahen und Mittleren Osten zu zählen sind. Die Verfassungsdienste werden wohl bemüht werden müssen, prophylaktisch zu eruieren und zu handeln. Eine besondere Gefahr sind die Überwechsler in den islamischen Religionskreis (Proselyten), sobald sie Handlungen herbeisehnen, von denen sie glauben, ihren inneren Kulturwechsel ihrer neuen Gemeinschaft gegenüber beweisen zu können.

5 Die Frage der Angleichung der Weltregionen und des Ausgleichs der Spannungen

Die zentrale Frage von Innen- und Außenpolitik kann vorerst lauten: *Wird sich dieses demographische Gefälle Nord/Süd, Okzident/Orient jemals ausgleichen? Werden sich die Entwicklungsdifferenzen so verringern, dass auch die Gefahren, die von ihnen ausgehen, verschwinden?*

Gegen Ende dieses Jahrhunderts könnte es zu einem Ausgleich der Welten kommen; die Schwellen- und Entwicklungsländer werden nicht arm bleiben. Die Welt ist bereits Zeuge, wie China, Indien, Brasilien und andere den Sprung von den Elendsprophezeiungen eines Malthus in die Arbeitsintensität schöpferischer Zerstörung im Sinne des großen Ökonomen Joseph Schumpeter schaffen. Sie sind derzeit noch Lohn-Unterbieter auf den Arbeitsmärkten des Globus und Produzenten von Massenware. Nach vielen Elendsberichten gibt es nun Berichte von steigenden Zahlen von Jugendlichen auf dem Qualifizierungsweg. Tausende junger Menschen lebten vor Jahren noch von niederen agrarischen Handlangerdiensten, nun erreichen uns die Bilder von Tausenden junger Menschen hinter Nähmaschinen und Computern. Der Druck der Entwicklungsländer auf die heutige moderne Welt wird erst nachlassen, wenn die Entwicklungsländer in ähnliche Problemlagen eintreten werden, wie sie die Moderne Welt heute hat. Neben den internen Problemen, die auch bei ihnen die demographische Alterung aufwerfen wird, werden auch die Fragen der Lebensgrundlagen, des steigenden Bedarfs wachsender Mittelschichten und letztlich die Bewahrung der natürlichen Ressourcen in den Vordergrund rücken.

Selbst wenn diesen Vorhaben einigermaßen Erfolg beschieden sein sollte, werden die Faktoren, die zum Problem der Kultur- und Entwicklungsdifferenz führen, nicht beseitigt sein. Es deutet alles darauf hin, dass sich die Aussage von *André Malraux*, dem ehemaligen Linksintellektuellen und General De Gaulles Kulturminister, bestätigen wird. „Das 21. Jahrhundert wird ein religiöses sein, oder es wird nicht sein.“ Die Menschen außerhalb Europas werden in ihrem ethnisch-religiösen Bewusstsein nicht nachlassen und den politischen und wirtschaftlichen Aufstieg ihres Herkunftslandes auch im westlichen Zielland mit Sympathie und einem Quantum Identifikation mit ihm begleiten. Die „religiöse Gefahr“ in einer Sphäre der Religionsfreiheit besteht weiterhin.

Deutschland ist wegen seiner sozialpolitischen Lasten und des globalen Konkurrenzkampfes um Märkte, Technologien und Wissen zum wirtschaftlichen Erfolg verdammt. Politischer und religiöser Extremismus, ethnische Konfliktlagen, die sich immer mit organisierter Kriminalität verbinden, bremsen und beeinträchtigen. Die Mittel zu ihrer Bekämpfung werden zeitweilig stumpf und gehören daher ständig auf den Prüfstand.

Literatur

- Bar, Shmuel*, 2004: The Religious Sources of Islamic Terrorism, in Policy Review, Nr. 125, June 2004
- Coleman, David*, 2006: Europe's Demographic Future: Determinants, Dimensions, and Challenge. In: *Demeny, Paul; McNicoll, Geoffrey* (Hrsg.): The Political Economy of Global Population Change, 1950-2050. Population and Development Review. A Supplement to Vol. 32: 52-95
- Coleman, David*, 2006: Immigration and Ethnic Change in Low-Fertility Countries: A Third Demographic Transition. In: Population and Development Review 32, (3): 401-446 (September)
- Demeny, Paul; McNicoll, Geoffrey*, (eds.), 2006: The Political Economy of Global Population Change, 1950 – 2050, A Supplement to Vol. 32, Population and Development Review, Population Council, New York
- Deutsche Stiftung Weltbevölkerung*, 2008: DSW-Datenreport (Soziale und demographische Lage zur Weltbevölkerung). Siehe unter www.weltbevoelkerung/pdf/dsw_datenreport_08
- Deutsche Stiftung Weltbevölkerung*, 2007: DSW-Datenreport 2007. Soziale und demographische Daten zur Weltbevölkerung. (PDF-Dokument: <http://weltbevoelkerung.de/publikationen/dsw-datenreport.shtml?navanchor=1010050>)
- Eagleton, Terry*, 2008: Die Gottesfrage, DIE ZEIT, Nr. 20
- Fuller, Graham E.*, 2002: The Future of Political Islam. In: Foreign Affairs, March/April
- Global Commission on International Migration* (Hrsg.), 2005: Migration in einer interdependenten Welt: Neue Handlungsprinzipien. Bericht der Weltkommission für internationale Migration. Deutsche Ausgabe: Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V.
- Grünheid, Evelyn*, 2008: Die Auswirkungen demographischer Entwicklungen auf die innere Sicherheit in Deutschland. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 33, 1: 55-88
- Huntington, Samuel P.*, 1997: Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert („The Clash of Civilisations“), München – Wien (4. Auflage)
- Kent, Mary M.; Haub, Carl*, 2005: Global Demographic Divide, Population Bulletin, Vol. 60, No. 4, Dec. (Population Reference Bureau, Washington, D.C.)
- Kepel, Gilles*, 2002: Die neuen Kreuzzüge – Die arabische und die Zukunft des Westens, München
- Kurth, James*, 2006: Europe's Identity Problem and New Islamist War. In ORBIS Summer, 541-557
- Kurtz, Stanley*, 2005: Demographics and the Culture War. In: Policy Review, Nr 129, February–March. http://www.policyreview.org/feb05/kurtz_print.html
- Lévy, Bernard-Henri*, 1994: La Pureté Dangereuse, Paris: Grasset
- Lewis, Bernard*, 2003: The Crisis of Islam – Holy War and Unholy Terror. New York (The Modern Library)
- Lewis, Bernard*, 1993: Islam and Liberal Democracy. In: The Atlantic Monthly, February

- Lübbe, Hermann*, 2008: Ein effizienter Unkrieg – Zur Existenz des internationalen Terrors. In: Die politische Meinung, Juni, Nr. 463: 25-30
- Minc, Alain*, 1993: Le Nouveau Moyen Age, Paris. Gallimard
- Nichiporuk, Brian*, 2000: The Security Dynamics of Demographic Factors. RAND Monograph Report 1088
- Schlesinger, Arthur, M.*, 1998: The Disuniting of America: Reflections on a Multicultural Society, New York – London: W.W. Norton (Copyrighted Material) Revised and Enlarged Edition
- Schmid, Josef*, 2009: Bevölkerungssoziologie. In: *Reinhold, Gerd*: Lexikon der Soziologie, München: Oldenbourg (im Druck)
- Schmid, Josef*, 2000: Bevölkerungswachstum und internationales Konfliktpotential - Vom ideologischen zum demographischen Jahrhundert. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, 25, 3-4: 477-494
- Schmid, Susanne*, 2007: Bevölkerungsentwicklung/-politik. In: *Woyke, Wichard* (Hrsg.) Handwörterbuch Internationale Politik, 11. Auflage, Verlag Barbara Budrich, Leverkusen Opladen: 39-51
- Schmid, Susanne*, 2007: Die Analyse demographischer Diskrepanzen zwischen der EU-27 und ihrer „Peripherie“ – Entwicklungsdifferenzen und Wanderungspotenziale. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, 32, 3-4: 667-701
- Smith, Anthony, D.*, 1981: The Ethnical Revival, New York: Cambridge University Press
- Susser, Asher*, 2005: Arabien leidet am Gefühl der Ohnmacht und Einflusslosigkeit, Die WELT 11.02.2005, (<http://www.zeit.de/2008/20/Gottesfrage.htm>)
- Tibi, Bassam*, 2004: Der neue Totalitarismus. Heiliger Krieg und westliche Sicherheit, Darmstadt
- Tibi, Bassam*, 2008: Die islamische Herausforderung. Religion und Politik im Europa des 21. Jahrhunderts, Darmstadt